

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift · Revue Européenne
European Review

2 / 1986

Dr. Otmar Franz MdEP: Zur Wettbewerbspolitik der Europäischen Gemeinschaft.....	1
Professor Robert Triffin, D. Sc.: A European Monetary Bank With Central Bank Functions.....	11
Dr. Ladislaus Barlay: Paradigmen und Ideen politischen Handelns	21
Prof. Dr. Josef Nolte: Zur Integrationsdiskussion in Europa: Identität und Solidarität.....	32
Prof. Dr. Konrad Schön MdEP: Arbeitswertmythos und Aktio- nismus bei Marx.....	39
Ernest F. Enzelsberger: Die Theorie Joseph A. Schumpeters in ihrer Beziehung zur Marxschen Lehre.....	49
Dr. Thomas Jansen: "Geistige Grundlagen Christlich-Demokrati- scher Politik" – Eine Initiative zur besseren Orientierung.....	56
Prof. Dr. Gerd Wolandt: Deutscher Konservatismus: Aktion oder Resignation?.....	59
Buchbesprechungen (Newton Dunn, Ludwig Erhard Stiftung e.V., Abosch, Kuo, Abmeier, Karpen, Thamm, van den Berg).....	62
Summaries.....	71

Europäische Kurzgeschichten gesucht:

LIBERTAS veranstaltet Wettbewerb

Die ansonsten mehr der politischen, gesellschaftlichen und philosophischen Analyse zugeneigte Vierteljahresschrift LIBERTAS – Europäische Zeitschrift beginnt, sich auch um Belletristik zu kümmern.

LIBERTAS, wie bekannt, herausgegeben von dem Sindelfinger CDU-Europaparlamentarier Hans-Jürgen Zahorka, will die Literaturgattung der europäischen Kurzgeschichte aufwerten und hat daher einen Autorenwettbewerb ausgeschrieben, der jedermann offen ist. Der Jury gehören u.a. auch einige Europaabgeordnete an. Autoren sind eingeladen, noch unveröffentlichte Kurzgeschichten (nicht mehr als acht Schreibmaschinenseiten) einzureichen. LIBERTAS hofft insbesondere auf "europäisch engagierte Kurzgeschichten", d.h. Texte, die sich mit den Grundsätzen der Zusammenarbeit, Verständigung, Versöhnung und Integration befassen. Besonders Hobby- und Nachwuchs-Autoren sind dabei willkommen. Die Kurzgeschichten können in deutscher, französischer oder englischer Sprache abgefasst sein. Jeder Autor kann bis maximal drei Geschichten der Jury unterbreiten. Neben der Veröffentlichung sind auch Geldpreise und Einladungen an Orte der EG-Institutionen ausgesetzt. Einsendungen müssen bis 31.1.1986 eingehen bei: Redaktion LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen. Unter dieser Adresse kann auch ein Merkblatt über den Europäischen Kurzgeschichten-Wettbewerb angefordert werden.

Zur Wettbewerbspolitik der Europäischen Gemeinschaft

von

Dr. Otmar Franz MdEP

'Höchste Leistung kann nur im Kampf erzielt werden. In der Wirtschaft ist der Kampf gleich Wettbewerb. Also müssen auf allen Gebieten möglichst viel schöpferische und ausführende Kräfte miteinander treten.'

Carl Goerdeler

"Die Wirtschaftspolitik Europas verursacht dadurch, daß sie den Dingen nicht ihren freien Lauf läßt, Ungleichheiten. Dies tut sie vornehmlich dadurch, daß sie erstens in einigen Gewerben die Konkurrenz auf eine geringere Anzahl beschränkt, als sie sonst geneigt wäre zuzulassen, daß sie zweitens in anderen Gebieten höher treibt, als sie ihrer Natur nach sein würde, und daß sie drittens den freien Verkehr von Arbeit und Kapital sowohl von Gewerbe zu Gewerbe als auch von Ort zu Ort hemmt." Dies schrieb Adam Smith 1776 in seinem Werk "Wealth of Nations". Es ist heute leider ebenso aktuell wie vor 210 Jahren. "USA wollen EG-Importe drosseln", "Japanischer Protektionismus", "Einfuhrbeschränkungen der EG". Fast täglich liest und hört man von neuen protektionistischen Maßnahmen, von Subventionen und anderen Einschränkungen des Wettbewerbs in allen Teilen der Welt. So erscheint es nützlich, die Grundsätze und Zielsetzungen der Wettbewerbspolitik der Europäischen Gemeinschaft, die in den letzten Jahren in enger Zusammenarbeit zwischen der Mehrheit des Europaparlaments und der Europäischen Kommission gemeinsam entwickelt worden sind, zusammenzufassen¹.

Grundsätze der Wettbewerbspolitik

- Der Grundsatz eines unverfälschten Wettbewerbs bildet einen der Ecksteine des Gemeinsamen Marktes. Die Erhaltung und Stärkung des Wettbewerbs ist eine permanente Aufgabe marktwirtschaftlicher europäischer Wirtschaftspolitik.
- Wettbewerb sorgt für eine optimale Verteilung der Ressourcen, fördert den technischen Fortschritt, schafft Anreize für eine größere Leistung und gewährleistet, daß sich die bessere Leistung durchsetzt.
- Wettbewerb begünstigt die Entwicklung neuer Produktionsverfahren und Ver-

¹ Vgl. dazu Otmar Franz: Bericht im Namen des Ausschusses für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik zur Wettbewerbspolitik der EG, Dokument A2-128/85, 30. 10. 1985

marktmethoden sowie die Einführung neuer Erzeugnisse auf dem Markt, kontrolliert den Markt und sorgt dafür, daß alle Marktteilnehmer in täglicher millionenfacher Abstimmung über die Entwicklung des Waren- und Leistungsangebots bestimmen können.

- Marktwirtschaft kann ohne Wettbewerb nicht sozial sein. Daher ist die Wettbewerbspolitik der Gemeinschaft für die sozialen Zielsetzungen der Römischen Verträge von großer Bedeutung.
- Die Wettbewerbspolitik der EG muß dabei Hand in Hand gehen mit den übrigen Initiativen der Gemeinschaft zugunsten des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs und der vollen politischen Integration Europas.

Zielsetzungen der Wettbewerbspolitik der Europäischen Gemeinschaft

- Die Wettbewerbspolitik der Gemeinschaft muß auch in Zukunft als Mittel zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft, also zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Schaffung neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze eingesetzt werden.
- Die Wettbewerbspolitik der EG muß durch die Sicherung eines wirksamen unverfälschten Wettbewerbs die Anpassung der wirtschaftlichen Strukturen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft fördern, auch wenn dies von manchen mehr Kreativität und Dynamik erfordert.
- Die Rahmenbedingungen, insbesondere die Konsolidierung des Binnenmarktes, die Angleichung der Rechtsvorschriften und der Ausbau des Europäischen Währungssystems² sind für das Funktionieren eines unverfälschten, wirksamen Wettbewerbs unerlässlich und müssen daher verwirklicht werden.
- Ein voll funktionierender Binnenmarkt muß bis 1992 geschaffen werden. Ein von Grenzkontrollen befreiter Binnenmarkt verstärkt den Wettbewerb innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und trägt zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der EG bei³.
- Die Steuern und Abgaben müssen möglichst bald harmonisiert werden.
- Durch Vereinfachung und Beschleunigung der Entscheidungsprozesse und enge Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten muß die Wirksamkeit der Wettbewerbspolitik der EG erhöht werden.

Zunehmend wird erkannt, welche große Bedeutung Klein- und Mittelbetriebe für die Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere für die Ausbildungs- und Arbeitsplätze haben. Auch den Klein- und Mittelbetrieben bietet eine konsequente marktwirtschaftlich ausgerichtete Wettbewerbspolitik die besten Voraussetzungen für eine Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit. Die Wettbewerbspolitik der EG muß dazu beitragen, daß die Wachstumschancen, die gerade in kleinen und mittleren Strukturen liegen, verstärkt werden können. Der Informationsfluß zu den Klein- und Mittelbetrieben ist zu verbessern, der Zugang zu neuen Technologien zu erleichtern. Auch in Zukunft ist besonders darauf zu achten, daß Wettbewerbsnachteile für Klein- und Mittelbetriebe vermieden werden.

² Vgl. dazu Otmar Franz: Europäische Währung – eine Utopie?, in: Societas Europea, Nr. 4, Bonn 1986

³ Vgl. dazu Otmar Franz: Thesen zum Binnenmarkt der EG, Mülheim 1981, und Otmar Franz: Europa ohne Schlagbaum, Mülheim 1982

Wettbewerb ist vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. Mit den drei wichtigsten Gefahren, dem Protektionismus, den Subventionen und dem Fehlverhalten vieler öffentlicher Unternehmen beschäftigen sich die nächsten Abschnitte.

Protektionismus

Protektionismus ist eine ansteckende Krankheit, die heute grassiert wie im Mittelalter die Pest und die ebenso tödlich ist.⁴

Wir haben in den letzten Jahren kein wirksames Mittel gegenüber dieser Pest gefunden. Sie ist nicht zurückgedrängt worden, sondern hat sich ausgedehnt. Viele wissen kaum noch, wie ein Gesunder aussieht und meinen ein Pestkranker sei normal, zumal das bequemer erscheint. Viele haben vergessen, wie gut es ist, gesund zu sein. Der zunehmende Protektionismus mit seinen immer subtileren Erscheinungsformen ist eine der größten Gefahren für den Wettbewerb. Ein freier und fairer Welthandel ist Voraussetzung für unverfälschten Wettbewerb. Die Vorteile der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und Spezialisierung, die zu erheblichen Wohlstandsgewinnen für alle Beteiligten führen, können nur bei freiem und fairem Welthandel voll genutzt werden. Nur ein freier sich intensivierender Welthandel kann die dynamischen Kräfte für eine weltweite Neubelebung des Wirtschaftswachstums freisetzen. Dies gilt insbesondere auch für die japanische Konkurrenz, die wir in Europa stärker als Herausforderung begreifen sollten, statt

⁴ Vgl. dazu Otmar Franz: Bericht im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung zur Wettbewerbspolitik der EG, Dokument 1-801/83 vom 12. 10. 1983

Dr. rer. pol. Otmar Franz, MdEP nimmt sein Mandat im Europäischen Parlament seit 1981 wahr, wo er Mitglied der EVP-Fraktion (CDU) ist. Er ist zugleich Mitglied des Vorstandes der Klöckner und Co., Vorstandsvorsitzender der Klöckner Industrieanlagen sowie Aufsichtsratsmitglied verschiedener Unternehmen und bekleidet überdies einige Parteiämter in der CDU Nordrhein-Westfalens. Als Autor mehrerer Bücher sowie Aufsätze genießt er den Ruf eines ebenso nachdenklichen wie konstruktiven Politikers. Sein Engagement für den Ausbau des ECU ist in weiten Kreisen bekannt; er leitet eine Intergruppe "Europäische Währung" im Europäischen Parlament.



darüber zu klagen. Vielfach können nur durch den Außenhandel Märkte von einer Größe geschaffen werden, die den Unternehmen die volle Ausschöpfung mengenbedingter Kostendegression ermöglichen.

Importbeschränkungen durch ein Land führen in den exportierenden Ländern zu einem negativen Beschäftigungseffekt durch die Verringerung des möglichen Absatzes im Ausland. Aber auch für die Länder, die protektionistische Maßnahmen ergreifen, ergibt sich nur kurzfristig ein Arbeitsmarkteffekt. Protektionismus zögert die notwendige Anpassung der Wirtschaftsstrukturen hinaus und vergrößert den Rückstand zu dynamischeren internationalen Wettbewerbern.⁵

Mehr als die meisten anderen Regionen der Welt ist das rohstoffarme Europa auf einen freien Welthandel angewiesen. Etwa die Hälfte der Ausfuhr der EG geht in die Länder außerhalb der EG. Nur in einem freien Welthandel kann die Europäische Gemeinschaft durch Exporte die Devisen erwirtschaften, die sie dringend benötigt, um ihre Energie- und Rohstoffeinfuhren zu bezahlen.

Immer wieder wird vergessen, daß der Gütertausch mit wachsender Industrialisierung zunimmt. Zwischen den hochindustrialisierten Ländern ist der Handel am größten. Die Industrialisierung der Entwicklungsländer bringt daher auch wesentliche Vorteile für die Länder der EG. Die Europäische Gemeinschaft muß in ihrem eigenen Interesse den Entwicklungsländern helfen, ihre Märkte zu entwickeln und damit aus reinen Rohstofflieferanten echte wirtschaftliche Partner zu machen, die ihren Platz im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung einnehmen und in nicht allzu ferner Zukunft vollständig ausfüllen können.⁶

Der Welthandel, der sich bisher zu einem überwiegenden Teil zwischen den Industrieländern abspielt und die weniger entwickelten Länder vornehmlich in die Rolle der billigen Rohstoff- und Energielieferanten und der Abnehmer für Industrieprodukte drängt, wird sich ändern. Es wird und muß zunehmend zu einer wirklichen internationalen Arbeitsteilung kommen.

Die Wiederherstellung eines von Hemmnissen freien, nicht durch staatliche Hilfen verzerrten Handels, der sich auf die klassischen GATT-Prinzipien stützt, ist unerlässlich, wobei der Abbau der nichttarifären Hemmnisse besonders wichtig ist. Eine begrenzte Zeit kann für Entwicklungsländer allerdings ein besonderer Schutz zulässig sein, jedoch hat der Protektionismus in seiner Vielfalt und seinen zunehmend subtileren Erscheinungsformen langfristig für Anwender und Betroffene nachteilige Wirkungen und führt zu Wohlfahrtsverlusten.

Für die Verwirklichung eines unverfälschten internationalen Wettbewerbs ist die Beseitigung von wettbewerbsverzerrenden Praktiken in allen Teilen der Welt notwendig. Dies gilt insbesondere auch für die nicht-tarifären Handelshemmnisse, die – wie viele meinen – von den Japanern besonders meisterhaft gehandhabt werden.

Die Europäische Gemeinschaft wird sich daher auch weiterhin aktiv um eine wirksame Kontrolle und Verminderung wettbewerbsbeschränkender internationaler Geschäftspraktiken bemühen. Hierzu gehört die intensive Beteiligung an den Arbeiten der OECD-Arbeitsgruppe zur Überprüfung wettbewerbsbeschränkender Geschäftspraktiken im internationalen Handel und an den Untersuchun-

⁵ Vgl. dazu Alexander Tesche: Gesamtwirtschaftliche Kosten der Protektion in der Bundesrepublik Deutschland (Dissertation), Köln 1986

⁶ Vgl. dazu Otmar Franz: Dienstleistungen im internationalen Anlagengeschäft, in: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, Wiesbaden, Heft 5, 1982, S. 456-461

gen der Vereinten Nationen über den Verhaltenskodex für Technologietransfer. Die EG wird bei der Ausarbeitung dieses Verhaltenskodex dem immer größeren Bedarf der Dritten Welt an Technologietransfer stärker Rechnung tragen als bisher.

Um einen freien Welthandel zu erreichen, müssen Aus- und Einfuhrkartelle und wettbewerbsbeschränkende Praktiken durch Marktaufteilungen abgebaut werden. Aber auch die vielfach begrüßten Selbstbeschränkungsabkommen – wie sie erst kürzlich wieder von den USA für den Werkzeugmaschinenimport vorgeschlagen wurden – sind keine Alternative zum Freihandel, sondern letztlich nur ein Ersatz für Prohibitivzölle oder Kontingentierungen. Auch sie dürfen nur ausnahmsweise und für eine befristete Zeit zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit abgeschlossen werden. Selbstbeschränkungsabkommen für den Export von hochtechnologischem Material haben in der Regel negative Auswirkungen auf die Wettbewerbslage der europäischen Unternehmen und stiften langfristig zumeist volkswirtschaftliche Schäden, die einen kurzfristigen Nutzen für die betreffende Branche weit übersteigen. Auch staatlich gelenkte oder geförderte Exportprogramme können nicht Innovationskraft und Anpassungsflexibilität der EG-Wirtschaft ersetzen.

Besonders gefährlich sind zu scharfe protektionistische Vergeltungsmaßnahmen, die die Protektionismusschraube weiter festzerrten. Dabei soll aber nicht ver-



Dr. rer. pol. Otmar Franz, MdEP im Gespräch mit Prof. Dr. jur. Fernand H. J. Herman, MdEP, früherem belgischen Wirtschaftsminister, einem der qualifiziertesten Kenner der wirtschafts- und finanzpolitischen Aspekte der Europäischen Integration.

schwigen werden, daß es unerträglich ist, wenn die besonders freundschaftlich mit der EG verbundenen USA ebenso wie andere Länder immer wieder einseitig Einfuhrbeschränkungen beschließen. Es geht um Grundprinzipien der weltweiten Zusammenarbeit. Natürlich will die EG keinen Handelskrieg mit den USA. Die negativen Auswirkungen wären für alle Beteiligten unübersehbar. Es reicht aber leider nicht aus, daß der wachsende Protektionismus in den USA und vielen anderen Teilen der Welt verurteilt wird. Es genügt nicht, wenn die Wiederherstellung eines von Hemmnissen freien Welthandels gefordert wird. So unerfreulich es ist, unverbesserlichen Protektionisten muß gelegentlich spürbar auf die Finger geklopft werden, damit sie endlich begreifen, daß durch einseitige protektionistische Maßnahmen die Beziehungen zur EG und der freie Welthandel belastet und damit Wachstumsmöglichkeiten für Industrie- und Entwicklungsländer geschmälert werden. Es ist bedauerlich, daß manche Protektionisten nur eine geschlossene Haltung der EG in diesen Fragen zu verstehen scheinen⁷.

Wenn aber der US-amerikanische Botschafter Richard R. Burt meint, es werde allgemein anerkannt, daß Handelsbeschränkungen ein rechtmäßiges Mittel sind, um wirtschaftspolitische Ziele zu verfolgen⁸, oder wenn der französische Landwirtschaftsminister Michel Noir wenig später ankündigt, daß die EG amerikanische Beschränkungen "Auge um Auge, Zahn um Zahn" vergelten werde, so kann man nur glücklich sein, daß dies nicht die anerkannte Wettbewerbspolitik der Europäischen Gemeinschaft ist.

In den letzten Jahren werden mittels Industrial Targeting von bestimmten Ländern die Regeln des freien internationalen Wettbewerbs in wichtigen Produktbereichen mißachtet und dadurch Abwehrreaktionen ausgelöst, die vielfach nicht GATT-konform sind. Beim Industrial Targeting werden unter administrativer Anleitung und Unterstützung konzentriert sektor- und produktbezogene Innovationen herbeigeführt. Einige Länder versuchen, ihrer Industrie durch eine solche Politik insbesondere im Bereich hochwertiger Technologien ist in der Regel kein direkter Verstoß gegen die GATT-Regeln, sondern ein typisches Beispiel für die laufende Verfeinerung protektionistischer Methoden.

Bei der europäischen Wettbewerbspolitik sind abträgliche Auswirkungen auf wichtige Interessen von Drittländern möglichst zu vermeiden. Geradezu selbstmörderisch wäre es – wie der spanische König Juan Carlos im Mai 1986 vor dem Europaparlament ausführte – wenn sich die EG in egoistischer Absicht nach aussen abschotten will. Dazu sei die Welt inzwischen zu klein geworden. Mißtrauisch, aber auch voll Hoffnung blicke die Dritte Welt nach Europa⁹.

Es kann kaum bezweifelt werden, daß eine weitgehende Öffnung des europäischen Marktes gegenüber den Entwicklungsländern den Wettbewerb und damit die Leistungsfähigkeit der Industrie in der Gemeinschaft verstärken würde. Steigende Exporterlöse der Entwicklungsländer tragen zur Bewältigung der Verschuldungsprobleme, zur industriellen Entwicklung und damit zur Verminderung des Hungers und zu einem höheren Lebensstandard bei. Dadurch werden für Unternehmen der Europäischen Gemeinschaft in den Entwicklungsländern größere Marktchancen eröffnet.

Aber auch innerhalb der EG werden bedauerlicherweise immer neue nicht-tari-

7 Vgl. dazu Otmar Franz: Brief aus Europa, April 1986

8 Vgl. dazu Richard R. Burt: Der Handel als Instrument der Außenpolitik, München 25.4. 1986

9 Vgl. dazu: Rede von König Juan Carlos vor dem Europaparlament, Straßburg 14. 5. 1986

färe Erschwernisse des freien Warenaustausches erfunden und eingesetzt. Manche Firmen würden heute klare Zolltarife den vielfältigen teils sehr raffinierten nicht-tarifären Behinderungen vorziehen. Die Vollendung eines freien voll funktionierenden Binnenmarktes wird zu einer erheblichen Kostensenkung und damit zu höherer Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der EG führen.

Zu einem freien Binnenmarkt gehört auch eine gemeinsame Europäische Währung. Voraussetzung dafür sind u.a. die Beseitigung aller Devisenkontrollen und Kapitalverkehrsbeschränkungen und eine weitere Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik innerhalb der EG. Gemeinsam muß versucht werden, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit nicht zwölf verschiedene europäische Währungen langfristig die europäische Wettbewerbsfähigkeit einschränken. Eine gemeinsame Europäische Währung würde den Wettbewerb in der Europäischen Gemeinschaft fördern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stärken¹⁰.

Subventionen

Schlimmster Feind des Wettbewerbs in Europa ist nach wie vor das Subventionsunwesen. Wir müssen uns immer wieder klarmachen, welche verheerenden Folgen es gehabt hat, daß wir in Europa in vielen Branchen mit Erhaltungssubventionen jahrelang den Wettbewerb verfälscht und den technischen Fortschritt behindert haben. Verfälschungen des Wettbewerbs durch unkontrollierte, nicht das Gemeinschaftsinteresse wahrende einzelstaatliche Beihilfen sind eine dauernde Herausforderung für eine aktive europäische Wettbewerbspolitik.

Staatliche Subventionen zugunsten einzelner Unternehmen diskriminieren Wettbewerber, die keine Beihilfen bekommen. Konkurrenzfähige Unternehmen können dadurch geschwächt und unter Umständen vom Markt gedrängt werden. Einzelstaatliche Subventionen, die im Widerspruch zu den europäischen Verträgen stehen, verzerrern den Wettbewerb, verursachen längerfristig schwerwiegende volkswirtschaftliche Schäden, indem sie die notwendige Anpassung an veränderte Marktbedingungen verzögern und bilden politische Sprengkraft für den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Sie dürfen nicht geduldet werden.

Jeder kennt Beispiele für Subventionen, die die notwendige Modernisierung von nicht mehr konkurrenzfähigen Branchen und die Anpassung vieler Regionen – denkt man nur an das Saarland und das Ruhrgebiet – an veränderte Marktbedingungen erschwert und damit Arbeitsplätze dauerhaft vernichtet haben.

Wir müssen – auch wenn es schwer fällt – Subventionen abbauen, wenn der Subventionszweck erreicht oder nicht mehr erreichbar ist, wenn Subventionen Miñnahmeeffekte bewirken und den Strukturwandel verzögern.

Bei Umstrukturierungsmaßnahmen, die – wie u.a. die Subventionen der letzten drei Jahre für die Stahlindustrie – zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Sektoren führen sollen, ist eine systematische Kontrolle der staatlichen Beihilfen unerlässlich¹¹.

Unwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht künstlich am Leben erhalten bleiben.

10 Vgl. dazu Otmar Franz: Der Ecu in Geschichte und Gegenwart, in: LIBERTAS, 4/1985, S. 18-26

11 Vgl. dazu Otmar Franz: Marktwirtschaft statt Subventionen für Europas Stahlindustrie, in: E-G-Magazin, März 1984

Beihilfen, die nicht für die Modernisierung der jeweiligen Sektoren unbedingt notwendig sind, sind abzulehnen. In jedem Falle müssen Subventionen vollständig transparent und zeitlich befristet sein. Häufig ist es sinnvoll, Subventionen degressiv zu gestalten.

Auch bei der Förderung vermeintlich zukunftsträchtiger Industrien, ist große Zurückhaltung zu wahren. Immer wieder glauben staatliche Stellen, sie wüßten besser als der Markt, welche Produkte, welche Innovationen, welche Neuansiedlungen von Industrien zu fördern sind, welche Betriebe unbedingt erhalten werden müssen und welche in Konkurs gehen sollen. Staatliche Förderung kann dazu führen, daß Entwicklungen, die als zukunftsträchtig gelten, von vielen gleichzeitig genutzt werden. Dies kann Überkapazitäten verursachen.

Selbst Forschungsbeihilfen müssen einer strengen Überprüfung unterzogen werden, da in der Regel Unternehmen, die eigenes Kapital in Forschung und Entwicklung investieren, knappe Ressourcen am besten nutzen. Es kann nur vor dem Irrglauben vieler staatlicher Stellen, der Arroganz vieler Beamter, vielleicht sollte man besser sagen vieler Mandariner, die meinen, die millionenfache Abstimmung der Marktteilnehmer könne durch Entscheidungen von noch so brillianten Beamten ersetzt werden, gewarnt werden. Es gibt nur sehr wenige Beispiele, bei denen die Vorteile von Subventionen langfristig größer als die Nachteile waren.

Besonders große Wettbewerbsverzerrungen kann es bei der Kumulierung von Beihilfen, insbesondere bei der Kumulierung von nationalen Beihilfen und Gemeinschaftsbeihilfen geben. In der Europäischen Gemeinschaft müssen die Gesamtbeihilfen systematisch kontrolliert werden, um Verzerrungen in der staatlichen Beihilfepolitik infolge einer Kumulation unterschiedlicher Beihilfearten für ein und dasselbe Unternehmen zu vermeiden.

Häufig wird der EG – teilweise zu recht – vorgeworfen, daß sie durch ihre Subventionspolitik zu Wettbewerbsverzerrungen im Weltmarkt beiträgt. Es muß daher unbedingt darauf geachtet werden, daß Beihilfen, wenn sie notwendig sind, den Regeln des GATT entsprechen. Wesentlich erscheint, daß sich die Verfahren, mit denen staatliche Beihilfen untersucht werden, transparenter gestalten. Auch bei großen Subventionsvorhaben wird bedauerlicherweise die EG-Kommission vielfach nicht vollständig und nicht korrekt, manchmal überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig unterrichtet.

Zentrales Problem ist in Europa nach wie vor die große Jugendarbeitslosigkeit. Wir müssen unseren Jugendlichen ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, wenn wir nicht unsere Zukunft verspielen wollen. Daher sind in dieser Ausnahmesituation staatliche Hilfen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze und zur Verbesserung der Berufsausbildung und Weiterbildung zu befürworten¹². Auch diese Subventionen müssen aber vollständig transparent und zeitlich befristet sein.

Entscheidende Zielsetzung der europäischen Wettbewerbspolitik muß es sein, auf Rahmenbedingungen für die Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik hinzuwirken, die es den leistungsfähigen Unternehmen in der EG ermöglichen, ohne Inanspruchnahme öffentlicher Subventionen aus eigener Ertragskraft langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen und zu sichern.

¹² Vgl. dazu Otmar Franz: Jugendarbeitslosigkeit – Zwischenbericht der Initiative zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit, Mülheim 1982 und Otmar Franz: 12 Vorschläge zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit, Köln 1983

Wettbewerbsverzerrungen durch öffentliche Unternehmen in der EG

Besonders öffentliche Unternehmen haben vielfach die Neigung, die Aufträge im Inland zu halten. Da ein erheblicher Teil des Bruttosozialprodukts durch öffentliche Aufträge bestimmt ist, führt die Aufsplitterung in einzelstaatliche Vergabemärkte zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und volkswirtschaftlichen Nachteilen. Die Richtlinien, daß Waren im Gemeinsamen Markt frei verkehren können, werden bei öffentlichen Aufträgen bedauerlicherweise bisher nur teilweise beachtet. Ausschreibungen der einzelstaatlichen – wie auch der Gemeinschaftsorgane müssen gemeinschaftsweit von der Industrie bedient werden können.

Durch die Wettbewerbsbeschränkungen bei öffentlichen Lieferaufträgen werden öffentliche Gelder verschwendet. Teure Forschungen und Entwicklungen lohnen sich in vielen Fällen nicht allein für einen nationalen Markt. Bei der Entwicklung und Einführung neuer Technologien wird die Europäische Gemeinschaft im internationalen Wettbewerb nur dann konkurrenzfähig bleiben, wenn sie die Möglichkeit eines voll funktionierenden freien EG-Binnenmarktes nutzen kann. Nationale Normen sind insbesondere für neue Spitzentechnologien durch EG-Normen zu ersetzen. Diese erleichtern die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Firmen aus allen EG-Ländern und bauen Wettbewerbsbehinderungen ab. Mit ihren 320 Mio. Verbrauchern könnte die EG für Forschung und Entwicklung der größte Binnenmarkt der Welt sein. Durch die Einkaufspraxis öffentlicher Unternehmen wird dies vielfach nicht genutzt. Freier Zugang zu den öffentlichen Lieferaufträgen würde den Wettbewerb zwischen den Unternehmen in der Gemeinschaft stärken sowie zu günstigeren Preisen und Bedingungen für die Käufer und damit zu einer sparsameren Verwendung öffentlicher Gelder führen. Eine weitere Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens ist daher dringend erforderlich. Die Richtlinien müssen verbessert und erweitert werden, die EG-Kommission muß die Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften besser kontrollieren, um unverfälschten Wettbewerb in der EG zu erreichen.

Nach wie vor sind viele staatliche Unternehmen nicht wettbewerbsfähig. Staatliche Monopole führen zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Öffentliches Vermögen ist oft in unproduktiver Weise gebunden. Defizite werden vielfach vom Staat übernommen, Kapitalerhöhungen werden trotz schlechter oder ohne Verzinsung vorgenommen. Weniger Staat und mehr Raum für unternehmerisches Handeln könnten den Wettbewerb und die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Unverändert gilt der Grundsatz, daß der Wirtschaftsprozess in der Regel umso besser funktioniert, je weniger der Staat unmittelbar eingreift. Auf vielen Gebieten wäre eine Privatisierung und eine Entflechtung der Staatsunternehmen möglich. Es ist daher intensiv zu untersuchen, in welchen Bereichen eine weitgehende Privatisierung staatlicher Unternehmen zu größerem Wettbewerb und zu größerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit führen könnte.

Wettbewerb kein Selbstzweck

Natürlich ist Wettbewerb kein Selbstzweck. Abschließend soll daher in fünf Punkten noch einmal unterstrichen werden, warum Wettbewerb den Bürgern unserer Gemeinschaft dient.

Erstens: Freier und fairer Wettbewerb ist zur Wiederbelebung der Europäischen Gemeinschaft und damit zur Sicherung und Schaffung von zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen unabdingbar.

Wenn wir uns mit aller Kraft für unverfälschten und fairen Wettbewerb einsetzen, leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Zweitens: Wettbewerb sorgt für eine optimale Verteilung der Ressourcen, erleichtert die Umstrukturierung, fördert den technischen Fortschritt und sichert damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit. So schafft Wettbewerb insbesondere auch für unsere Jugend neue Chancen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Drittens: Wettbewerb begünstigt die Entwicklung neuer Produktionsverfahren und Vermarktungsmethoden sowie die Einführung neuer für die Verbraucher interessanter Erzeugnisse, Wettbewerb sichert den Bürgern eine ausreichende und preiswerte Versorgung mit einer Vielzahl von Produkten.

Viertens: Wettbewerb kontrolliert den Markt und sorgt dafür, daß alle Marktteilnehmer in täglicher millionenfacher freier Abstimmung über die Entwicklung des Waren- und Leistungsangebots bestimmen können.

Fünftens: Monopole und Kartelle schränken den Wettbewerb ein, Wettbewerb ist Voraussetzung für die Gründung vieler neuer Unternehmen, für die Entfaltung von Kreativität und Dynamik. Wettbewerb trägt zu größerer Freiheit der Verbraucher und der Arbeitnehmer bei.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Entweder wird Europa die Kraft haben, einen Binnenmarkt von 320 Mio Menschen, in dem freier und fairer Wettbewerb herrscht, zu schaffen und sich mit Kreativität und Dynamik den Herausforderungen eines freien und fairen Wettbewerbs im Weltmarkt zu stellen, oder wir müssen uns auf Stagnation und Rückschritt in die Zweitklassigkeit einrichten. Statt nach mehr Protektionismus, nach mehr Subventionierung, nach mehr Handelshemmnissen zu rufen, sollten wir in Europa stärker auf die eigene Kraft vertrauen. Tugenden, schrieb der Dichter Erich Kästner, sind die wichtigsten Rohstoffe für den Aufbau eines Landes. Auf die eigene Kraft vertrauen, ist eine der schönsten Tugenden in schwierigen Zeiten. In unserem rohstoffarmen Europa sollten wir wenigstens diese Tugend nutzen.

A European Monetary Bank With Central Bank Functions

by

Professor Robert Triffin, D.Sc.

I have taken the liberty to substitute the word "Bank" for the word "Fund" in the title assigned to my remarks. The first reason for this is to differentiate what is expected from this future European institution from the experience of the International Monetary Fund. The second is that, as noted by Keynes at the inaugural Savannah Conference, the IMF itself should have been labelled, more properly, a bank rather than a fund.

A "European Bank with Central Bank functions" will obviously be an indispensable instrument of the European Economic and Monetary Union (inseparable, of course, from political union) repeatedly promised at various Summit Meetings of Heads of State or Governments, beginning with the very first one in The Hague, more than sixteen years ago already.

It was left open at that time – and is still open today – whether monetary union should entail:

- a) The replacement of all national member currencies by a single currency (now baptized "ECU"); or,
- b) the commitment of all member countries to restore and preserve stable exchange rates between their national currencies.

I suspect that most people would regard the first of these two proposals as utopian and unfeasible today, and consider the second as far more realistic. In fact, the economic constraints of effectively unchangeable exchange rates would be not only as harsh as, but even harsher than those which would be imposed upon member countries by the adoption of a single European currency.

The reasons for this are that:

- a) The merging of national currencies into a single currency would, of course, eliminate forever any risks of exchange-rate instability, and enable therefore interest-rate differentials to elicit stabilizing capital movements from surplus countries to deficit countries.

b) On the other hand, the actual "irrevocability" of member countries' commitments to exchange-rate stability between their national currencies may easily lose its credibility, and this lack of credibility would stimulate, on the contrary, destabilizing capital movements from deficit countries to surplus countries. The monetary authorities of the surplus countries could, of course, preserve exchange-rate stability merely by selling their own currencies to the market in exchange for the overflowing currencies of deficit countries, but only at the risk of importing inflation from them, and removing desirable balance-of-payments pressures for readjustment by them. Countries expecting to be in surplus can be expected to be adamantly opposed to such commitments, if not matched by credible anti-inflationary commitments by their partner countries. These recognize that such commitments would also be in their own national interest. The "holy trinity" of price stability, optimum rates of economic activity and employment,

and balance-of-payments equilibrium is shared by all member governments, but the ability of some of them to impose these common objectives upon their public opinion will remain in doubt as long as they have not demonstrated, over an extended period of time, their ability to do so.

The main lesson to be drawn from these observations by policy makers is that the only practical path toward the ultimate objective of full monetary union lies in a direction very different from the initial "Werner plan". The elimination of exchange-rate margins and fluctuations between national member currencies remains the long term objective of the EMS, but has yielded priority to the immediately feasible short-term goal of developing the ECU into a so-called "parallel currency" for international settlements and reserve accumulation among the participating countries, supplementing and replacing gradually in these functions the various national Euro-currencies - or, more properly Xeno-currencies - and particularly the one most in use today: the Euro-dollar.

On the political plane, this more modest goal has the immense advantage of being able to rally a unique consensus between the most enthusiastic pro-Europeans and the most obdurate nationalists. Michel Debre, for instance, would oppose adamantly the substitution of the ECU for the French franc in domestic settlements, but would obviously prefer the ECU to the Euro-dollar, Euro-marks, Euro-swiss francs, etc. actually used in most international settlements, bond flotations, banking transactions, etc., amounting to the equivalent of hundreds of billions of dollars at the end of last year¹.

A similar conclusion might be drawn from a recent public opinion poll² showing that the replacement of the national currency by a European currency finds a majority in only one country (Italy), but that the use of a European currency as an additional parallel currency is favored by 50% to 77% of the population in all countries, except only Great Britain (48%) and Germany (41%). I reproduce these estimates below, but add to them alternative and more significant estimates calculated as percentages of those that expressed an opinion, rather than of all those consulted, many of whom either did not answer or expressed themselves as indifferent.

	Favorable to a common currency		Favorable to a parallel currency	
	in % of total	in % of expressed opinions	in % of total	in % of expressed opinions
Italy	55	79	74	91
France	49	70	77	89
Belgium	46	67	57	77
Luxembourg	43	60	75	88
Netherlands	27	44	50	71
Germany	14	21	41	65
Great Britain	12	16	48	60
Total	32	46	59	77

1 See the Annual Report and other periodic publications of the Bank for International Settlements.

2 Le Public Européen et l'ECU, published in november 1985 by Coordination internationale, 25, rue Cambon, 75001 Paris et Dinarso, 54, rue des Colonies, 1000 Bruxelles.

This recalculation shows a substantial majority:

a) in all seven countries polled, in favor of a parallel currency: 60% to 91% (last column);

b) and even of a common European currency in four of them: 60% to 79% (second column).

Let me explore first, therefore, the policies most appropriate to develop the ECU as a parallel currency. Their success is obviously indispensable to the more ambitious goal of substituting it fully also for national currencies in domestic as well as international settlements. It is far more urgent, in any case, to enable the countries of the Community to deal with the major disequilibria and the threatening exchange-rate and bank crises triggered by an excessive dependence on an inconvertible paper-dollar as the major parallel currency in the world. Once it is achieved - if it is - the final, and still more controversial step of eliminating national EMS currencies would be seen in a very different light than it is today.

I shall draw heavily in my remarks on two excellent studies which I recommend you to read and meditate fully: a lecture delivered by Tommaso Padoa-Schioppa at the European University Institute in Florence, on February 20th 1985, entitled "Lessons from the European Monetary System", and an article of Stefano Micossi on "The Intervention and Financing Mechanisms of the EMS and the Role of the ECU" in the Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review, December 1985.

The ECU as a parallel Currency in Private Transactions

It is of course impossible to use the national currency of all participants in international current account of capital transactions involving at least two, and often more, different countries. Such transactions are therefore denominated and settled either in the national so-called "Euro-currency" of one of the participants - exporter or importer, creditor or debtor - or even in the currency of a third country, primarily the U.S. dollar.

The potential growth of the ECU as an alternative parallel currency will depend on its acceptability and attraction to the private and to the official sectors of the countries concerned.

The private use of the ECU has already grown fantastically in this respect over the last five years, "notably (but not exclusively) in financial transactions. The combined amount of outstanding ECU-denominated bonds and banks' assets, virtually nil in 1980, has now reached some 40 billion dollars; of this amount, approximately one fourth in bonds and three fourths in banks' assets"³.

This trend can be expected to be accelerated further when the present clearing system for banks' operations is expanded under the prestigious agency of the Bank for International Settlements, probably within a few months' time.

In the long-run, however, the most desirable reform of the international monetary system should exclude the ECU as well as other reserve currencies from a role which has finally proved itself as fatal to the dollar as it had previously to the pound sterling. World reserves should no longer be accumulated in national reserve currencies, but exclusively in international reserve deposits with the IMF (IRDS, for short), merging the present Special Drawing Rights and Reserve Po-

3 Micossi's article quoted on the preceding page, p. 336.

sitions in the Fund.

Such a reform still appears fairly distant at this stage. The more realistic objective for the foreseeable future now envisaged, for instance, in the proposals of the French government is to alter the relative importance of reserve currencies away from the dollar⁴. If such a shift were to take place exclusively toward national reserve currencies, the role of parallel currency in the European Monetary System would probably devolve primarily upon the German mark. This may very well happen in fact, but the ECU would undoubtedly be deemed preferable, economically and particularly politically, to other participating countries. The major problem, to my mind, is to make it acceptable to Germany by meeting its legitimate fears and objections to the fullest possible use of the ECU as a parallel currency.

Basis Prerequisites for General Acceptability of the ECU as Parallel Currency

This brings to us the official measures needed to supplement and accelerate the use of the ECU both by the private and by the official sectors of participating countries.

a) First of all, the ECU must be made as liquid, as usable, and as attractive — or more — as the Euro-dollar and other Euro-currencies, for international settlements outside as well as within the Community. A number of important steps have already been taken in this respect by the Committee of Governors of the European Communities⁵, but others are still required to remove the remaining discriminations still handicapping the ECU as an alternative to national reserve currencies⁶.

The gold and dollar assets of the FECOM are certainly more than adequate today to enable it to guarantee the convertibility of the ECU assets of the participating countries for the settlement of 20% of their conceivable foreign deficits, the other 80% being settled, *pari passu*, with the 80% of total gold and dollar reserves held outside the FECOM. As of the end of 1985, member countries held gold and dollar reserves worth about 39 billion dollar in the FECOM and 156 billion dollar outside the FECOM, i.e. a total of 195 billion dollar (of which 142 billion dollar in gold and 53 billion dollar in dollars). This would be enough to cover nearly 14 years of current account deficits at the maximum rate of 14.1 billion dollar a year reached in 1982, but followed by growing surpluses provisionally estimated at more than 12 billion dollar last year, and forecast to reach more than 18 billion dollar next year⁷.

b) The second basic prerequisite — conditioning the first in the long run — is that institutional arrangements reassure the countries most opposed to inflation against an excessive creation of ECU liabilities by the FECOM. Their enormous increase (79%) from about ECU 26 billion initially to about ECU 47 billion at the end of last year is obviously disturbing in this respect, but is due entirely to changes in dollar investments and mostly in contractual gold and dollar prizes, and not all to excessive credits to member countries. These have been extremely modest throughout, and have now been nil for more than a year.

4 See "Pour une réforme du système monétaire international" by Daniel Lebegue, directeur du Trésor, dans *Economie Prospective Internationale*, No. 24, 4ème trimestre 1985.

5 See Micossi's article, pp. 339-341.

6 See Micossi's article, pp. 341-345; and Padoa-Schioppa, pp. 16-29.

7 *European Economy*, supplement A-No. 10 October 1985, Table 5, p. 3.

Full guarantees against future inflationary abuses would require:

I. Primarily, the stabilization of contractual gold prices, net bookkeeping profits or losses being sterilized, as I suggested many years ago in various Latin American reforms of central bank legislation.

II. A presumptive overall ceiling of x (5% ?) on the yearly increase in the FECOM total portfolio of gold, dollars (plus, eventually, other agreed foreign currencies) and credits to member countries.

Such a overall ceiling should prove economically and politically feasible, since it would permit a larger percentage increase of credits to members when outside deficits reduce the FECOM gold and dollar assets, and impose a lower one only when foreign surpluses contribute to economic growth and employment within the Community.

Special weighted majorities of two thirds, or even more, would be required to exceed this presumptive ceiling in case of "force majeure", such as the two explosions of oil prices.

The acceptance of these two basic prerequisites should make it possible for member countries to adopt the steps considered necessary to enhance the role of the ECU as a parallel currency, including the creation of a monetary authority endowed with central bank functions adequate to manage its ECU issues.

Management of the ECU as Parallel Currency

The institutional reforms of the FECOM necessary to enable it to discharge its functions should be dictated to the negotiators by the major responsibilities assigned to it. These latter are therefore briefly summarized first under (a), before current suggestions for concrete reforms are examined under (b).

a) The first major task of the Bank charged with the issue and management of the ECU as a "parallel currency" only is to adjust its global issues of ECUs to the requirements of the potential non-inflationary growth of the Community as a whole. This has been discussed already under paragraph 5(b) above (pp.9-10). The second is to deal with the external shocks and disequilibria that the Community may have to face as a result of other countries' policies or policy failures, and particularly today from the worldwide disorders ascribable to the general acceptance of the national paper-currency of the United States as the major parallel currency of the world.

This has led indeed to fantastic and disequilibrating exchange-rate fluctuations between the ECU and the dollar: successive waves of sharp dollar depreciation, appreciation and depreciation, entailing opposite waves of appreciation, depreciation and appreciation for the ECU. Market rates between the ECU and the dollar have approximately recovered the parity, or near-parity, that prevailed before the gradual generalization of floating exchange rates that began in the last quarter of 1969. The intervening years, however, witnessed a 44% ECU appreciation (to 1.4419 dollar per ECU) by the end of 1979, followed by a 51% depreciation (to 0.7089 dollar per ECU) to the end of 1984, and a renewed 37% appreciation in little more than a year (to 0.9707 dollar per ECU) at the end of February 1986.

These wild fluctuations were exactly the opposite of those to be expected from the evolution of balances of payments on current account. The doubling of the dollar value vis-a-vis the ECU from 1979 to 1984 coincided with an enormous increase of the U.S. deficit on current account, from only 1 billion dollar in

1974 to 107 billion dollar in 1984. Conversely, the halving of the ECU value vis-a-vis the dollar coincided with an improvement of the Community's current account transactions, from minus 12 billion dollar in 1979 to plus 11 billion dollar in 1984.

Market exchange rates are indeed due overwhelmingly to capital movements, and their fluctuations are the major — although not the only — cause of the huge disequilibria of trade and other current transactions between the United States and the rest of the world.

Other countries are delighted, of course, to benefit economically from the trade and current account surpluses which are the counterpart of U.S. deficits. These surpluses, however, are necessarily matched by equivalent net outflows of capital to the United States, absorbing savings that would better be devoted to domestic investment, recovery and employment at home than to the financing of U.S. deficits mostly due to a suicidal overarmament race with the Soviet Union.

We should welcome therefore the crucial reversal — initiated at the Plaza of September 22, 1985 — of previous "benign" or "malign neglect" policies, and the attempt to implement jointly concerted policies aiming at a lowering of vastly overvalued dollar exchange rates, a reduction of U.S. deficits, and even a renewed exploration of desirable reforms of the world monetary system. A considerable strengthening of the present structure and powers of the EMS is obviously indispensable to enable the Community to play its proper role in this process. Among the multiple measures conceivable in the abstract to fulfill this objective, I shall retain below only those most actively debated today in official as well as academic circles, and most susceptible to remain at the centre of the forthcoming negotiations.

b) Concrete Suggestions for Reform:

I. A linkage between the privately issued ECU and the officially issued ECU is long overdue.

The use of the ECU in official interventions of the monetary authorities on the exchange markets demands that official ECU accounts be made accessible, at least to commercial banks, as easily as, or even more easily than accounts in foreign currencies.

As far as private issues of ECUs are concerned, the European Monetary Bank and the national monetary authorities should exercise the minimum of supervision (similar to that on national currency issues) deemed necessary to prevent abuses and to enable them to play their role of "lender and borrower of last resort" for the ECU as well as for national currencies. The proximate broadening, under the auspices of the BIS, of the private clearing system already in existence should facilitate and accelerate the acceptance of such responsibilities by the official authorities concerned.

II. Progress should continue along the path outlined in the spring of last year, and on which significant progress has been made already by the Committee of Governors and by member countries: the use of the ECU in intra-marginal transactions — still conducted and settled mostly in dollars — its unlimited acceptance in official settlements, the removal by the Bundesbank of its absurd discrimination prohibiting the use of the ECU, but not of foreign currencies, in borrowing contracts, the elimination by other countries of remaining exchange controls on intra-European transactions, and the generalized acceptance of the 2 1/4 per cent exchange-rate margin, particularly by Italy and the United Kingdom. Some

further procrastination to be expected in the full implementation of the last two of these measures by some countries should not necessarily preclude the acceptance of the others by all participating countries, including Germany, any more than the non-acceptance of exchange margins by the United Kingdom did not prevented the adoption and implementation of the EMS agreement.

III. More difficult, but essential, is the removal of the obstacles placed by central banks against the full implementation of the Bremen resolutions regarding the creation of ECU reserve accounts against equivalent "deposits of U.S. dollars and gold on the one hand (e.g. 20% of the stock currently held by member central banks) and member currencies on the other hand in an amount of a comparable order of magnitude".⁸

This has been replaced by mere temporary "swaps" — "credits croises" — of gold and dollars only, renewed quarterly, and on which exchange risks continue to run for each depositing country separately.

The adoption and implementation of concerted policies regarding the ECU-dollar exchange rates obviously demand that the ownership of the gold and dollars exchanged for ECU reserve accounts be definitely transferred from national central banks to the European Bank that should succeed the F.E.C.O.M. If, as must be expected, the gold portion of these transfers were to raise insurmountable obstacles in some countries, it could be replaced by equivalent foreign exchange deposits — in dollars, and eventually other "agreed" currencies — since what matters most to the economic equilibrium of the Community is its ability to influence exchange rates rather than the price of gold.

IV. Last, but far from least, is the problem of reconciling the ultimate responsibility of the political authorities with the need to protect the monetary authorities against undue political pressures, reflecting the short-term interests of politicians and pressure groups rather than the true long term interests of the Community itself and of the participating countries.

A permanent Managing Board will be needed to run, from day to day, from formidable tasks assigned to the European Bank, and adequate powers given, or delegated to it by the European Council or a Board of Governors, including Ministers of Finance alongside Central Bank Governors. The members of the Managing Board should preferably be designated by the national Central Bank Governors only, but it is obvious that legal texts may not be as significant in this respect as might be hoped, for a federal European Bank any more than for national Central Banks. The ability of the latter to resist inflationary pressures from the political authorities will continue to be determined primarily by entrenched national traditions and the force of personalities far more than by legal texts. Even if the designation of the European Bank's Managing Board is left entirely, as suggested above, to the governors of national Central Banks, these would obviously consult previously with their Ministers of Finance, and be more receptive in some countries than in others to the advice received from them. Equally obvious, however, is the fact that a federal Managing Board would be far less vulnerable to political pressures than most national Central Banks' officials are today.

Finally, the skeptics should be reminded of the practical consequences of further procrastination in the adoption of the reforms suggested above. The Community would certainly remain far less able, in that case, to moderate, or offset, the enormous inflationary or deflationary pressures resulting today from some

⁸ Paragraph 2 of the Annex to the Conclusions of the Presidency of the European Council, 6th and 7th of July 1978.

of its member countries' policies and particularly those resulting from the overwhelming influence of U.S. policies, or policy failures, upon the world environment in which the Community must live.

The ECU as the Only Currency of the Community?

The successful development of the ECU as the major "parallel currency" of the Community would make it far easier than the Werner plan to achieve ultimately "full monetary union", provided that the Governments develop the political will to do so, and which would undoubtedly, in that case, be strongly supported by their citizens in all or most of the countries of the Community.

The process need not be simultaneous indeed for all participating countries. It would merely involve a gradual extension of the legal rights to use the ECU in domestic as well as in foreign transactions, and of the willingness of firms and individuals to take advantage of this right. The completion of the process should also entail — as indeed foreseen from the very beginning by its proponents — the gradual increase of the international monetary reserves held with the European Bank — rather than in gold and U.S. liabilities — from 20% to 100%.

In the intervening period, the Community would have to pursue its efforts to stabilize real exchange rates between the remaining national currencies at competitive levels, as it has done with outstanding success for more than six years already. Occasional exchange-rate realignments will still prove necessary as long as all countries do not succeed in their proclaimed policy of harmonizing - downward - national inflation rates throughout the Community.

Consultations aiming at such realignments could be initiated — as is already the case — by any country, whether in deficit or in surplus, and entail inevitably offsetting changes of all, or most, exchange rates vis-a-vis the ECU. The excessive size, or persistence, of abnormal current account disequilibria should create a strong presumption for realignment, especially if explainable by — admittedly approximate — purchasing power disparity calculations. If, however, exchange-rate tensions on the market are due instead to speculative capital movements, any "realignment" would be unnecessary — and even pernicious — but the authorities should try to moderate these undesirable capital flows in so far as possible⁹, and to offset the remainder, if necessary, through official capital movements in a reverse direction.

Finally, the enormous and undesirable flows of speculative capital that are now taking place between the United States and the rest of the world should induce the Community to try and moderate them through concerted policies, both among themselves and with the United States.

As repeatedly stressed throughout this paper and in other publications of mine, a crucial aspect of such policies will be the elimination of the excessive dependence of the international monetary system on the national currency of the United States, improperly used as the main parallel currency of the world since the end of World War II.

Summary

This excessive reliance on a now wildly fluctuating paper-dollar as the major "parallel currency" of the world in private and official contracts, settlements, and reserve accumulation is at the source of the unprecedented distortions of international current and capital account transactions today, and of recurrent and worsening exchange-rate and bank crises.

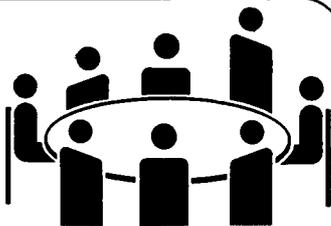
Among the institutional reforms of the EMS now under negotiation, none is more crucial and urgent than the development of the ECU as an alternative parallel currency in international transactions. This should dictate the functions and powers to be assigned, as soon as possible, to a European Monetary Bank for the efficient management of such an ECU.

The eventual completion of full monetary union would no longer be seen, in that perspective, as the stabilization of mutual exchange rates between national member currencies, but rather as the gradual extension of the use of the ECU to domestic as well as external transactions.

The final stage of such a process, i.e. the total replacement of national currencies by the ECU would undoubtedly be reached much earlier in some countries than in others.

⁹ Exchange controls should be used only as a last resort, and mutual controls imposed both by the countries receiving unwanted capital inflows and by those subject to unwanted capital outflows.

Seminar Probleme ???



Wir helfen Ihnen, sie zu lösen! Seminare sollen ein Erfolg werden – pädagogisch, wirtschaftlich, publizistisch, bezüglich des "Drumherum", hinsichtlich der Referenten.

Für die internationale LIBERTAS-Mannschaft ist kein Seminarproblem zu groß. Wir haben Erfahrung: Referentensuche, Finanzplanung, Örtlichkeiten, Themenkonzeption, Materialsichtung, Medienecho, Dokumentationen. LIBERTAS hilft Ihnen beim Seminarprogrammieren: in ganz Europa. In den Themenbereichen Europa, internationale Politik, Dritte Welt.

Wenn Sie also ein Seminar planen: Sprechen Sie zuerst mit uns!

**LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen,
Tel.: 07031/81855, Telex: 7 265 320.**

Paradigmen und Ideen politischen Handelns

von

Dr. Ladislaus Barlay*

Jedes politische Handeln entspricht einer ausgeführten Problemlösung, worin diese auch immer bestehen mag. Dies leuchtet insbesondere ein, wenn man politisches Handeln als eine Folge reflektierter oder eben unreflektierter, jedenfalls tatsächlich getroffener Entscheidungen für jeweils eine der alternativen Wahlmöglichkeiten denkt und bedenkt, wie sehr das Ergebnis des Handelns von der Reichhaltigkeit der Informationsbasis dieser Entscheidungen, ferner von dem epistemischen Gehalt sowie von der normativen Lenkpotenz der Handlungsziele, von der möglichst zielkonformen Wahl möglichst wahrheitsgemäß als zweckmäßig erkannter Mittel, und nicht zuletzt davon abhängt, ob und in welchem Maße ein formal einwandfreies wie rückkopplungsreiches Operieren mit diesen informationellen Elementen der Entscheidungsfolge, die verfolgten Ziele in einem (oft zum Null-Summen-Spiel verengten) Ringen mit anderen dem Ergebnis de facto aufträgt.

Auch für politische Handlungen gilt insofern der von Hegel für jedes Handeln aufgezeigte Befund, wonach sie zwischen begriffener Idee und objektiver Realität, nun zu begreifende, neue Realitäten erzeugend, vermitteln und wonach infolge der prinzipiellen Abstraktheit jeglicher Ziele "durch die Handlungen der Menschen noch etwas anderes überhaupt herauskomme, als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen."¹ Der damit angesprochene "irrationale Restbestand"², der dem ideellen Aufbaumoment jeglichen Handelns anhaftet und die Informationsverarbeitungsleistung des Handelnden betrifft, erhält im Kontext politischen Handelns ein besonderes Gewicht. Wohl läßt sich solches Handeln auch als Problemlösung modellieren. Dennoch unterscheidet sich politisches Handeln gerade bezüglich dessen, was sein Wesen ausmacht, prinzipiell von jedem mehr oder weniger erfolgreichen Problemlösungsvorgang³, der

* Vorabdruck der Einführung zu einem Buch von Prof. Dr. Konrad Schön MdEP, das demnächst unter dem Titel "Politische Denkformen" im Libertas Verlag, Sindelfingen erscheint.

1 G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, in: Hegel, Sämtliche Werke, Bd. 11, Stuttgart 1965, Einleitung.

2 Vgl. N. Hartmann: Grundzüge einer Metaphysik der Erkenntnis, Berlin 1925, S. 245

3 Vgl. Hartmann, a.a.O., ferner: G. Polya: How To Solve It, Princeton 1945; ders.: Mathematics and Plausible Reasoning, 1-2, Princeton 1954; K.R. Popper: Objective Knowledge, Oxford 1972; ders.: Conjectures and Refutations, New York-London 1963; M. Bunge: Scientific Research, I. The Search for System, Berlin-Heidelberg-New York 1967; ders.: Treatise on Basic Philosophy, Vols. 5-6. Epistemology and Methodology, 1-2, Dordrecht 1983

uns auf so verschiedenen Operationsgebieten des Denkens entgegen treten kann wie Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Rechtsprechung, Kommunikation oder Seelsorge. Das betrifft bereits die Art der Information, mit deren Hilfe politisches Handeln im Wesentlichen konzipiert und organisiert wird.

Freilich werden Informationen philosophischer, wissenschaftlicher und sonstiger Art inmitten politischer Entscheidungsfindungen, je nach Bedarf der Handelnden, berücksichtigt, bewertet, stimuliert sowie verwendet. Sie sind jedoch politisch nicht ausschlaggebend. Es sind keine wissenschaftlichen Informationen, auch keine Ableitungen aus einer exakt formulierten Theorie, und auch keine Berechnungen aufgrund eines Kalküls oder gar Algorithmus, die bei all ihrer politischen Verwertbarkeit, allein die anstehende Lösung dessen lieferten, was der politisch Handelnde, einerlei, ob regierend oder einer regierenden Mehrheit opponierend, in seinen Entscheidungssituationen als "Problem" zu "lösen" hat. Allerdings: ganz undurchdacht, ganz aus unreflektiertem Instinkt heraus erwächst solche "Lösung" ebensowenig, wie aus vermeintlichen Leitmotiven gründlich verinnerlichter Ideologien, schon gar nicht im Zeitalter einer sich in aller Deutlichkeit abzeichnenden "postindustriellen" oder "Informationsgesellschaft".⁴

Der spezielle wie eigenartige Umgang mit wissenschaftlicher und sonstiger, mehr oder weniger theoriegebundener Information mitten in der Konzipierung politischen, und stets entscheidungsabhängigen Handelns als einer "Problemlösung" ist letztlich darin begründet, daß sich Ziele, Mittel und Entscheidungsalternativen politisch Handelnder niemals lediglich auf die wissenschaftliche Erforschung, auf die technische oder wirtschaftliche "Überformung" sowie Erschließung, auf die rechtliche Regelung oder auf die kommunikative Beeinflussung irgendeines natürlichen, geistigen oder sozialen Objektbereiches beziehen, sondern zumindest in einem hohen Maße auf die Erringung, Ausübung, Nutzung und Verteilung von mehr oder weniger legitimer Macht.

Diese ist im Gegensatz zur zwangsweise, oft bereits physiko-chemisch wirksamen, Entscheidungen trotz Widerstände vollständig durchsetzenden, von sich aus noch weder Recht noch dauerhafte Macht erzeugenden, jedoch für jedes Recht wie für jede Macht als verfügbare Größe unverzichtbaren Gewalt, eine eigenständige wie autonome Teilhabe an den ebenfalls mehr oder weniger eigenständigen die Macht ausüben, ihren Willen, trotz Widerstände erfolgreich durchzusetzen.⁵

⁴ Siehe hierzu vor allem: J. Naishitt: Megatrends. Ten New Directions Transforming Our Lives, New York 1982; D. Bell: The Coming of Post-Industrial Society, New York 1973; Th. Roszak: Person/Planet, New York 1980; A. Toffler: The Third Wave, New York 1980; G. Gilder: Wealth and Poverty, New York 1980; P. Drucker: Managing in Turbulent Times, New York 1980; S. Nora: A. Mine: The Computerisation of Society, Cambridge 1980; J. Lipnack-J. Stamps: Networking, New York 1982; A. Smith: Goodbye Gutenberg, Oxford 1980; M. Mesarovic-E. Pestel: Menschheit am Wendepunkt, Stuttgart 1974; H. Kahn: Die Zukunft der Welt, Wien-München-Zürich 1978

⁵ Siehe N. Luhmann: Zweckbegriff und Systemrationalität, Tübingen 1968; M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, 1-2. Köln-Berlin 1964; ders.: Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1971; T. Parsons: The Social System, New York 1957; ders.: Structure and Process in Modern Societies, Glencoe 1960. Auf dem Wege zum Gewaltmonopol des Staates und zum Prinzip des Rechtsstaates, in dem eine Gleichheit aller vor dem Gesetz und andere Gleichheitsgrundsätze gelten, erinnerte Spinoza daran, daß ohne Macht kein Recht geltend gemacht werden könne, "quia unusquisque tantum juris habet, quantum potentia valet", B. de Spinoza: Tractatus politicus (Abhandlung vom Staat), in: Spinoza, Sämtliche Werke, Bd. 5, Hamburg 1977, 2, 8

Institutionalisierte Macht ist nun gleichbedeutend mit politischer Herrschaft. Das heißt, soziale Gruppenbildung und Rollenverhalten, soziale Normen, Sanktionen und Devianz, normative Regelsysteme wie die Institutionen der Sittlichkeit, der Familie, der legalen Ordnung, der Kirchen, verbandsmäßige Sozialgebilde, Interessengruppen, Elitegruppen usw. stellen ein normativ verbindliches Geflecht komplex zusammenwirkender Elemente dar, durch welches hindurch das politische Handeln der einzelnen (und ihrer Gruppen) als einmalige Zielverwirklichung durchgesetzt wird. Das dabei mehr oder weniger verwirklichte Ziel (samt seinen "ironischen", weil unbezweckten Folgen) ist nun zumindest größtenteils auf das gerichtet, was unter der Norm anerkannter Institutionen für die einzelnen (und ihre Gruppen) legalitätskonformen oder legalitätsstiftenden sowie durch legitime Herrschaft geschützten Machtbesitz bedeutet.

Dieser Sachverhalt hat drei Konsequenzen. Erstens verbindet sich politisches Handeln stets und weitestgehend mit dem Ringen der einzelnen (bzw. Gruppen) untereinander um Macht, welche Formen Macht auch immer annehmen kann, ja die Ziele politischen Handelns implizieren stets die je eigene Bewertung eindeutig entgegengesetzter, zuweilen (in einer Kollision) aufeinanderprallender und die Legitimitätsnormen autonom auslegender Machtansprüche für alle "Mitspieler", für "Freunde" wie "Feinde".⁶

Zweitens setzt die möglichst restlose Verwirklichung möglichst aller autonom formulierten, teils natürlichen, teils machtbezogenen Handlungsziele nicht nur das Vorhandensein bestimmter, genormter, weil "sein sollender" Zustände wie Freiheit, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität usw. voraus, sondern auch einen institutionellen Verband, der als alleiniger Träger legitimer Herrschaft jeden Umgang mit Macht durch die Garantie der erwähnten, genormten Zustände für alle einzelnen regelt. In einem liberal verfaßten Rechtsstaat, in dem die freihheitlichen Grundrechte für alle verfassungsmäßig geschützt, die politischen Gewalten geteilt, die Rechenschaftspflicht der Regierung sowie die Ausübung der Regierungsgewalt "unterm Gesetz" anerkannt, die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet, die gesetzgebenden, repräsentativen Körperschaften aus freien Wahlen hervorgegangen, die parlamentarische Gesetzgebung und Kontrolle unbehindert, ein Minderheitenschutz gewährt usw. sind⁷, werden beide Voraussetzungen größtmöglichst erfüllt. Auf die Idee solchen Staates zielten Hegels Ausführungen ab: "Der Staat ist die Wirklichkeit der konkreten Freiheit; die konkrete Freiheit aber besteht darin, daß die persönliche Einzelheit und deren besondere Interessen sowohl ihre vollständige Entwicklung und die Anerkennung ihres Rechts für sich (im Systeme der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft) haben, als sie durch sich selbst in das Interesse des Allgemeinen teils übergehen, teils mit Wis-

⁶ Vgl. C. Schmitt: Der Begriff des Politischen, Berlin 1963; ders.: Theorie des Partisanen, Berlin 1963

⁷ Siehe hierzu vor allem: J. Locke: Two Tracts on Government, Cambridge 1967; Th. Hobbes: Leviathan, Oxford 1948; D. Hume: Enquiries Concerning the Human Understanding and Concerning the Principles of Morals, Oxford 1902; Ch.-L.S. Montesquieu: De l'Esprit des Lois, Paris 1956; J.-J. Rousseau: Du contrat social ou principes du droit politique, Paris 1962; Th. Paine: The Rights of Man, London 1958; ders.: Common Sense, New York 1953; E. Burke: Reflections on the Revolution in France, London 1960; L.L. Bredvold-R.G. Ross (eds.): The Philosophy of Edmund Burke, Ann Arbor 1967

sen und Willen dasselbe und zwar als ihren eigenen *substantiellen Geist* anerkennen und für dasselbe als ihren *Endzweck tätig* sind, so daß weder das Allgemeine ohne das besondere Interesse, Wissen und Wollen gelte und vollbracht werde, noch daß die Individuen bloß für das letztere als Privatpersonen leben und nicht zugleich in und für das Allgemeine wollen und eine dieses Zwecks bewußte Wirksamkeit haben. Das Prinzip der modernen Staaten hat diese ungeheure Stärke und Tiefe, das Prinzip der Subjektivität sich zum *selbständigen Extreme* der persönlichen Besonderheit vollenden zu lassen und zugleich es in die *substantielle Einbeit zurückzuführen* und so in ihm selbst diese zu erhalten... Das Wesen des neuen Staates ist, daß das Allgemeine verbunden sei mit der vollen Freiheit der Besonderheit und dem Wohlergehen der Individuen, daß also das Interesse der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft sich zum Staate zusammennehmen muß, daß aber die Allgemeinheit der Zwecks nicht ohne das eigene Wissen und Wollen der Besonderheit, die ihr Recht behalten muß, fortschreiten kann. Das Allgemeine muß also betätigt sein, aber die Subjektivität auf der anderen Seite ganz und lebendig entwickelt werden. Nur dadurch, daß beide Momente in ihrer Stärke bestehen, ist der Staat als ein gegliederter und wahrhaft organisierter anzusehen... Die Verbindung von Pflicht und Recht hat die doppelte Seite, daß das, was der Staat als Pflicht fordert, auch das Recht der Individualität unmittelbar sei, indem es nichts eben ist als Organisation des Begriffs der Freiheit. Die Bestimmungen des individuellen Willens sind durch den Staat in ein objektives Dasein gebracht und kommen durch ihn erst zu ihrer Wahrheit und Verwirklichung. Der Staat ist die alleinige Bedingung der Erreichung des besonderen Zwecks und Wohls... Die subjektive Freiheit, die berücksichtigt werden muß, fordert aber freie Wahl der Individuen.⁸ An der Anerkennung der Folgerichtigkeit der Verknüpfung dieser Idee des Rechtsstaates mit liberalen Normen politischen Handelns brauchte sich bis heute, selbst nach der Rekonstruktion einiger Aspekte des Naturrechts nichts zu ändern.⁹

Auch der liberale Rechtsstaat ist jedoch ein sein Gewaltmonopol erfolgreich behauptender, legitimer Herrschaftsverband, indem er als eine "soveräne Gebiets-herrschaft" ausübende, organisierte, politische "Entscheidungs- und Wirkungseinheit"¹⁰ auftritt. Nur: er "zähmt" den Machtbesitz mit der Folge einer gewissen schadensminimierenden Sachlichkeit jeglichen Ringens um Macht; er "bevorzugt" für den Normalfall eine demokratische Form der Herrschaft und für den "Ernstfall" demokratisch legitimierte Regelungen zur Hervorbringung einer kompetenten, handlungsfähigen sowie homogenen Führung, und er erweist sich

8 G.W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: Hegel, Sämtliche Werke, Bd.7, Stuttgart 1965, §§ 260, 261, 262, S. 337-338, 341-342

9 Siehe hierzu: A.F. von Hayek: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971; ders.: Law, Legislation and Liberty, 1-2, Chicago 1973/76; R. Nozick: Anarchy, State, and Utopia, New York 1974; ders.: Philosophical Explanations, Cambridge 1982, sowie Ch. Böhr: Liberalismus und Minimalismus, Heidelberg 1985

10 Vgl. Weber, Gesammelte politische Schriften, a.a.O.; H. Heller: Staatslehre, Leiden 1934; C. Schmitt: Verfassungslehre, Berlin 1965; H. Kelsen: Allgemeine Staatslehre, Bad Homburg-Berlin-Zürich 1966; ders.: Reine Rechtslehre, Wien 1960; E. Forsthoff: Der Staat der Industriegesellschaft, München 1971; ders.: Rechtsstaat im Wandel, München 1976; E.W. Böckenförde: Gesetz und gesetzgebende Gewalt, Berlin 1958; ders.: Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung, Berlin 1964; ders.: Der Staat als sittlicher Staat, Berlin 1978

als der Ort jeglichen politischen Handelns, zumal er als politisches Instrument einer freien Selbststeuerung der Bürger diesen die Wahl zwischen Reform und Revolution offenläßt.¹¹ Das gilt für die normative, insbesondere institutionelle Ermöglichung politischen Handelns in jeder liberal verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung, wie auch immer deren geschichtlicher Ursprung beschaffen sein mag: sowohl in den allmählich und in einer Reihe von Verfassungskonflikten herausgebildeten konstitutionellen Monarchien als auch in den durch den revolutionären Akt einer geschichtlichen Entscheidung hervorgebrachten Republiken. Auch die Aufteilung von Machtbefugnissen zwischen Gewalten, Institutionen und Ämtern kann innerhalb der Variationsbreite möglicher liberal verfaßter, rechtsstaatlicher Ordnungen unterschiedlich ausfallen, so etwa der Regierung oder eben dem Präsidentenamt jeweils mehr Kompetenzen zuordnen, eine föderative oder eben eine zentrale Willensbildung bevorzugen, die freien Wahlen zur Legislative nach dem Prinzip der Mehrheitswahl oder eben nach dem der Verhältniswahl ausrichten usw. Die Idee der liberal verfaßten, rechtsstaatlichen Ordnung läßt alle ihre geschichtlich erzeugten, möglichen Gestalten in einem bestimmten Maße konvergieren, wobei ihrer institutionellen Leistung nach analoge Mischformen der Ermöglichung politischen Handelns entstehen.

Dagegen leiden feudale Oligarchien und Monarchien, autoritäre Republiken, und auch aus unbewältigten Bürgerkriegszuständen stammende Diktaturen unter einem, mehr oder weniger schwerwiegenden bzw. ausschlaggebenden Rechtsstaatlichkeitsdefizit, das den Handlungsspielraum der Politik durch eine Kluft zwischen Legalität und Legitimität, oder gar durch einen Abbau beider folgenreich verzerrt. Jedoch der völlige Ausstieg aus dem Bereich legitimen politischen Handelns und zugleich auch aus dem Minimum einer allgemeingültigen Legalität kann nur in einer Tyrannei erfolgen, in welcher das Politische durch das Kriminelle ersetzt wird. Dies ist auch dann der Fall, wenn die Tyrannei mit allen äußerlichen Merkmalen eines Staates ausgestattet wird. Das politische Handeln wird dabei nach der Maßgabe vorrechtlicher Herrschaftsformen degeneriert, und sein anthropologisch faßbarer Aufbau ist reich an Ideologien, Mythen, Manipulationen, gewaltsamen, ja terroristischen Repressionen sowie an konspirativ ausgefochtenen, sich innerhalb eines Machtmonopols abspielenden Konflikten, imperialistischen, zuweilen äußerst opferreichen Expansionsversuchen usw., wie die totalitären Regime unseres Jahrhunderts davon zeugen.

Drittens enthüllt sich politisches Handeln, insbesondere, nachdem seine "Publizität"¹² zum wahrheitsunabhängig konsensstiftenden Machtfaktor demokratischen Regierens und Opponierens geworden ist, genau in dem, sprunghaft erweiterten, auf eine Ausdehnung des Ergodizitätsbereiches des Herrschaftssystems

11 Siehe hierzu: A. de Tocqueville: De la Démocratie en Amérique, 1-2, Paris 1951, ferner: J. Maritain: La personne et le bien commun, Paris 1947; ders.: L'homme et l'état, Paris 1953; ders.: Réflexions sur l'Amérique, Paris 1958; R. Aron: Essai sur les libertés, Paris 1976 sowie L. Barlay: Kulturrevolution und Alternativkultur, in: LIBERTAS, 1/1984, S. 4ff

12 Vgl. H. Schelsky: Politik und Publizität, Stuttgart 1983, sowie P. Lorenzen: Normative Logic and Ethics, Mannheim 1969; ders.: Theorie der technischen und politischen Vernunft, Stuttgart 1978; ders.: Grundbegriffe technischer und politischer Kultur, Frankfurt/M 1985

zurückgehenden Maße, in dem die politisch verfügbaren Kenntnisse und Mittel zur Verhinderung bestimmter, prognostifizierbarer, natürlicher, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Katastrophen ausreichen, als öffentliches, auf Zustimmung bedachtes Argumentieren. Politisches Handeln ist somit nicht nur "Problemlösung", weil sie zuweilen auch wissenschaftliche Informationen verwertet, Ziele setzt, Normen folgt, Mittel selektiert, in den Entscheidungssituationen günstige Alternativmöglichkeiten wählt, Rückkopplungen bewerkstelligt, insofern es seinem wirklichen Ziel eines dynamischen, d.h. stabilen und erweiterungsfähigen Machtbesitzes unter der Norm liberal verfaßter, rechtsstaatlich geregelter und demokratisch erzeugter Herrschaftslegitimation überhaupt dienlich ist. Nein, politisches Handeln erweist sich, solange nicht die Abwendung sicher bevorstehender Katastrophen ansteht, zunehmend als öffentlich vollzogenes Argumentieren bezüglich seiner selbst, bezüglich seiner schlechthinigen Machbarkeit und bezüglich der machtmäßigen Profilierung derer, die Macht besitzen, weil ihre Argumentation mehrheitsbildenden Konsens erntet. Das Gerede von Katastrophen, Ängsten und Apokalypsen ist von wirklichen Katastrophen zu unterscheiden und zeigt nur, wie unbeschränkt der Gegenstand öffentlichen Argumentierens ist.

Wie immer schon in der Geschichte, ein solcher Umbruch des Politischen markiert eine offene Situation, die die Möglichkeit einer freiheitserweiternden Lösung der Politik von einigen althergebrachten Sachzwängen ebenso in sich enthält, wie eine Gefahr der suizidösen Zweckentfremdung der Politik, die die Politik in eine Politik um der Politik willen verwandelt. Auch wenn die erste Möglichkeit zum trendsetzenden geschichtlichen Faktum werden sollte, wird dieses vielfach befreiend auswirkende Verständnis politischen Handelns freilich zwecks der Vermeidung wirklicher Katastrophen nicht darum herumkommen, ein vernünftiges Verhältnis zwischen sich und den erwähnten, unabdingbaren konstitutiven Bauelementen politischen Handelns zu finden. Denn für das Fortleben der letzteren wird in Wirklichkeit nach wie vor, in jeder politischen Entscheidungssituation, wenn auch oft stillschweigend gesorgt. Die zweite Möglichkeit würde ohnehin mit brutaler Härte ausschließlich das "klassische" Politikverständnis rekonstruieren.

Die Aufklärung, die in dieser geschichtlichen Situation Not tut, kommt ohne Philosophie nicht aus und sie ist insbesondere ein Geschäft der philosophischen Beschäftigung mit den ideellen Aufbaumomenten politischen Handelns. Erhellend dabei ist gewiß nicht die eher triviale Einsicht, wonach vor dem, mitten im und nach dem politischen Handeln, vom handelnden Subjekt ebenso wie von seinem sozialen Umfeld gedacht, ja an Ideen partizipiert und Information verarbeitet wird. Auch die logischen, epistemischen, psychischen, semiotischen usw. Invarianzen, d.h. Gesetzmäßigkeiten dieses Denkens sind für die theoretische Analyse sowie Erklärung des Politischen lediglich von untergeordneter, wenngleich unabdingbarer Bedeutung. Aufschlußreich sind vielmehr die geschichtlichen Paradigmata¹³, unter denen die ideelle Lenkung noch so autonom gesteuerten

13 Siehe hierzu: Aristoteles: *Metaphysik*, 1-2, Hamburg 1978/80; Th. Kuhn: *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago 1962, ferner: Popper, *Objective Knowledge*, a.a.O.; K. Hübner: *Kritik der wissenschaftlichen Vernunft*, Freiburg-München 1978; ders.: *Die Wahrheit des Mythos*, München 1985; Bunge, *Treatise on Basic Philosophy*, Vols. 7-8., a.a.O.; L. Barlay: *Rationality in Science, Technology and Myth*, in: *LIBERTAS*, 3/1985, 45ff

sowie ausgeführten politischen Handelns jeweils steht.

Diese Paradigmata erschöpfen sich nicht darin, Ideen als solche zu sein und sie sind auch keine strategischen oder taktischen Projektionen und Handlungsanweisungen. Sie stellen vielmehr eine philosophisch und religiös begründete Norm dar, die in einer einigermaßen abgrenzbaren geschichtlichen Epoche, und in ihren bedeutenden Entscheidungssituationen die weitverbreiteten, zustimmungsfähigen Einsichten, Kenntnisse, Erfahrungen und Wertmaßstäbe bezüglich des Umgangs mit politischer Macht auf generell nachvollziehbare Weise zusammenfaßt und zugleich von den möglichen Zielen, möglichen Entscheidungsalternativen, verfügbaren Mitteln, zulässigen Erwartungen und plausiblen Voraussagen genau das auswählt, was einer relativen Harmonisierung fähig ist und den subjektiv denkbaren politischen Handlungsspielraum ihrer "normalen" Befolger konstituiert. Die Paradigmata nehmen damit keine konkreten Einzelentscheidungen vorweg, die jederzeit auch jenseits ihrer Geltung konzipiert werden können und das, was sie vorschreiben, ist niemals so konkret wie die zu treffenden Einzelentscheidungen. Nichtsdestotrotz entscheidet sich derjenige, der ihnen folgt, bereits im voraus für bestimmte Präferenzen, die in seinen noch zu treffenden Einzelentscheidungen gelten. Beim Bedarf an singulären, kreativ, phantasievoll wie innovativ konstruierten Handlungen, für deren Auffinden sowie Ausführen die Paradigmata durchaus bestimmte, begrenzte Mittel bereitstellen, müssen allerdings gerade sie verletzt, d.h. überschritten oder überwunden werden. Auch so ist ihre Leistung zweifellos beträchtlich. Denn sie "entlasten" den von Natur her "instinktsicheren", politisch "normkonform" Handelnden, indem sie ihm ein hochgradig "reflexionsfreies" Tun ermöglichen und für ihn wie für sein Umfeld ein gewisses Maß an institutionalisierter Verhaltenssicherheit, standardisierter Erwartungserfüllung sowie Kalkulierbarkeit garantieren.¹⁴

Jedes Paradigma erfüllt damit die wesentlichen Merkmale einer Norm. Diese Norm ist jedenfalls heterogen und daher trifft es um so mehr zu, sie wegen ihrer trotz aller Heterogenität urbildhaft bestehenden Verbindlichkeit Paradigma zu nennen; die meisten Handelnden, die diesem folgen, hätten gewiß Schwierigkeiten, es als Norm eindeutig zu explizieren, was nichts gegen seine faktische Geltung besagt. Es besitzt einen "Kernbereich", der sich aus Ideen zusammensetzt. Bereits dieser Sachverhalt mahnt allerdings zur Vorsicht im Hinblick auf den Gebrauch des Begriffs "Idee". Um welche Art von Ideen kann es sich dabei überhaupt handeln?

Eine philosophische Tradition, die auf Platon zurückgeht und über Aristoteles, Plotin, Nicolaus v. Kues, Leibniz, Kant, Hegel, Peirce, Jacoby, Hartmann und Whitehead sogar bis zum späten Popper reicht, erleichtert die Beantwortung dieser Frage ganz beträchtlich. Es kann sich dabei zwar nicht um jene, als nur annähernd begreifbare Urbilder konzipierte Ideen des frühen und mittleren Platon handeln, die prinzipiell getrennt von ihren, an ihnen abbildartig "teilhabenden", wenngleich in stetem Wechsel befindlichen Realitäten doch noch eine rein extensionale Ordnung der Begriffe ihrer Realitäten, und damit einen extensional bestimmten Ausschnitt aus der Struktur der prozeßhaften Wirklichkeit repräsentieren.

14 Vgl. A. Gehlen: *Urmensch und Spätkultur*, Bonn 1956, ferner ders.: *Der Mensch*, Frankfurt/M-Bonn 1962; ders.: *Die Seele im technischen Zeitalter*, Reinbek-Hamburg 1957

tierten. Aber es kann sich bei ihnen auch nicht um jenes dynamische Geflecht von Ideen (symplokē) handeln, das, wie manche Gelehrten von dem späten Platon über Aristoteles und Plotin bis Locke, Hegel und Whitehead darauf hinweisen, für jedes einzigartige und einmalige Individuum, für jedes singuläre Ereignis eine eigene, aus der Teilhabe aller betroffenen Ideen aneinander hervorgehende Idee bereithält und zugleich den Prozeß universalen Werdens einer ihm selbst entstammenden, gesetzmäßigen und extensionale Ordnungen erzeugenden Struktur der kausalen und modalen, ja zufallsträchtigen Wechselbeziehung aller konkreten Ereignisse gemäß als "bewegendes Prinzip" (archē kinēseos) initiiert und exekutiert.¹⁵ Die gemeinten Ideen stellen somit weder Ereignis, Prozesse, Gesetze, Strukturen, Systeme, Entscheidungen usw., noch Begriffe, Aussagen, Schlußfolgerungen, Prinzipien, Theorien, Aussagensysteme, Ziele, Maßstäbe, Normen usw. dar.

Man kommt deshalb nicht darum herum, die Eigenart der gemeinten Ideen dort zu suchen, wo sie, abgehoben sowohl von der mehr oder weniger begreifbaren, d.h. gesetzmäßig erklärbaren Prozessen einer natürlichen (physiko-chemischen, organischen, psychischen usw.) und sozialen Realität und von der Realität der formalwissenschaftlich erfassbaren, extensionalen Ordnungsstruktur der Welt aller möglichen Prozesse, als auch von den subjektiven Begriffsbildungen, Aussagen und Schlußfolgerungen bezüglich dieser Realitäten sowie des Selbstbewußtseins des jeweiligen Subjekts, schließlich als objektive, transsubjektiv nachvollziehbare, geistige Entitäten ausfindig gemacht wurden.¹⁶

Vom "objektiven Geist" über "geistiges Sein" und "spirituelle Wesenheiten" bis zu einer "dritten Welt" (zwischen physikalischer Realität und Bewußtsein) reichen die Bezeichnungen für das Reich dieser Ideen.¹⁷ Ihre Unterscheidung von Ideen anderer, nämlich kosmologischer, ontologischer, metaphysischer, logischer oder epistemologischer Art, sowie von den Begriffen, Aussagen, Schlüssen und Prinzipien theoriegebundenen Denkens, messenden Bewertens, zweckgebunde-

nen und zielgerichteten Normenbegründens und zwingenden Beweisführens, zeigt zugleich ihren Ort, ihren Gehalt und ihre Leistung mitten in der Struktur menschlichen Handelns schlechthin. Denn sie beziehen alles, was sonstige Ideen überhaupt beinhalten können und was davon begreifbar und erklärbar ist, auf zwischenmenschliches, ja letztlich interpersonales Handeln, sie sind nicht nur teleologisch, sondern ihr spezielles Telos erstrebt ethisch qualifiziertes Handeln der Einzelperson im Sinne einer maßvollen Wahl zwischen alternativen Möglichkeiten und einer Entscheidungsoptimierung unter der Norm der Sittlichkeit. Sie stiften, erhalten und transformieren soziale Normen, Regeln und Regelsysteme im Sinne von Institutionen, und sie wirken, Maßstäbe überliefernd sowie neue, auf Innovationen drängende Maßstäbe setzend, im Sinne kultureller und zivilisatorischer Verbindlichkeiten.¹⁸

Sie markieren bezüglich jeder fundamentalen Idealität eine Meta-Idealität und bezüglich jeder theoretisch formulierten Idee eine metatheoretisch formulierte. Insofern hängen sie zwar von solchen fundamentalen oder theoriegebundenen Ideen bis zu einem gewissen Grade ab. Sie "überformen" aber das, wovon sie derart abhängen, indem sie die zu "überformende" Idealität unter die Norm einer freien sowie autonomen Selbststeuerung des Handlungssubjektes stellen und den praktischen Gebrauch solcher Idealität normativ regeln. Niemand hat dies klarer formuliert als Kant: "...die transzendentalen Ideen sind niemals von konstitutivem Gebrauche, so daß dadurch Begriffe gewisser Gegenstände gegeben würden... Dagegen aber haben sie einen vortrefflichen und unentbehrlich notwendigen regulativen Gebrauch, nämlich den Verstand zu einem gewissen Ziele zu richten, in Aussicht auf welches die Richtungslinien aller seiner Regeln in einen Punkt zusammenlaufen, der, ob er zwar nur eine Idee (*focus imaginarius*), d.i. ein Punkt, ist, aus welchem die Verstandesbegriffe wirklich nicht ausgehen, indem er ganz außerhalb den Grenzen möglicher Erfahrung liegt, dennoch dazu dient, ihnen die größte Einheit neben der größten Ausbreitung zu verschaffen."¹⁹

Kant meint damit nicht nur etwa die Idee einer "moralischen Welt", die "objektive Realität" besäße und so beschaffen sei, wie die Welt nach der Freiheit sein kann und nach den "notwendigen Gesetzen der Sittlichkeit", ungeachtet aller Zwecke und aller naturwüchsigen Schwächen des Menschen, "sein soll", aber er zählte auch diese Idee zu den erwähnten regulativen Ideen, von denen er behauptete, sie seien "praktisch".²⁰

Das sind sie denn auch im Sinne einer "praktischen Philosophie" Aristotelischer Provenienz: sie regeln den Vorgang, in welchem Entscheidungen getroffen und Handlungen ausgeführt werden, insofern von tatsächlichen Einzelpersonen etwas tatsächlich getan wird und insofern diese Personen als rechtsfähige Bürger eines politischen Gemeinwesens tatsächlich unter politisch erzeugten Bedingungen, ferner Ziele mit politisch mehr oder weniger bedeutsamen Sollwerten setzend

18 Siehe hierzu: Whitehead, *Adventures of Ideas*, a.a.O. Zu den sich dabei anbietenden Begriffen Metasprache und Metatheorie siehe A. Tarski: *Der Wahrheitsbegriff in den formalisierten Sprachen*, Darmstadt 1969

19 I. Kant: *Kritik der reinen Vernunft*, in: Kant, *Sämtliche Werke*, Bd. 3, Leipzig 1913, S. 494-495

20 Vgl. ebda. S. 609

15 Siehe hierzu: Platon: *Sophistes*, 253A-259E, ders.: *Parmenides*, 158C, 131A-135C, ders.: *Der Staat*, 511B,C, in: Platon: *Sämtliche Werke*, Bd. 2, Köln-Olten 1969; ders.: *Timaios*, ders.: *Gesetze*, in: Platon, *Sämtliche Werke*, Bd. 3, a.a.O. Zur Deutung des Prinzips "archē kinēseos" im Sinne eines "höheren eidōs" siehe: Aristoteles, *Metaphysik*, a.a.O. 984a25,b20, 996a21,b20, 1003b20, 1013a15,b 20-25, 1046a5-29, 1049b5, 1050b1, 1060a20. Siehe außerdem: Plotin: *Gibt es Ideen des Individuellen?*, in: *Plotins Schriften*, 1-54, Bd. Ia/b-Va/b, 1-10, Hamburg 1956/67; J. Locke: *Essay Concerning Human Understanding*, London 1965; ders.: *Essay on the Law of Nature*, Oxford 1970; G.W.F. Hegel: *Wissenschaft der Logik*, I, in: Hegel, *Sämtliche Werke*, Bd. 4, Stuttgart 1965; ders.: *System der Philosophie*, I, in: Hegel, *Sämtliche Werke*, Bd. 8, a.a.O.; A.N. Whitehead: *Process and Reality*, New York-Cambridge 1929; ders.: *The Concept of Nature*, Cambridge 1920. Zum Prozeß des Werdens in Systemen sowie zum Begriff der Extension siehe L. Barlay: *Der exakte Systembegriff*, in: *LIBERTAS*, 2/1984, S. 41ff sowie ders.: *Intension and Extension*, in: *LIBERTAS*, 4/1985, S. 59ff

16 Vgl. Hegel, *System der Philosophie*, 3, a.a.O. Zur Problemgeschichte siehe: N. Hartmann: *Die Philosophie des deutschen Idealismus*, Berlin-New York 1974; ders.: *Kleinere Schriften*, 2, Berlin 1957; J.N. Findlay: *Hegel, A Re-Examination*, London-New York 1958; ders.: *Platon: The Written and Unwritten Dogmas*, London 1974

17 Siehe hierzu: Hegel, *System der Philosophie*, 3, a.a.O., ferner N. Hartmann: *Das Problem des geistigen Seins*, Berlin 1933; H. Freyer: *Theorie des objektiven Geistes*, Leipzig-Berlin 1934; A.N. Whitehead: *Adventures of Ideas*, New York-Cambridge 1933; Popper, *Objective Knowledge*, a.a.O.

und verfolgend, handeln, und politisch mehr oder weniger Ausschlaggebendes bewirken. Diese regulativen und zugleich praktischen Ideen verbinden die Vorgänge und entscheidungsabhängigen Handlungen einfacherer Art mit den komplizierteren, wenngleich sich der einfacheren instrumentell bedienenden Vorgängen und Handlungen, die es überhaupt geben kann, nämlich mit den politischen. Die letzteren verlangen letztlich, wenn sie wirklich fällig sind, nach eindeutigen Entscheidungspräferenzen und Standpunkten und vor allem nach einem letzten, nicht mehr rückgängig machbaren Entschluß. Überdies bestimmen sie in ihrem Operationsbereich mehr als nur die Politik selbst. Gerade hierzu bedürfen sie aber der regulativen und praktischen Ideen des "objektiven Geistes": zwecks der Konzipierung realisierungsfähiger Handlungen unter der vernünftigen Norm des Guten und der aus diesem abgeleiteten Werte. Sie lassen zwar große, ja zuweilen ins Gegenteil umschlagende Abweichungen von ihren geschichtlichen Imperativen zu, aber sie liefern dann durch Stimulierung von korrigierenden Gegenkonzepten bei potentiellen politischen Gegnern und Feinden einen Maßstab dafür, was aus der Verletzung ihrer praktischen Imperative langfristig politisch erfolglos bleiben muß. Whitehead bezeichnete sie als "bewußt formulierte Ideen, die als Antriebskräfte Übergänge der Gesellschaft von einem Zustand in den anderen bewirken. Solche Ideen sind für die, unter denen sie sich ausgebreitet haben, zugleich irritierende Stachel und lockende Leuchtfeuer. Ihr bewußtes Wirken steht im deutlichsten Gegensatz zu sinnlosen Kräften, Überschwemmung, Barbaren und mechanischen Apparaturen. Die großen Veränderungen ergeben sich aus einer Koinzidenz von Kräften, die ihren Ursprung auf beiden Seiten der Welt haben, in ihren physischen und in ihren spirituellen Wesenheiten."²¹

Für eine theoretische Beschäftigung mit dem, was Politik genannt zu werden verdient, hat dieser Sachverhalt bedeutsame Konsequenzen. Zunächst einmal, daß die regulativen sowie praktischen Ideen im Kernbereich der Paradigmata politischen Handelns immer von allein oder in Gruppen handelnden einzelnen gedacht sowie kommunikativ verwertet werden können müssen. Der einzelne sowie die Öffentlichkeit erfahren den Umgang mit diesen Ideen durch die Handlungen und Mitteilungen der jeweils anderen, indem sie dessen ansichtig werden, was über solche Ideen gedacht, formuliert und kommuniziert wird. Im Vollzuge der sozialen Arbeitsteilung gibt es alsdann wissenschaftliche Instanzen, die ihrerseits darüber nachdenken, was sich andere, hierzu mitten in ihrem Handeln durch regulative Ideen stimuliert, dächten.

Die Erscheinungsform der Wirksamkeit solcher Ideen ist jedesmal ein bestimmtes

21 Whitehead, *Adventures of Ideas*, a.a.O. S. 30. Zur wissenssoziologischen Analyse der Wirksamkeit "praktischer" Ideen siehe: M. Weber: *Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Berlin-München 1958; ders.: *Rechtssoziologie*, Neuwied 1960; ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, 1-3, Tübingen 1920; V. Pareto: *Traite de sociologie generale*, 1-2, Lausanne-Paris 1917/19; M. Scheler: *Probleme einer Soziologie des Wissens*, in: Scheler, *Gesammelte Werke*, Bd. 8, Bern 1960; ders.: *Die Wissensformen und die Gesellschaft*, in: Scheler, *Gesammelte Werke*, 8, a.a.O.; ders.: *Bemerkungen zum Geiste und den ideellen Grundlagen der Demokratien der großen Nationen*, in: Scheler, *Gesammelte Werke*, Bd. 6, Bern 1964; H. Freyer: *Herrschaft und Planung*, Hamburg 1933; K. Mannheim: *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*, Darmstadt 1958; ders.: *Wissenssoziologie*, Neuwied 1970; ders.: *Freedom, Power and Democratic Planning*, London 1950

Denken. Zum anderen entfalten solche Ideen ihre stimulative Kraft, indem sie dem bloßen, trägen Stoff politischen Handelns die ihn erst realisierende, aktive Form²² als eine "forma dat esse" mitteilen. Dabei vollziehen sie einen actus primus, der jedoch ideeller Art bleibt, und nach keiner der grundlegenden Arten der Kausalität, d.h. nicht als causa materialis, causa formalis, causa efficiens oder causa finalis auswirkt. Sie formen das Handeln vielmehr als eine, die grundlegende, auch den Modus der Kontingenz in sich einschließende und häufig sich erst ganzheitlich durchsetzende Kausalität vielfach überformende, im "objektiven Geist" begründete causa exemplaris. Aus diesem Grunde sind sie die Denkformen politischen Handelns.

Sie stifteten die antike Demokratie aus dem Geiste der philosophischen Aufklärung von Heraklit und Parmenides über Sokrates und Platon bis Aristoteles. Sie konstituierten den christlichen Ordo aufgrund stoischer, neoplatonischer und jüdischer Reflexionen auf das Äquivalente in den naturwüchsig divergierenden, ja "ungleichen" Kreaturen mit menschlicher Gestalt. Sie entfesselten, geschult am klassischen Rationalismus des späten Mittelalters und der Renaissance, die politische Phantasie bis zum Anspruch absoluter Freiheit und zur reinen Konstruktion von Macht als Herrschaftsprinzip. Sie drängten auf die Konstitution liberal verfaßter Rechtsstaaten zwecks einer Beendigung konfessioneller Bürgerkriege im Zeichen des Naturrechts und seiner idealistischen Konkretisierung durch eine universal begründete Vernunft. Sie stellten eine Alternative von Reform oder Revolution in den Massendemokratien solcher Staaten her und sie sorgten für Umbrüche im Sinne der politischen, geistigen, sittlichen, wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Selbsterneuerung, aber auch für die Korrekturen solcher Umbrüche innerhalb des Stabilitätsbereiches freier, rechtsstaatlicher und demokratischer Herrschaftssysteme. Sie waren und sind überdies in jedem Akt politischen Entscheidens und Handelns häufiger wirksam, als gemeinhin angenommen, und sie suggerieren seit je her eine aktive Auseinandersetzung mit langfristig zum Scheitern verurteilten Totalitarismen. Es bedürfte allerdings einer genaueren Prüfung, herauszufinden, welche Denkformen politischen Handelns gegenwärtig in den einzelnen Herrschaftssystemen dominieren.

22 Siehe hierzu: Aristoteles, *Metaphysik*, a.a.O. sowie Thomas de Aquino: *In Metaphysicam Aristotelis commentaria*, Torino 1915 und J. Maritain: *Le Docteur Angelique*, Paris 1929; ders.: *Sept leçons sur l'être et les premiers principes de la raison spéculative*, Paris 1934; ders.: *La philosophie de la nature*, Paris 1935; ders.: *Les droits de l'homme et la loi naturelle*, New York 1942; ders.: *La philosophie morale*, Paris 1960

Zur Integrationsdiskussion in Europa:

Identität und Solidarität

von

Prof. Dr. Josef Nolte

Die von weitblickenden Zeitgenossen bereits in der Zwischenkriegszeit ins Auge gefaßte und von einer breiten Zustimmung seit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs getragene Integration der politisch dazu imstande befindlichen Völker Europas war immer wieder dem Wechsel von Impuls und Stagnation unterworfen. Denn trotz unbestreitbarer und auch unverhoffter Erfolge ist die frühere Bereitschaft der Völker Westeuropas innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu einer übernationalen Staatenverbindung zusammenzuwachsen, nicht genug entschlossen weiterentwickelt worden. Der gemeinsame Absatzmarkt sei gut und nützlich, die politische Union dagegen sei aus tieferwurzelnden kulturellen und mentalitätsgeschichtlichen Gründen problematisch, wird immer wieder gesagt. Dieser resignative und gleichermaßen doch am unveränderten Marktzusammenhalt interessierten Position (namentlich der standortbevorzugten Nationen und Regionen der Europäischen Gemeinschaft) wird hier die Grundthese gegenübergestellt: Europa ist bereits in höherem Maß eine Einheit als dies – aus welchen Gründen auch immer – bewußt ist oder bewußt gemacht wird. Politisch gewendet: Nur aufgrund der vorhandenen kulturellen und ethischen Einheit Europas ist der Versuch einer europäischen Einigung im wirtschaftlichen und politischen Bereich sinnvoll und möglich. Die nachfolgenden kulturhistorischen und kulturethischen Überlegungen erfolgen deshalb in einem durchaus integrationspolitischen Horizont und erwachsen aus der fundamentalen Einsicht, daß jede Einigung an eine vorgängige – oftmals erst nachträglich empfundene – Einheit gebunden ist.

Dieser integrationstheoretischen Grundthese entspricht die historisch-politische Erfahrung, daß durch Zwang oder bloße formale Rechtsakte in Gang gebrachte Einigungsbemühungen früher oder später mißlingen.

Ein Beispiel dafür sind die in der Nachkriegszeit wiederholt kurzfristig in Angriff genommenen arabischen Föderationen namentlich zwischen Ägypten und Syrien. Negative Erfahrungen resultieren ferner aus dem einstigen Vereinigten Pakistan, das aus einem westlichen und östlichen Landesteil bestand und durch einen weit über tausend Kilometer breiten Korridor sowie eine ethnisch stark unterschiedene Bevölkerung getrennt war. Die gemeinsame politische Kolonialerfahrung und die historische Vorgegebenheit der einigenden islamischen Religionsausübung vermochte den künstlichen Staat nicht zusammenhalten und das Entstehen des neuen Staates Bangla Desh nicht zu verhindern. Ähnliche Erfahrungen hat Frankreich im Algerien-Konflikt gemacht. Das räumlich nicht sonderlich weit vom Mutterland entfernte Gebiet ließ sich trotz aller Bemühungen nicht

in das französische Territorium und Staatssystem einverleiben. Völkische, historische, soziale, religiöse und kulturelle Differenzen überwogen die politischen und wirtschaftlichen Interessen dieses Integrationsversuchs deutlich. Ein vergleichbarer Vorgang spielt sich gegenwärtig weniger spektakulär in der politischen Entfernung Grönlands von Dänemark – und damit von der Europäischen Gemeinschaft – ab.

Die genannten und leicht vermehrbaren historisch-politischen Beobachtungen bestätigen die These, daß politische Einigungsbestrebungen nicht nur die Folge ökonomischer und geopolitischer Faktoren sind, sondern daß eine gelingende und haltbare Integration auf eine vorgängige Identität gleichsam als Integrationspotential zurückgreifen können muß. Kulturelle und ethnische Identität bilden somit eine bedeutende Wurzel politischer Integrationen, woraus jedoch nicht der Umkehrschluß folgt, daß ein hohes Maß an Identität und Interessen bereits notwendig und quasi - automatisch zu einer politischen und historischen Integrationsanstrengung führen müsse.

Daraus folgt, daß Identität nicht ausschließlich substantialistisch festgeschrieben werden kann auf historische oder kulturelle Kontinuität hin – sondern daß Identität und Integrationspotential auch namentlich aus den Aufgaben, Bedürfnissen, Notwendigkeiten und Interessen erwachsen kann; daß Integrations- und Identitätspotential mithin nicht nur rückwärts gewandt, sondern auch nach vorn auf die Zukunft hin definiert werden kann. Auf eine Kurzformel gebracht: Identität ist nicht lediglich als Kontinuität, sondern gerade im historischen Prozeß auch als Solidarität zu bestimmen. Nur auf diese Weise erhält Europa die Chance einer neuen Souveränitätsbildung und die Chance zu einem festen überstaatlichen Zusammenschluß seiner Nationen.

Logische und historische Voraussetzung dieser These ist, daß Europa als identische, d.h. als eigenständige Größe existiert und vorfindlich ist. Gründe dafür lassen sich leicht finden und in großer Fülle darstellen. Denn sowohl die geographischen, klimatischen, ethnischen und andere Vorgegebenheiten als auch die Verlaufsformen der europäischen Kultur und Geschichte sowie die ethischen Maßstäbe im Verhalten der Europäer weisen eine hohe Vergleichbarkeit auf und bilden den tragenden Grund dafür, daß die Europäer bisher stets in Verbindung geblieben sind und daß die Ereignisse in Europa als europäischer Geschichtszusammenhang verstanden und dargestellt werden können. Die geographischen, klimatischen und ethnischen Vorgegebenheiten prägen aufgrund spezifischer Faktoren die europäische Zivilisation dabei wesentlich stärker als eine humanistisch-idealistische Geschichtsschreibung mit ihrer Betonung menschlicher Großtaten und Persönlichkeitsverherrlichung dies angenommen hat.

1. Geographisch auf den ersten Blick fast nur ein "Vorgebirge Asiens" (P.Valery) verrät der europäische Raum vom Atlantik bis nach Westrußland hinein jedoch eine durchaus vergleichbare Struktur: Europa ist durch seine Hochgebirge, Mittelgebirge und die nordeuropäischen Ebenen doch hinreichend gleichförmig aufgebaut, wobei in historischer Abfolge dem Mittelmeerraum mit seinen stark gegliederten und gebirgigen Anliegerländern eine zivilisatorische Priorität zukommt, während der von großflächigen Ebenen umrahmte Nordseeraum erst seit dem Hochmittelalter und der frühen Neuzeit Schauplatz der europäischen Völkergeschichte wird. Der Mittelmeerraum aber sowie große Teile der zentraleuropäischen Festlandes sind durch ihre begrenzten Ackerbauflächen gekennzeichnet. Diese Raumnot und der klimatisch bedingte Zwang, die eigene und fami-

liäre Daseinsvorsorge durch Arbeit sicherstellen zu müssen, bringt in Europa wie andernorts in dieser Weise nicht vorhandene oder nicht vordringliche Frage nach Besitz und Eigentum hervor, aus der heraus sich die Elemente des europäischen Rechts schon in früher Zeit ergeben. Verfügbarkeit und Vererbbarkeit von Besitz und Eigentum bilden mithin ein geographisch-klimatisch bedingtes Grunddatum europäischer Zivilisation. Komplementär dazu steht jedoch bereits in frühester Zeit die teilweise freiwillig erbrachte, zumeist jedoch öffentlich erzwungene Sozialbindung von Besitz und Eigentum; sei es, daß religiöse Feste oder große Legate und Stiftungen, sei es, daß Tribut, Abgaben oder Steuern soziale Einrichtungen bis hin zur Ausbildung des neuzeitlichen Rechts- und Sozialstaats mit seiner Friedens- und Ausgleichsfunktion ermöglichen.

2. Neben der Abgemessenheit und Begrenztheit der mittelgebirgigen Ackerbauflächen stellt das insgesamt – trotz seiner Unterschiede – vergleichbare Klima in Europa einen selten mitgenannten aber doch bedeutenden Identitätsfaktor für das europäische Landschaftsbild und die europäische Lebensform dar. Nicht nur die Tatsache, daß infolge des gemäßigten Klimas Landwirtschaft notwendig, sondern diese auch überall in Europa möglich ist, hat unserem Weltteil ein hohes Maß an Vergleichbarkeit und Wiedererkennbarkeit (etwa gegenüber der nordafrikanischen Wüste und zentralasiatischen Steppe) gegeben, sondern auch der klimatisch bedingte Zwang zu Bekleidung, Hausbau und Wärmeengewinnung ist der auslösende Faktor für die Grundleistungen der europäischen Kultur.

3. Zu diesen kulturgeschichtlichen Primärfaktoren, welche die Identität der europäischen Lebensbedingungen und Vorgegebenheiten – dem Raum und dem Klima nach – als Identität in der Differenz definieren lassen, kommt noch der ethnische Tatbestand hinzu, daß Europa bereits in frühgeschichtlicher Zeit von indogermanischen Völkern besetzt ist und bis in das Mittelalter hinein (von Osten her) immer wieder durch neue Völker eingenommen wird. Diese indogermanische Völkerverwandtschaft sowie der damit verbundene Völkerschub zwischen Romanen, Kelten, Germanen und Slawen ist einige Zeit hindurch, insbesondere im Einflußbereich der national geprägten oder gar nationalistisch interessierten Historiographie, nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Unterschieds der europäischen Völker wahrgenommen. Genauso bedeutend für das Gesamtgefüge der europäischen Kultur ist jedoch die Tatsache einer stammesmäßigen und sprachlichen Nähe der Völker Europas. Etymologie und linguistische Grundstrukturen der europäischen Sprachen lassen diese Nähe bis heute sehen und bringen die Verwandtschaft der Völker in Europa eindrucksvoll genug ins Bewußtsein. So gesehen sind die Sprachunterschiede in Europa – gemessen an den Sprachbarrieren anderer Gebiete, z.B. Indien oder Papua-Neuguinea – keinesfalls ausschließlich als Hemmschuh der Integration, sondern unter dem Aspekt ihrer vergleichsweise starken Nähe und Erlernbarkeit durchaus als Integrationspotential anzusehen.

Man kann sogar die These wagen, daß die Europäer, weniger durch ihre Sprachen als durch ihre Mentalitäten, Gewohnheiten und Lebensauffassungen unterschieden sind. Wenngleich auch keine Welten zwischen den atlantischen, zentral-europäischen und mittelmeerischen Bewohnern unseres Teilkontinents liegen, so ist die Bewertung etwa der Arbeit als solcher, der Mahlzeit als soziale und kulturelle Funktion, des Kindes als Träger des Lebens, des Hauses und anderer Grundbedürfnisse in Nord- und Südeuropa hinreichend stark unterschieden. Deshalb ließe sich auch ergänzend zum Sprachen-Unterricht mit hoher Dringlichkeit eine

vergleichende europäische Landes- und Mentalitätskunde im Zuge stärkerer Integrationsbemühungen für Europa fordern.

Ähnlich durch wie dieses Netz geographischer, klimatischer und ethnischer Identitätsfaktoren, die hier nur aufgezählt und jederzeit noch ergänzbar sind, ist das Geflecht der gemeinsamen europäischen Hochkultur und der Geschichte unseres Teilkontinents.

1. Die europäischen Kulturleistungen – zunächst auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Handelsunternehmung bzw. Koloniebildung in Übersee, – die Einrichtungen der Religion und des Rechts, die Pflege des Wissens in den unterschiedenen Schulformen sowie ferner die Herrschaftsformen und politischen Veränderungen und schließlich die Kunstepochen und Lebensstile, ja sogar die Modeströmungen und die Attitüden der menschlichen Selbstaufführung haben eine so hohe Durchlässigkeit und Entsprechung in ganz Europa, daß zwar nicht von einem vollständig gleichen oder in jeder Phase gleichzeitigen aber doch von einem sehr vergleichbaren europäischen Kulturablauf seit der griechischen Antike gesprochen werden kann.

Landwirtschaft und andere Formen gewinnträchtiger Wirtschaft sowie der überseeische Handel im Mittelmeer und später auf den Weltmeeren verlangen ständig verbesserte Einrichtungen sowohl im Bereich der Religionen (zum Zwecke der Vertragssanktion, der Zukunftsschau, des Himmelsgeleites und der Beschwichtigung des Götterneides) und des Rechtes (zum Zwecke der Rechtssicherheit und Streitschlichtung) als auch im Bereich der Schule (als Ort der Weitergabe und Einübung des Wissens) und im Bereich der Wissenschaft (zum Zwecke der Überprüfung und Vertiefung des Wissens bis hin zur philosophischen Dauerreflexion des europäischen Intellektuellen in all seinen historischen Spielformen), die allesamt und überall in Europa Wirkung zeigen. In Fortschrittsabsicht, Selbstkritik und Verständigungsmöglichkeiten ist Europa langfristig zu einer kulturellen Einheit zusammengewachsen. Ähnlich homogen verläuft die Abfolge der Herrschaftsformen sowie die politische Bewußtseinsbildung in Europa.

Von den hintereinander oder in Verbindung miteinander stehenden aristokratischen, monarchischen oder auch demokratischen Herrschaftsformen der Antike hat das römische Weltreich auf das spätere Europa die nachdrücklichste Wirkung. Die mittelalterliche Feudalordnung sowie die spätere Ausbildung des modernen Nationalstaates und seines dazu passenden Völkerrechts sind ebenfalls gesamt-europäische Vorgänge, ebenso wie die Revolutionen und die derzeitige Hinwendung zur demokratischen Herrschaftsform mit ihrer charakteristischen Teilung der Gewalten in allen Nationen und Regionen Westeuropas Wirkung zeigen. Gerade hierin zeigt sich in moderner Form ein Charakteristikum europäischer Herrschaftsgestaltung, nämlich das Bemühen, Tyrannis und Übermacht zu vermeiden und eher die Macht auszubalancieren als unter dem Vorwand einer höheren Einsicht ein zuviel an Machtausübung zu gestatten.

In ganz augenscheinlicher Ähnlichkeit offenbart sich ferner jeweils die Kunst in Europa, sowohl in ihren Ausdrucksbereichen der Dichtung, der bildenden Künste und der Musik, als auch in ihren Ausdrucksformen und Inhalten, so daß hier nahezu ausschließlich eine vergleichende Geschichtsschreibung ein Recht hat. Dabei begegnet in einzelnen Räumen Europas zu gegebener Zeit oder da eine stärkere Erfindungs- und Erneuerungskraft als anderswo, jedoch ist eine nationale Grenze künstlerischer Kraft und Durchführungen in keiner Epoche zu beobachten. So verdankt sich das sogenannte "Deutsche von der deutschen Art" (etwa der Bamberger Reiter oder die Meistergrafik Dürers) bei näherem Zusehen nicht ausschließlich deutschen, sondern in aller Regel europäischer Formtradi-

tion; und diese, meist italienischen Vorbilder, sind ihrerseits wiederum entlehnt aus dem großen Kulturvorrat der Antike oder aus deren osteuropäischer, byzantinischer Interpretation.

2. Wie die Kultur- und Zivilisationsgeschichte so vollzieht sich auch die engere Geschichte in Europa in einem zunehmend seit der frühen Neuzeit um 1500 dichter werdenden europäischen Beziehungsgeflecht. Es kann behauptet werden, daß alle Ereignisse von Rang in Europa die Geschichte und Kultur der einzelnen europäischen Regionen und Nationen früher oder später geprägt haben (dies gilt für die christliche Mission in Europa ebenso wie für die Rezeption des römischen Rechts, die mittelalterliche Feudalordnung, den Investiturstreit, die Weltentdeckung und Welteroberung, die Reformation, die Religionskriege, die Französische Revolution, die Weltkriege, aber auch die Erfindung der Glühbirne und Dampfmaschine, der Atomkraft wie auch der chemischen Industrieprozesse), wie denn auch eine europäische Epochenbildung in der Geschichtsschreibung immer selbstverständlicher wird.

Bedeutendes Integrationspotential liegt schließlich in der Tatsache begründet, daß menschliches Verhalten aufgrund der herrschenden und traditionellen ethischen Werte in Europa und in den europäisch geprägten Räumen der Erde weitgehend identisch geschehen werden.

1. Ungeachtet dessen, daß diese ethischen Wertmaßstäbe auch in Europa ständig unterlaufen wurden, besteht doch eine Art europäischer Grundkonsens darüber, daß Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie die daraus ableitbaren Menschenrechte positiv zu bewerten sind. Dabei verdanken sich die europäischen Menschenrechte ebenso wie die bereits genannten demokratischen und sozialen Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einer konsequent weltlichen Auslegung und Anwendung christlicher Tradition. Denn erst die Spätantike und namentlich die christliche Verallgemeinerung und Verinnerlichung der Freiheit und Gleichheit, die nun nicht mehr dem gleichgeborenen Standesgenossen vorbehalten sind, hat die bürgerliche Freiheit, sowie Unantastbarkeit der Person denkbar und durchsetzbar gemacht. Ähnlich verdankt sich die Gleichheit bzw. Gerechtigkeit (verstanden als Rechtsgleichheit und Recht der Selbstvertretung im Prozeß) der christlichen Vorstellung von Tod und Weltgericht, angesichts dessen die Unterschiede zwischen den Menschen bedeutungslos werden.

Neben diesen sozialen Grundwerten und Menschenrechten, denen noch die sozialen Wertvorstellungen von Friede und Wohlergehen zugezählt werden können, ist eine weitere eher als heroisch zu bezeichnende Wertekette für die Herstellung der europäischen Kultur und Zivilisation von großer Bedeutung.

Schon erwähnt wurde die Arbeit als Notwendigkeit europäischer Lebensgestaltung. Von großer Bedeutung war und bleibt ferner das ethische Prinzip des Widerstands, dem Europa seine territoriale, politische und moralische Eigenständigkeit und Freiheit verdankt. Solcher Widerstand setzt jedoch auch Bereitschaft zum Kampf voraus wie denn überhaupt das ethische Prinzip des Kampfes und das Prinzip einer Arbeitsethik die Sonderstellung Europas in der Welt bedingen und jedes Nachlassen in diesem Bereich den europäischen Anteil an der Weltgestaltung schwächt. Das Prinzip Arbeit und Kampf hat sich ferner seit den Anfängen der europäischen Geschichte mit dem Prinzip der Kolonisation verbunden und im 19. Jahrhundert Europa zum "Schicksal der Welt" (J. Burckhardt) gemacht. Die zeitweilige Folge dieser globalen Europäisierung bestand in einer kulturellen und politischen Europäozentrik, die erst seit den europäischen Weltkriegen, insbesondere aber seit 1945 abgebaut wurde.

In diesen politisch-ethischen Zusammenhang gehört darum zuletzt auch das Bewußtsein gemeinsamer Schuld der Europäer, die zu einem Großteil aus den Überreibungen der heroischen Prinzipien Europas resultiert. Kreuzzüge, Religionskriege, Kolonialismus und Weltkriege lassen die europäische Geschichte aus zunehmender Distanz heraus in manchen Zügen auch als Fehlentwicklung ansehen und stellen als gemeinsames Schuldbewußtsein ein hohes Korrektiv und damit auch einen bedeutenden Identitätsfaktor dar. Gerade die Erfahrung des stets möglichen und schuldhaften Selbstverlustes aber zeigt, daß Europa seine Identität niemals als festen Besitz verbuchen kann, sondern im geschichtlichen Prozeß jeweils neu erwerben muß. Voraussetzung solchen identitätsbewußten Handelns ist die Treue und Erinnerung gegenüber der eigenen europäischen Geschichte, sowie die Offenheit und Bereitschaft zu solidarischem Handeln in Zukunft. Die Probleme, Notwendigkeiten, Bedürfnisse und Erwartungen der Europäer verlangen Solidarität in den großen Fragen der national nicht mehr zu bewältigenden Friedenssicherung, Daseinsvorsorge und des Selbsterhaltes.

Denn nur eine jederzeit in Erfahrung zu bringende Solidarität kann den Sprung nach vorn ermöglichen, wonach Europa in der Gegenwart seine kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und moralischen Kräfte zu einem neuartigen, übernationalen Bundesstaat zusammenfaßt und seine Vertragsfähigkeit als Völkerrechtssubjekt gewinnt.

Vieles spricht dafür, daß der auf diesem Wege mögliche europäische Bundesstaat Identitätserhalt, Existenzvorsorge und Friedenssicherung eher vornehmen und gewährleisten kann, als der ans Ende seiner historischen Möglichkeiten gelangte Nationalstaat. Nur bedingt durch solche Souveränitätsumschichtung die konkrete Solidaritätserfahrung gerade der wirtschaftlich und politisch schwächer gestellten Regionen und Nationen. Hilfreich wäre auf längere Sicht zur Einbürgerung der hier aufgezeigten Perspektiven die Ausarbeitung einer aufeinander bezogenen Integrationstheorie, in der Kulturwissenschaft, Kulturethik und Kulturpädagogik auf europäischer Ebene zusammenwachsen.

Vermittelt durch eine europäische Kulturpädagogik wäre dann jene Geschichtsbereitschaft zu wecken und damit der Wille zur Kontinuität und Solidarität in Europa zu befestigen. Notwendig zur Erlangung eines so weit gesteckten Zieles ist der Schritt für Schritt zu vollziehende Abbau unserer Vorurteile sowie der Wechsel unserer kulturellen Perspektive zugunsten der Tatsache, daß Europa eine Identität in der Differenz und seine Geschichte eine Kontinuität im Wandel darstellt.

LIBERTAS

LIBERTAS-Schriftenreihe "Christlich-demokratische, zentristische und konservative Parteien"

In dieser Schriftenreihe erschienen vor einigen Jahren kleine Monographien über europäische Parteien des christlich-demokratischen und konservativen Spektrums. Ziel dieser Schriftenreihe ist nachwievor, Informationsdefizite abzubauen und zu helfen, politische Mißverständnisse zu vermeiden, die sich in der heutigen und zukünftigen europäischen Parteizusammenarbeit aus unterschiedlichen Koalitions-, Sprach-, Geschichts- und Strukturvoraussetzungen ergeben könnten.

Heiner Wehn/Knut Görich: Die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein. Sindelfingen 1978. 32 S. 5.-DM.

Heiner Wehn: Die Nationalist Party in Malta. Sindelfingen 1979. 20 S. 5.-DM.

Knut Görich/Hans-Jürgen Zahorka: Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz. Sindelfingen 1980. 36 S. 5.-DM.

Erik T. Jarlsby: Høyre – Die Konservative Partei in Norwegen. Sindelfingen 1980. 20 S. 5.-DM.

Paul Mattar: Die PSC und CVP in Belgien. Sindelfingen 1981. 38 S. 5.-DM.

Hinweise für Bestellungen:

Bitte bestellen Sie schriftlich unter Angabe des Landes und unter Beifügung eines Schecks bzw. unter Hinweis, daß Sie eine Rechnung wünschen. Bei Mehrfachbestellungen können Sie von günstigen Staffelpreisen profitieren; bestellen Sie dann gegen Rechnung.

Richten Sie bitte Bestellungen an: LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen.

Arbeitswertmythos und Aktionismus bei Marx

von

Prof. Dr. Konrad Schön MdEP*

In seiner Antrittsvorlesung von 1952 stellte der Theologe Marcel Reding einen interessanten Vergleich zwischen Thomas von Aquin und Karl Marx an.¹ Zwischen beiden verschiedenartigen Denkern, so rechtfertigt Reding seinen Versuch, bestehe eine "partielle Verwandtschaft". Diese gründet in der geistesgeschichtlichen Tatsache, daß Thomas und Marx einen "gemeinsamen Lehrer" hätten: Aristoteles. Die philosophiegeschichtliche Linie zurück von Marx zum Stagiriten führt zunächst ganz gewiß über Hegel, dessen Denksystem Marx, insofern er ihm zustimmen meinte, mißverstand und insofern er es verstand, strikt ablehnte. Hegel schöpfte seinerseits nicht nur aus der idealistischen Tradition Platons und der Neuplatoniker, sein zugleich intimes Verhältnis zu Aristoteles ist nun von Nicolai Hartmann längst eingehend untersucht und nicht ganz ohne Übertreibungen dargestellt worden.² Doch darüber hinaus, bemerkt Reding, sei Karl Marx ebenso wie Thomas von Aquin ein durchaus "origineller und genialer Aristoteliker".³ Wie Reding ferner erwähnt, beschäftigte sich Marx schon als junger Student mit der Schrift "De anima" von Aristoteles, übrigens in der Ausgabe Trendelenburgs, der ebenso gerne wie vergebens in der Aristotelischen Logik (d.h. im "Organon") nach Widerlegungen der Hegelschen Dialektik suchte.⁴ Der große Seinsanalytiker des Altertums hätte dem modernen Denker und revolutionären Kritiker Karl Marx zeitlebens als ein "Schatzgräber" gegolten, dessen "Wünschelrute" unfehlbar auf "lebendigen Quell" weist.⁵

* Vorabdruck eines Kapitels aus dem Buch des Autors, das demnächst unter dem Titel "Politische Denkformen" im Libertas Verlag, Sindelfingen erscheint.

1 Vgl. M. Reding: Thomas von Aquin und Karl Marx, Graz 1953

2 Vgl. N. Hartmann: Aristoteles und Hegel, in: Beiträge zur Philosophie des deutschen Idealismus, III, 1, Erfurt 1923; ders.: Die Philosophie des deutschen Idealismus, II, Hegel (1929), Berlin-New York 1974

3 Reding, a.a.O. S. 5, siehe außerdem: M. Reding: Die Struktur des Thomismus, Freiburg 1974

4 Vgl. Reding, Thomas von Aquin und Karl Marx, zit. Ausg. S. 13, Anm. 3; zu Trendelenburg siehe: F.A. Trendelenburg: Elementa logices Aristotelicae, Leipzig 1836; ders.: Logische Untersuchungen, 1-2, Leipzig 1840; ders.: Die logische Frage in Hegels System, Leipzig 1843; ders.: Naturrecht auf dem Grunde der Ethik, Leipzig 1860. Zur Beurteilung der Schranken, Fehldeutungen und Irrtümer Trendelenburgs liefert A. Sarlemijn: Hegelsche Dialektik, Berlin-New York 1971 einen zuverlässigen Maßstab.

5 K. Marx in: K. Marx-F. Engels: Historisch-kritische Gesamtausgabe. Werke, Schriften, Briefe, hrsg. D.B. Rjasanow, W.V. Adoratskij (MEGA), I. Abt., Bd. 1, 2. Hbd. Berlin 1929, S. 107; zu Marxens Arbeitswertlehre siehe noch: K. Marx: Das Kapital, 1-3, Berlin 1962 (Marx-Engels: Werke, Bd. 23-25); ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953; ders.: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1971; ders.: Mathematische Manuskripte, Kronberg 1974; ders.: Theorien über Mehrwert, 1-3, Berlin 1965

Neben der "Psychologie" des Aristoteles studierte Marx auch dessen "Politik" und "Nikomachische Ethik". Erstere – besonders das achte und neunte Buch – zieht Marx für seinen Kampf gegen das Zinsnehmen heran, das von Aristoteles bekanntlich als die naturwidrigste aller Erwerbsmöglichkeiten hingestellt wird. Aber auch der Ethik des Griechen verdankt Marx entscheidende Grundbegriffe und Einsichten seiner eigenen ökonomischen Doktrin. Das gilt im besonderen für seine Auffassung vom Wert, mit der die zur zweifelhaften Berühmtheit gelangte Marxsche Lehre vom "Mehrwert" bereits philosophisch und nicht erst wirtschaftswissenschaftlich steht und fällt.⁶

I

Der von Marx derart hochgeschätzte Aristoteles unterscheidet nun in seiner "Politik" einen doppelten Gebrauch (chresis) der Güter⁷. Der erste kommt einem Gut bzw. einer Ware kraft ihrer natürlichen oder wesentlichen Bestimmung zu und erfolgt "im Hause" oder "von Haus aus" (chresis oikeia), der andere spielt nicht "im Hause", sondern "draußen", d.h. auf dem Markt eine Rolle (chresis ouk oikeia).

Dieser zweite Gebrauch ist allgemeiner Art, sieht er doch von der eigentümlichen und ursprünglichen Bestimmung eines Gegenstandes ab. Er ist allen Gütern gemeinsam, sofern sie als Tauschgegenstände in den Handel kommen. Aristoteles erläutert seine Feststellung an einem anschaulichen Beispiel. Die "chresis oikeia" von Sandalen besteht darin, daß sie angezogen werden, etwa um den Fuß zu

6 Zur wirtschaftswissenschaftlichen Falsifikation der Marxschen Arbeitswertlehre siehe insbesondere: F. Petry: Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie, Jena 1916; L. v. Bortkiewicz: La Teoria Economica di Marx e altri saggi, Torino 1971; C. Menger: Gesammelte Werke, 1-2. Tübingen 1968/69; E. v. Böhm-Bawerk: Gesammelte Schriften, Wien-Leipzig 1924; A.D. Lindsay: Karl Marx' Capital, London 1925; L. v. Mises: Grundprobleme der Nationalökonomie, Jena 1933; V. Pareto: Cours d'économie politique, 1-2. Lausanne 1896/97; ders.: Manuel d'économie politique, Paris 1927; ders.: I sistemi socialisti, Torino 1974; W. Sombart: Zur Kritik des ökonomischen Systems von Karl Marx, in: Arch.f. soz. Gesetzgeb., Bd. 7 (1895); F. Oppenheimer: Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Berlin 1911; ders.: Wert und Kapitalprofit, Leipzig 1922; ders.: Die soziale Frage und der Sozialismus, Jena 1913; F. Böhm: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Tübingen 1950; ders.: Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1980; M. Friedman: Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart 1971; ders.: Essays in Positive Economics, Chicago-London 1966; A.F. v. Hayek: The Pure Theory of Capital, London 1941; ders.: Profits, Interests and Investment, London 1939; ders.: Individualism and Economic Order, London-Chicago 1948; G. Gilder: Wealth and Poverty, New York 1981; N. Kaldor: A Model of Economic Growth, in: Econ. Journ., Dec. 1957; M. Kalecki: Theory of Economic Dynamics, London 1954; ders.: Selected Essays on the Dynamics of Capitalist Economy, Cambridge 1971; O. Morgenstern: Wirtschaftsprognose, Wien 1928; J. v. Neumann: Über ein ökonomisches Gleichungssystem und eine Verallgemeinerung des Brouwerschen Fixpunktsatzes, in: K. Menger (hrsg.): Ergebn. eines math. Koll., Nr. 8, Wien 1935/36; W.W. Rostow: Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1967; J.A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950; P.A. Samuelson: Volkswirtschaftslehre, 1-2. Köln 1964; ders.: Collected Scientific Papers, 1-2. Cambridge 1966; ders.: Marxian Economics as Economics, in: Amer. Econ. Rev. Vol. 57(5/1967); ders.: The "Transformation" from Marxian "Values" to Competitive "Prices", in: Proc. of the Nat. Acad. of Sci., Vol. 67/1 (9/1970); ders.: Understanding the Marxian Notion of Exploitation, in: Journ. of Econ. Lit., Vol. 9 (1971)

7 Vgl. Aristoteles: Politik, (hrsg. E. Rolfes-G. Bien) Hamburg 1981, I, 9, 1257a6

schützen. Zu diesem Zweck wurden sie vom Schuhmacher hergestellt. Dienen sie nicht dem "Hausgebrauch", werden sie also nicht angezogen, sondern gegen einen anderen Gegenstand ausgetauscht, dann ist ihre "chresis ouk oikeia" gegeben.

Aristoteles greift diese Überlegung auch in der Nikomachischen Ethik auf.⁸ Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Wesen der Gerechtigkeit untersucht er das Prinzip, das jedem Warenaustausch zugrundeliegt. Er kommt zu dem Schluß, daß es die "proportionale Gegenwertigkeit" ist, die jeden Handel ermöglicht und zu einem "gerechten" Geschäft macht. Nehmen wir, so erklärt Aristoteles seine Erkenntnis, einen Baumeister A, der einem Schumacher B ein Haus C baut. Der "Gegendienst" des Schumachers soll in der Lieferung von Schuhwerk D bestehen. Ein Schuh steht indessen wertmäßig in keinem Vergleich zu einem ganzen Haus. Und doch kann ein gerechter "Tausch" stattfinden, wenn nämlich der Baumeister einen wirklichen Ausgleich für das seinige erhält, d.h. wenn soviele Schuhe geliefert werden, bis ein dem Wert des Hauses gemäßer Gegenwert erbracht ist. Nichts anderes will Aristoteles sagen, wenn er erklärt, der Warenaustausch beruhe auf der "proportionalen Gleichheit" der Erzeugnisse.

Die Waren sind es also, die wertmäßig ausgeglichen werden, weswegen nichts im Wege steht, daß das Erzeugnis des einen Tauschpartners an sich hochwertiger ist als das des anderen. Einerseits ist ein Tausch oder Handel nur zwischen ungleichen Partnern bzw. Produzenten möglich, weswegen zwei Ärzte als solche in ein und derselben Hinsicht keine Austauschgemeinschaft zu bilden pflegen, wohl aber ein Arzt und ein Bauer. Andererseits bewirkt gerade die "Gegengabe" den Ausgleich. Sie stiftet zwischen den verschiedenartigen Partnern eine "diagonale Verbindung". Sie lautet unter Beibehaltung des obigen Beispiels schematisch: A zu D wie B zu C. Die "proportionale Gleichwertigkeit" zweier verschiedener "an sich" ungleichwertiger Produkte setzt nun voraus, daß sie doch "irgendwie vergleichbar" sein müssen. "Das Genie des Aristoteles", bemerkt Marx hierzu, "glänzt gerade darin, daß er im Wertaustausch der Waren ein Gleichheitsverhältnis entdeckt"⁹.

Worin gründet nun nach Aristoteles die Vergleichbarkeit oder Meßbarkeit der in sich verschiedenartigen Waren? Der Grund, der immer nur einer sein kann, also das eigentliche Maß, das den Tauschwert bestimmt, ist nach der Antwort des antiken Philosophen die "chreia", welches Wort sowohl Gebrauch und Brauchbarkeit als auch Bedürfnis in einem heißen kann. Thomas von Aquin zum Beispiel übersetzt "chreia" mit "indigentia", also mit Bedürfnis. Der Wert einer Ware, so argumentiert Thomas, richtet sich nach ihrem "usus", dem Gebrauch, den die Menschen von ihr machen, um ihre diesbezüglichen Bedürfnisse zu be-

8 Vgl. Aristoteles: Nikomachische Ethik, (hrsg. E. Rolfes-G. Bien) Hamburg 1972, V, 8, 1132b8

9 Marx, Das Kapital, I. a.a.O. S. 74

friedigen.¹⁰ Darin besteht doch der Nutzen einer Ware für denjenigen, der ihrer bedarf. Für Thomas und seine Nachfolger stehen "usus" und "indigentia" in einem notwendigen inneren Verhältnis zueinander, weswegen die Scholastiker "chreia" mit "usus seu indigentia" übertragen. Bei der Festsetzung des Tauschwertes spielt schließlich der ontologische Rang der Dinge, ihr "naturae gradus" keine Rolle. Warum denn, so argumentiert der Aquinate recht handfest, ist eine Maus, die doch etwas Lebendiges ist, folglich den seismäßigen Rang eines leblosen Gegenstandes übersteigt, praktisch weniger "wert" als eine Perle, die doch etwas Lebloses darstellt?¹¹ Eben weil der Wert einer Ware sich nach dem Nutzen und Gebrauch richtet, den die Menschen zur Befriedigung ihrer materiellen, geistigen, ästhetischen Bedürfnisse daran haben: "pretia rebus imponuntur secundum homines indigent eis ad usum suum". Daraus ergibt sich, daß für Aristoteles und die Scholastiker in seinem Gefolge das menschliche Bedürfnis, die "chreia", das konstitutive Moment des Warenwertes bildet. Daß Thomas vom "Preis" und nicht vom Wert spricht, darf nicht irritieren. Selbst, wenn man von der Mehrdeutigkeit des lateinischen Wortes "pretium" absieht, bedingen sich Preis und Wert eines Objektes gegenseitig; denn der Preis einer Ware ist nichts anderes als der in einer Währungseinheit ausgedrückte Wert, der sich letztlich nach der Nachfrage und dem Angebot richtet, wobei in diesem Verhältnis die nützliche Brauchbarkeit der Ware zum Vorschein kommt, derer ein Mensch bedarf. Dahinter steht natürlich die bedeutsame Auffassung, daß das Seiende im Ganzen, sowohl die natürlichen wie die künstlichen Dinge, materielle wie ideelle Güter, um des Menschen willen da sind und auf ihn hin bezogen sind, und dadurch erst wertvoll werden. Darum drückt sich ja auch in den Bedürfnissen des Menschen seine konkrete Situation im Leben aus, von der aus gesehen ein Gegenstand mehr oder minder wertvoll sein kann. Wer zum Beispiel in der Wüste Sahara Durst leidet, wird einen sehr hohen Preis für ein einziges Glas Wasser zahlen, das in unseren Breitengraden so gut wie "wertlos" sein kann.

II

Die aristotelische Unterscheidung von "chresis oikeia" und "chresis ouk oikeia", das heißt die Unterscheidung von Gebrauchswert und Tauschwert übernimmt Marx von Aristoteles. Daß dieser hinsichtlich des Tauschwertes ein Gleichheitsverhältnis der auszutauschenden Waren entdeckt hat, wird von Marx, wie gesagt, lobend hervorgehoben. Allerdings setzt sich Marx genau an diesem

10 Vgl. Thomas de Aquino: In X libros Ethicorum (ed. Spiazzi), Torino-Roma 1949 und Aristoteles, Nikomachische Ethik, a.a.O., V. 1,9; darüber hinaus sind für die vorliegende Thematik folgende Thomas-Ausgaben von Bedeutung: Thomas de Aquino: Summa theologiae, Editio Leonina IV-XII, Roma 1888-1906; ders.: De veritate catholicae fidei contra gentiles, Editio Leonina XIII-XV, Roma 1918-1930; ders.: Conclusiones, Paris 1890; ders.: Quaestiones disputatae (ed. Spiazzi), Torino-Roma 1949; ders.: In Libros Politicorum Aristotelis (ed. Spiazzi), Torino-Roma 1951; ders.: In Metaphysicam Aristotelis commentaria (ed. Marietti), Torino 1915; ders.: In duodecim libros Metaphysicorum Aristotelis (ed. Spiazzi), Torino 1950; ders.: Summe der Theologie, 1-3, Stuttgart 1985

11 Vgl. Thomas de Aquino, in X libros Ethicorum, a.a.O. und Aristoteles, Nikomachische Ethik, a.a.O., V. 1,9

Punkt vom Stagiriten ab, da dieser hätte nicht herausfinden können, "worin in Wahrheit das Gleichheitsverhältnis besteht"¹². Und warum war dazu das "Genie des Aristoteles" nicht in der Lage? Die Antwort, die Marx gibt, ist ideologischer, um nicht zu sagen vulgärsoziologischer Art: weil die "historische Schranke der Gesellschaft, worin er lebte, ihn daran hinderte". In Wahrheit erscheint nach Marx im Austauschverhältnis der Waren ihr Tauschwert als etwas von ihren Gebrauchswerten durchaus Unabhängiges.

Die über Aristoteles hinausgehende neue Erkenntnis besteht nach Marx darin, daß der Tauschwert vom Gebrauchswert unabhängig sei. Insoweit ein Gegenstand der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nützt, hat er zwar einen Gebrauchswert. Dieser ist also Träger des Tauschwertes, da, wie Marx zugibt, nur "nützliche", d.h. menschlichen Bedürfnissen entsprechende Dinge getauscht werden. Aber der Tauschwert selbst wird, so lautet seine These, durch die in einer Ware enthaltene menschliche Arbeit bestimmt. Das Austauschverhältnis zweier Waren, sagt Marx, ist in einer Gleichung darstellbar, für die er als Beispiel wählt: "Ein Quarter Weizen = a Zentner Eisen". Diese Gleichung besagt nach Marx, daß ein Gemeinsames von der selben Größe in zwei verschiedenen Dingen existiert, d.h. aber, daß sie einem Dritten gleich sind, das "an und für sich weder das eine noch das andere ist". Jedes der beiden muß aber auf dieses Dritte zurückgeführt werden können. Dieses Dritte, argumentiert Marx, ist "nicht eine geometrische, physikalische, chemische oder sonstige natürliche Eigenschaft der Waren"¹³. Derartige Eigenschaften machten zwar einen Gegenstand nutzbar, aber das Austauschverhältnis sei augenscheinlich gerade dadurch charakterisiert, daß es vom Gebrauchswert der Gegenstände abstrahiere. Innerhalb des Austauschverhältnisses gelte nämlich der eine Gebrauchswert so viel wie der andere, wenn es nur in gehöriger Proportion vorhanden sei.

Sieht man nun vom Gebrauchswert der Ware gänzlich ab, dann bleibt ihnen nur die Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. Das Arbeitsprodukt als "Abstraktum" ist nicht länger "das Produkt der Tischlerarbeit oder der Bauarbeit oder Spinnarbeit oder sonst einer bestimmten Arbeit". Folglich ist es auch kein "nützliches Ding" mehr wie etwa "Tisch oder Haus oder Garn". Seine sinnlich wahrnehmbaren Qualitäten sind gleichsam ausgelöscht. Was bleibt, das "Residuum der Arbeitsprodukte", ist "dieselbe gespenstige Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit, d.h. der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf Form ihrer Verausgabung".

Das einzige, was diese Dinge darstellen, ist nur noch dieses: "daß in ihrer Produktion menschliche Arbeit verausgibt, menschliche Arbeit aufgekauft ist". Ein Ding hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht und "materialisiert" ist. Welches ist nun das Maß, an dem die Größe des Wertes, den ein Gegenstand hat, zu messen ist? Marx antwortet: das Quantum der in ihm enthaltenen Arbeit. Sie ist die "wertbildende Substanz" eines Produktes, die sich an der Arbeitszeit bemißt, d.h. an Stunden oder Tagen, die die Arbeit dauert. Um nun dem selbstgemachten Einwand zu entgehen, der be-

12 Marx, Das Kapital, I, a.a.O., S. 74

13 a.a.O., S. 51

sagt, daß ein fauler Arbeiter für die Erstellung desselben Produktes mehr Zeit brauche als ein fleißiger, wodurch die Ware der ersteren doch wertvoller sein müsse als die des zweiten, führt Marx den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ein. Die Arbeit, meint Marx, welche die "Substanz der Werte" bilde, sei Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft, sei *g l e i c h e* menschliche Arbeit. "Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft" gilt ihm einfach als ein und dieselbe Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. Als Produktionsfaktor "Arbeit" ist jede der individuellen Arbeitskräfte so viel wert wie die andere. Anders ausgedrückt: Die "Arbeit" als "Arbeitskraft der Gesellschaft" ist "Durchschnittsarbeitskraft". Das bedeutet, daß sie in der Herstellung einer Ware die "im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftlich-notwendige Arbeitszeit braucht"¹⁴. Deren Definition lautet: Gesellschaftlich-notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, die erforderlich ist, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.

III

Entscheidend für den Unterschied zwischen Aristoteles und Marx ist es also, daß dieser behauptet, die Arbeit allein mache den Tauschwert eines Produktes aus. Sicherlich ist der Hinweis auf die in einer Ware steckende menschliche Arbeit sehr verdienstvoll: denn sie bestimmt zweifellos den Wert eines Erzeugnisses wesentlich mit.¹⁵ Ebenso verwunderlich ist es aber, daß Marx über die vielen anderen wertbestimmenden Faktoren, vor allem aber über Angebot und Nachfrage, die von Zeit, Ort, Klima, Brauchtum, Lebensgewohnheiten, Geschmack usw. abhängen, hinwegsieht. Die Suche nach dem allen Gütern abstrakt zukommenden Allgemeinen ließ Marx voreilig von den konkreten Tatsachen der ökonomischen, geistigen und luxuriösen Bedürfnissen des Menschen abstrahieren. Darüber hinaus konnte und kann mit gutem Recht gesagt werden, Marx widerlege sich selbst!¹⁶ Behauptet er doch einmal, innerhalb des Austauschverhältnisses gelte der eine Gebrauchswert so viel wie der andere, sodann gibt er in einem Atemzug zu, es komme nur darauf an, daß der Gebrauchswert in "gehöriger Proportion" vorhanden sei. Daraus folgt, daß der Gebrauchswert für die Bestimmung des Tauschwertes ins Gewicht fällt und ins Maß des Tauschverhältnisses gebracht werden muß.

Weiter erfahren wir von Marx, daß nur solche Dinge Tauschwert haben können, die der Gesellschaft "nützlich" sind. Also sind der "usus" bzw. die "indigentia" der Scholastiker und damit die "chreia" des Aristoteles geradezu Voraussetzungen des Tauschgeschäftes. Das folgende gegen Marx vorgebrachte Argument mag banal und unwissenschaftlich klingen, trifft aber nichtsdestoweniger den Kern

¹⁴ a.a.O. S. 53

¹⁵ Richtig bemerkt daher Marx, die Sklavenwirtschaft habe die Arbeit als "Wert" nicht richtig zum Vorschein kommen lassen.

¹⁶ So V. Cathrein: Moralphilosophie, 2. Freiburg 1899, S. 159

der Sache: "Wenn jemand mit der größten Arbeit Stiefel aus Pappendeckel gefertigt, so kann er diese doch nicht verkaufen, sie haben keinen Tauschwert, weil sie nutzlos sind"¹⁷.

Maßgeblich ist also doch das Bedürfnis des Menschen und der Nutzen, die eine Sache in seinen Augen hat, wenn der Tauschwert eines Objektes festgestellt werden soll. Das gilt auch für die noch so arbeitsintensiven Güter der industriellen Produktion. Wer eben kein Auto "braucht", wird es für sich nicht als wertvoll erachten. Er dürfte daher nicht bereit sein, denselben Preis dafür zu entrichten wie jener, der eines Fahrzeuges dringend bedarf.

Marx hat seine These, die Arbeit allein bilde als das allen Erzeugnissen gemeinsame Abstrakte den Tauschwert, nicht bewiesen. Seine "Wissenschaftlichkeit" hat ihm offensichtlich den Blick für das verstellt, was Aristoteles mit "naiver" Unvoreingenommenheit aufgezeigt hat. Der Vorwurf, der antike Denker habe die ideologische Schranke seiner Zeit nicht zu übersteigen vermocht, fällt auf Marx selbst zurück. Weil seine Lehre vom "Mehrwert" stimmen mußte, um eine "ausbeuterische" Plusmacherei der Kapitalisten beweisen zu können, darum mußte Aristoteles Unrecht haben. Und dennoch hatte der Meister seinem "genialen und originellen Schüler" eines voraus: er bemühte sich zweifellos, die Dinge einfach zu sehen, so wie sie sind. Den christlichen Interpreten des Aristoteles kam zusätzlich eine Ontologie zu Hilfe, nach der das Seiende dem Telos des Schöpfers entsprechend auf die Wirklichkeit des Menschen hingeeordnet ist, während Marx das Seiende im Ganzen einer ideologisch-politischen, aus endlichen Zielsetzungen politischer Aktionen stammenden Vorentscheidung unterwarf und damit die Realität in seine dezidierte, wenngleich utopisch abgefälschte "Wissenschaftlichkeit" zwang und sie so zu einem unwirklichen Abstraktum machte.

IV

In seiner Auseinandersetzung mit der philosophischen Tradition hat Marx das Problem einer praktischen Philosophie somit zweifelsohne neu gestellt. Er geht dabei über die bloße *B e t r a c h t u n g* des Menschen, der durch Einigung mit der "Natur" zu sich selbst kommen soll, hinaus. So richtig Marx diesen Gedanken Feuerbachs findet, ebenso sehr besteht er auf einer Überwindung der nur theoretischen Problemstellung. In seinem Brief an Ruge schreibt er, es sei ihm nicht recht, daß Feuerbach zu wenig auf die *P o l i t i k* hinweise: "Das aber ist das einzige Bündnis, wodurch die jetzige Philosophie eine Wahrheit werden kann"¹⁸. Mit Recht wurde darauf verwiesen, daß wir hier am Quellgrund des Marxismus¹⁹ stehen. Nach Marx ist bekanntlich die Arbeit das Ganze, durch das sich der Mensch selbst vollbringt. Im Ausgriff auf die gegenständliche Welt gestaltet sich der Mensch. Die höchste Form der Selbsthervorbringung des Men-

¹⁷ ebda.

¹⁸ Marx in: MEGA, I, 1, 2. S. 308

¹⁹ Vgl. J. Hommes: Der technische Eros, Freiburg 1955, S. 47ff, vor allem aber: K. Löwith: Von Hegel zu Nietzsche. Der revolutionäre Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts. Marx und Kierkegaard, Stuttgart 1964, 5. Aufl.

schen durch Tätigkeit geschieht in der Politik, die die Einigung von Mensch und "Natur" bewirkt. Die Natur des Menschen ist nämlich seine Tätigkeit, d.h. seine Praxis als Selbsthervorbringung.

Die bisherige Auslegung der Welt durch die Philosophie erfolgte nach Marxens Ansicht lediglich theoretisch, d.h. durch hinnehmende Anschauung und anschauende Hinnahme des Seins. Die neue Philosophie aber soll praktisch sein, d.h. der Mensch soll sich selbst in dieser Welt gehören. Und das geschieht durch die Tat, durch "praktische, menschlich-sinnliche Tätigkeit". Die Theorie als Auslegung der Welt und Auffassung des Menschen stellt nur fest, was ist. Es ist gut zu wissen, wie die Wirklichkeit des geschichtlich existierenden Menschen beschaffen ist. Aber Theorie allein bewirkt nichts, sie führt zu keiner Veränderung der Situation des Menschen. Philosophie muß daher Praxis sein, damit sie Wahrheit werde. "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern"²⁰. Philosophie als Daseinsveränderung ist nicht nur reine Anschauung, sondern geschichtliche, d.h. politische Tat.

Politik ist als Praxis, d.h. als Daseinsvollzug Selbsthervorbringung des Menschen in seiner Wahrheit. Nun hat im Proletariat der Mensch sich selbst verloren. Die kritische Philosophie ist nach Marx das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes. Sie zeigt, daß die Ausbeutung von Menschen durch Menschen, d.h. die Herrschaft der bürgerlichen Klasse über die Arbeiterklasse geistig bzw. ideologisch gerechtfertigt wird durch Wissenschaft und Kunst, insbesondere aber durch Politik als Gestaltung des Gesellschaftsprozesses. Diese hat sich zu diesem Zweck den Staat geschaffen, der sich zu einer eigenen Macht verselbständigt hat. Doch das Ereignis der Ideologie als Rechtfertigung der bestehenden Machtverhältnisse schreitet fort. Es treibt "eine weitere Ideologie" hervor. Diese entfernt sich immer mehr von den inhumanen tatsächlichen materiellen und ökonomischen Verhältnissen und nimmt neben der Philosophie die Form der Religion an.

Die Irre, in die der Mensch geht, und in der er sich seiner selbst immer mehr entfremdet, zieht ihn immer stärker von aller Wirklichkeit ab. Anstatt auf den Grund dieser konkreten Welt, stellt sich der Mensch in seinem ideologischen, d.h. falschen Bewußtsein auf einen jenseitigen Grund; damit verstellt er seinen Blick auf seine konkrete Lage in konkreten politisch-ökonomischen Machtverhältnissen, die solche der Ausbeutung von Menschen durch eine jeweils herrschende Klasse sind.

Marx legt darum die Voraussetzung jeder Kritik des desolaten Zustandes der bürgerlichen Gesellschaft bloß: die Religionskritik. "Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen; Staat, Sozietät"²¹. Gesellschaft und Staat haben nach Marx die Religion produziert, die ein "verkehrtes Weltbewußtsein" ist, insofern sie im machtpolitischen Interesse der Gesellschaft und des Staates eine verkehrte Welt darstellen,

20 K. Marx: Thesen über Feuerbach. These 11, in: MEGA, I, 1, 1. Berlin 1932

21 Marx in: MEGA, I, 1, 1. S. 607

um den unterdrückten Menschen von seiner wahren Lage abzuweichen.

Dieser Zustand kann nur verändert werden durch die Praxis, in der der Mensch sein entfremdetes gegenständliches Wesen sich wieder aneignet. Dazu bedarf es einer bestimmten Form der Philosophie, die ihre Aufgabe darin erkennt, den Unterdrückten und Ausgebeuteten ihre Situation bewußt zu machen. Es ist Sache der praktischen Philosophie als Kritik der Gesellschaft, auf deren unmenschliche Gestalt aufmerksam zu machen. Ihr Ziel ist zunächst die geistige Emanzipation des Menschen, d.h. seine Herausführung aus jener geistigen Ablenkung von dieser Welt auf eine jenseitige, die ihn über seine wahre konkrete Situation hinwegtäuscht und auf ein jenseitiges Glück vertröstet. Die Emanzipation ist indessen für Marx Theorie und Praxis in einem: "Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats. Das Proletariat kann sich aber nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie"²². Philosophie ist somit Aktion, Theorie oder Revolution in ihrem Vollzug. Die Philosophie findet im Proletariat ihre materiellen, und das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen. "Sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen"²³. In der Philosophie kommt das Proletariat zu seinem Bewußtsein, das ein Bewußtwerden der politischen Tat als Revolution ist. Denn die Philosophie, die den Verlust des Menschen bewußt macht, bewirkt zugleich und in einem die Empörung gegen die Unmenschlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Empörung ist hier nicht als moralische Entrüstung, sondern als Aufstand zur Selbstbefreiung des Proletariats verstanden.

In diesem Zusammenhang stellt Marx einen frappierenden Bezug zur Demokratie und zum Christentum her. Beide werden von ihm durch die Selbstbefreiung des Menschen zusammengesehen. In der Demokratie, so argumentiert Marx, ist jeder

22 Marx in: MEGA, I, 1, 1. S. 620; siehe hierzu noch G. Lukacs: Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923. Zur Frage, ob eine Machtergreifung, wie sie vom Marxismus vorgesehen wird, überhaupt Revolution genannt werden kann, siehe: M. Weber: Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus (1906); ders.: Rußlands Übergang zur Scheindemokratie (1917), beide in: Weber, Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1971; W.I. Lenin: Staat und Revolution, Berlin 1976; C. Schmitt: Theorie des Partisanen, Berlin 1963; J.M. Bochenski: Marxismus-Leninismus, München-Wien 1975; Th. Schieder (Hrsg.): Revolution und Gesellschaft, Freiburg 1973; H. Arendt: Über die Revolution, München 1965; A. Solschenizyn: Der Archipel GULAG, 1-3, Bern 1973ff; ders.: Octobre 1916, in: Le Messenger, 1-2, Paris 1979; ders.: Lenin in Zürich, New York 1966; ders.: Rede in New York, Stuttgart o.J.; A.D. Sacharow: My Country and the World, London 1975; M. Voslensky: Die Nomenklatura, Wien-München 1980; H. v. Berg: Marxismus-Leninismus. Das Elend der halb-deutschen, halb-russischen Ideologie, Köln 1986; E. Nolte: Revolution im zwanzigsten Jahrhundert, in: FAZ, 29.1.1983; L. Barlay: Kulturrevolution und Alternativkultur, in: LIBERTAS, 1/1984, S. 4ff

23 Marx in: MEGA, I, 1, 1. S. 620. Zur aktionistischen Deutung der Philosophie als politische Praxis bei Marx siehe: N. v. Lobkowitz: Theory and Praxis: The History of a Concept from Aristotle to Marx, Dordrecht 1967; ders.: Marxismus und Machtergreifung, Zürich 1978; ders. (Hrsg.): Marx and the Western World, Dordrecht 1967, ferner F.J. Radatz: Karl Marx. Eine politische Biographie, Hamburg 1975. Über die wissenschaftsgeschichtlichen und volkswirtschaftlichen Implikationen der aktionistischen "Kritik der politischen Ökonomie" Marxens berichtet K.G. Ballestrin: Karl Marx and Adam Smith: Critical Remarks About the Critique of Political Economy, in: J.J. O'Rourke-Th.J. Blakeley-F.J. Rapp: Contemporary Marxism. Essays in Honor of J.M. Bochenski, Dordrecht-Boston-Lancaster 1984, S. 21ff

Mensch souveränes, höchstes Wesen. Dasselbe meine das Christentum: der Mensch ist Höchstwert der Schöpfung. Und eben darum geht es Marx, nämlich den Menschen wieder in seine Souveränität einzusetzen. Allerdings hält Marx es für unmöglich, daß der Mensch als einzelner die Herrschaftsverhältnisse zu ändern vermag. Dies kann er nur, wenn er ein wirkliches Gattungswesen geworden ist. Denn die Bedrohung des Menschen erfolgt durch seine Einzelhaftigkeit, d.h. ökonomisch gesprochen dadurch, daß die Arbeit unter den Bedingungen des Privateigentums erfolgt. Inwieweit die Vorstellung, der Mensch komme nur als Gattungswesen zu sich selbst, zu einem das Individuum verschlingenden Kollektivismus führt, ist angesichts der bisherigen Praxis der marxistischen Philosophie eine nicht zu umgehende Frage. Jedenfalls ist für Marx die Philosophie politische Aktion. Wer sich dieser Philosophie in Aktion entgegenstellen will, tut gut daran, ihren radikalen Humanismus kennenzulernen, um ein Menschenbild, das an der nicht in die Gattung aufzuhebenden Einmaligkeit des einzelnen festhält, mit Marx sachlich konfrontieren zu können. Die Wahrheit der einen oder anderen Position erweist sich nur durch die Tat und deren Folgen. Marxismus und Christentum stimmen darin zweifellos überein. Die marxistische Philosophie bleibt in dessen bis heute die einzige Philosophie in Aktion. Bleibt noch das Christentum, das allerdings die Philosophie als "Weisheit dieser Welt" vielleicht doch hinter sich gelassen hat.

Die Theorie Joseph A. Schumpeters in ihrer Beziehung zur Marxschen Lehre

von

Ernest F. Enzensberger*

Am 26. Februar 1986 jährte sich zum 65. Male der Todestag von Carl Menger, dem Begründer der "Wiener"- oder der "Österreichischen Schule" der Nationalökonomie. Diese Schule besteht mittlerweile seit fünf Generationen und an ihrem Beginn stand Menger mit seiner 1871 entwickelten subjektiven Nutzentheorie.

Das System wurde in der zweiten Generation weiterentwickelt durch die großen Nachfolger und Kollegen Mengers, nämlich Eugen von Böhm-Bawerk, Friedrich von Wieser und Eugen von Philippovich, alles Professoren in Wien.

Zur dritten Generation gehören u.a. Ludwig von Mises, Joseph Alois Schumpeter, von dem nun besonders die Rede sein soll, und Felix Somary. Die wesentliche Arbeit am analytischen, theoretischen System der Wiener Schule wurde in Wien sowie an der deutschen Universität in Prag geleistet.

Zur 4. Generation schließlich zählen die weltbekannten Gelehrten Friedrich August von Hayek, Oscar Morgenstern, Gottfried von Haberler, Fritz Machlup, Paul N. Rosenstein-Rodan und Felix Kaufmann. Keiner von ihnen beendete seine Laufbahn in Österreich, sie waren vor allem in den USA tätig.

Zur 5. Generation schließlich gehören vorwiegend Amerikaner. Dies ist mit ein Grund, warum an verschiedenen amerikanischen Universitäten heute Studienprogramme über "Austrian Economics" durchgeführt werden.

Einer der originellsten und eigenwilligsten Köpfe dieser Schule ist zweifellos der 1883 in Triesch (Mähren) geborene Joseph Alois Schumpeter, der 1950 als Harvard-Professor verstarb, nachdem er zuvor in Graz und Bonn unterrichtet hatte.

Schumpeter vertrat zweifellos die Auffassung, daß der Kapitalismus zugrundeliegende "Unternehmer" sang, wird er oft mit Karl Marx verglichen. Beide bezogen nämlich die geschichtliche Entwicklung in ihr ökonomisches Denken ein und beide beantworteten die Frage, ob der Kapitalismus überleben könne, mit einem klaren "Nein". Beide waren sie auch davon überzeugt, daß der "Sozialismus" funktionieren kann (Schumpeter). Und da Schumpeter im Gegensatz zu fast allen anderen Ökonomen vom "Ideal des freien Wettbewerbs" mit vielen kleinen, machtlosen Anbietern wenig hielt und folglich auch nicht die marktbeherrschende Konzerne verteidigte, konnte er sich sogar vorstellen, daß eine Planwirtschaft dem Konkurrenz-Kapitalismus überlegen ist.

In seinem 1942 erschienenen Buch "Capitalism, Socialism und Democracy"

* Der vorliegende Text gibt einen Beitrag des Autors wieder, den er im Frühjahr 1986 anlässlich eines Seminars über "Marxismus und Philosophie" am Inter-University Center for Post-Graduate Studies in Dubrovnik vorgetragen hat.

30
feiert Schumpeter die Marx'sche sozialwissenschaftliche Methode, den "Historischen Materialismus", als eine der größten Leistungen auf dem Gebiete der Soziologie. Nur der oben erwähnte Lehrer Schumpeters, Böhm-Bawerk, der allerdings zu den geistreichsten Kritikern Marxens gehörte, hatte einen ähnlich tiefgreifenden Einfluß auf das Lebenswerk Schumpeters ausgeübt, wie Karl Marx. Obgleich J. A. Schumpeter ein Hohelied auf den wagemutigen, den "dynamischen und von einem sozialistischen System abgelöst würde. Aber nicht etwa wegen seiner Gebrechen und Verbrechen, wie es Marx angenommen hatte, sondern ganz im Gegenteil wegen seiner imposanten historischen Leistungen. Die entscheidende Ursache der Ablösung des einen Systems durch das andere System liegt für Schumpeter im Absterben der unternehmerischen Funktion, die von einem "manageriellen Team" übernommen wird. Mit dem Dahingehen des alten, kapitalistischen Unternehmens stirbt auch eine Menschheitsepoche, die im Zeichen des schöpferischen Individuums und der Ideenwelt des Liberalismus gestanden hatte.

Schumpeter hatte übrigens schon in den frühen zwanziger Jahren sehr ähnliche Auffassungen vertreten, etwa in dem Aufsatz "Sozialistische Möglichkeiten von heute" (im Archiv für Sozialwissenschaften, Bd. 48, 1921).

Der Unternehmervorteil oder Profit ist für Schumpeter eine rein dynamische Kategorie. Er fällt nur jenen Produzenten zu, die die Überwindung des stationären Zustandes durch die Einführung neuer produktiver Kombinationen anstreben. Mit der Übernahme dieser den Kreislauf dynamisierenden Rolle verwandelt sich der Wirt in einen Unternehmer. Den wichtigsten Teil seiner Funktionen umschreibt Schumpeter mit dem prägnanten Wort "schöpferische Zerstörung". Der qualitative Sprung aus der statischen in die dynamische Wirtschaft resultiert aus dem Auftreten des Unternehmers und der von ihm angebahnten Neuerungen in Bereichen der Produktionstechnik, Produktdifferenzierung, Vermarktung usw. Wie kommt nun nach Schumpeter der Profit zustande? Mit Hilfe der Neuerung versteht es der Unternehmer, sich gegenüber der großen Zahl von traditionell orientierten "Kreislauf-Wirten" einen – gewöhnlich temporären – Kostenvorteil zu verschaffen. Solange sein individueller Kostenpreis tatsächlich unter dem Marktpreis bleibt, fließt ihm aus seiner unternehmerischen Tätigkeit ein Mehrwert zu. Aber dieser Vorteil wird früher oder später von zwei Seiten her ausgehöhlt:

– es finden sich sehr bald Nachahmer, wodurch es zu einem Preisdruck auf den Märkten kommt;

– weiters müssen, infolge der vermehrten Nachfrage nach Gütern, die Produktionskosten steigen, weil neue Produktionsfaktoren geschaffen werden müssen. Mit dem Schumpeterschen Begriff vom Unternehmervorteil verbindet sich auch ein besonderer Begriff des Kapitals und des Kapitalzinses. Nach Schumpeter ist Kapital nichts weiter als ein Fonds von Kaufkraft, der den Unternehmer befähigt, Produktionsfaktoren aus alten Verwendungsbereichen abzuziehen, um sie auf produktivere Weise einsetzen zu können.

In seinen Ausführungen vom Konjunktur-Zyklus spricht Schumpeter immer vom sogenannten "Juglar-Zyklus", um damit einen von ihm als Vorbild bezeichneten französischen Autor zu ehren, der nach Ansicht Schumpeters dieses Phänomen als erster beschrieben hat. Allerdings sei hier eingeräumt, daß auch schon Karl Marx sehr frühzeitig den zyklischen Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses erkannt hat.

51
So heißt es etwa im Kommunistischen Manifest: "Seit Dazennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu kennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen".

Das Umschlagen der Prosperität in die Rezession führt Schumpeter auf zwei Ursachen zurück:

– auf das Versagen der innovatorischen Tätigkeit und
– auf das im Laufe der Prosperitätsphase zunehmende Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Wirtschaftssphären. So betrachtet ist nun die Phase der Rezession ein natürlicher Reinigungsprozeß.

Schumpeter stellt sich damit in Gegensatz zu Marx, der in der Phase der konjunkturellen Rückbildung ein Krankheitssymptom unserer Wirtschaft erblickt. So heißt es dazu beispielsweise im "Kapital", Bd. III, Berlin 1973, S. 501: "Der letzte Grund aller wirtschaftlichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde".

Der Juglar-Zyklus umfaßt einen Zeitraum von sieben bis zehn Jahren. Vom Standpunkt der "reinen Theorie" ist der Schwerpunkt des Schumpeterschen Systems die dynamische Zinstheorie. Hier befindet sich die eigentliche Wasserscheide zwischen Schumpeter und der neoklassischen, oder der Marx'schen Lehre.

Im statischen Kreislauf gibt es – Schumpeter zufolge – keinen Unternehmervorteil, der Unternehmer muß sich hier mit dem Unternehmerlohn begnügen, während das restliche Einkommen unter den originären Produktionsfaktoren verteilt wird.

Dem Exploitationsverdacht des Karl Marx glaubte Schumpeter den Boden zu entziehen, indem er seine Grundlage, die Arbeitswerttheorie angriff. Dabei machte er sich die wichtigsten Argumente der "Grenznutzenschule" zu eigen, die, wie eingangs angeführt, am Beginn der österreichischen Schule der Nationalökonomie steht.

Es scheint aber, daß die Marx'sche Zinstheorie den Test der Empirie besser besteht, als die Schumpetersche. Schon der Deutsch-Amerikaner Fritz Redlich ("Entrepreneurship in the Initial Stages of Industrialization, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 75) hat 1955 darauf hingewiesen, daß beim Schumpeterschen Modell die Leistung des großen Heeres der Nachahmer nicht genügend berücksichtigt wird. Er geht sogar soweit, ihnen die entscheidende Rolle im Produktionsprozeß zuzuerkennen.

Es ist das große Verdienst der Marx'schen Exploitations- und Zinstheorie, daß sie sowohl den kleinen kontinuierlichen, als auch den großen diskontinuierlichen Veränderungen gerecht zu werden vermag.

Die Exploitationstheorie liefert uns eine rationale Erklärung für die Erscheinung des Kapitalzinses in der stationären, von radikalen Neuerungen unerschütterten Wirtschaft. Aber auch das Vorprellen der Neuerer und der Pioniere kann in die Marx'sche Lehre logisch eingefügt werden. Marx hat den Grundgedanken Schumpeters, daß dem Kapitalismus ein Hang zur Neuerung immanent sei und dort der Neuerer sich kraft seiner Leistung eine temporäre Monopolstellung erkämpft, die

zur Quelle von Gewinnen wird, wiederholt deutlich ausgesprochen.

So im I. Band des "Kapital", Berlin 1973, S. 33:

"Der Kapitalist, der die bessere Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitsertrages für die Mehrarbeit an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. Er tut im einzelnen, was das Kapital bei der Produktion des relativen Mehrwerts im großen und ganzen tut. Andererseits aber verschwindet jeder Extremmehrwert, sobald die neue Produktionsweise sich verallgemeinert und damit die Differenz zwischen dem individuellen Wert der wohlfeiler produzierten Waren und ihrem gesellschaftlichen Wert verschwindet..."

Man könnte einwenden, daß das Marx'sche Konzept der Neuerung sich nur auf eine Art der Neuerung bezieht, nämlich auf Verbesserungen der Produktionsweise, die Kostensenkungen zur Folge haben, während Schumpeter zwischen verschiedenen Arten der Neuerung unterscheidet. Marxens Konzept von den Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise darf jedoch nicht aus der zitierten Stelle allein abgeleitet werden. In Wahrheit war sich Marx weit mehr als Smith und Ricardo über alle Sphären der die Gesellschaft durchdringenden Einflüsse der unternehmerischen Tätigkeit durchaus im Klaren. Das zeigt die folgende Stelle aus dem Kommunistischen Manifest:

"Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum 100jährigen Klassenherrschaft massenhafte und kolossale Produktionskräfte geschaffen, als alle vorangegangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegrafen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze, aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen, welche früheres Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?"

Marxens Exploitationsdoktrin steht und fällt natürlich mit der Gültigkeit seiner Arbeitswerttheorie. Es sind in den letzten Jahrzehnten jedoch Ereignisse eingetreten, die eine von Marx im übrigen bereits angedeutete Modifizierung der Arbeitswerttheorie nahelegen.

Im Mittelpunkt der Marx'schen Version der Arbeitswerttheorie steht die Ware Arbeitskraft, deren Wert wie der jeder anderen Ware, durch den Wert der für die Reproduktion notwendigen Gütermasse gegeben ist. Man muß aber hinzufügen, daß es dabei nicht um ein physiologisches Existenzminimum geht, sondern um ein Güterquantum, das ein Ausdruck der historisch gewordenen Lebensansprüche der Arbeiter eines Landes ist.

Wie kommt es nun, daß sich Lohnansprüche in Grenzen halten, die dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals zuträglich sind? Dafür sorgt die sogenannte "industrielle Reservearmee", d.h. eine relativ überschüssige Bevölkerung, die sich im Verlaufe des Akkumulationsprozesses ausdehnt und dann wieder zusammenschrumpft. (Einen Zustand der Vollbeschäftigung, der heute aus der "aktiven" Arbeitsmarktpolitik resultiert, konnte Marx nicht voraussehen). Ein Residuum an Arbeitslosigkeit dürfte er aber sogar für Perioden der Hochkonjunktur als Normalzustand betrachtet haben. Solcherart heißt es im "Kapital" Bd.I., Berlin 1973, S. 674: "Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann; dies Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel den Arbeiter anwenden, darin aus, daß je höher die Produktivkräfte der Arbeit, desto größer

der Druck der Arbeiter auf die Beschäftigungsmittel wird, desto prekärer also ihre Existenzbedingungen... Rascheres Wachstum der Produktionsmittel und der Produktivität der Arbeit als der produktiven Bevölkerung drückt sich kapitalistisch also umgekehrt darin aus, daß die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals".

An die Stelle der industriellen Reservearmee sind in den letzten Dekaden zwei neue Mechanismen getreten:

- Die Einkommenspolitik, und
- die Politik des "Ausweichens in die Preise".

Aber es ist wohl keine Übertreibung zu sagen, daß dem Arbeitsmarkt die "goldene Balance" von früher verlorengegangen ist, da die Situation des "bilateralen Monopols" keine determinierte Lösung zuläßt.

Marx hat im übrigen diese Situation bereits in seiner Studie "Lohn, Preis und Profit" beschrieben. Dort heißt es:

"Das Maximum an Profit ist begrenzt durch das physische Minimum des Arbeitslohns und das physische Maximum des Arbeitstages. Es ist klar, daß zwischen den beiden Grenzen dieser Maximalprofitrate eine unendliche Stufenleiter von Variationen möglich ist. Die Fixierung ihres faktischen Grades erfolgte nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit, indem der Kapitalist ständig danach strebt, den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum auszudehnen, während der Arbeiter ständig in der entgegengesetzten Richtung drückt. Die Frage löst sich auf in der Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden".

Der Akkumulationsprozeß wird beim Österreicher Schumpeter mittels des Bankkredits, bei Marx und einigen neueren Autoren vermöge des Unternehmergewinns, oder, wie man heute sagt, vermöge interner Kapitalressourcen des Unternehmens bewerkstelligt. Aber dies ist nicht der einzige und auch nicht der wichtigste Unterschied zwischen der Schumpeterschen und der Marx'schen Auffassung von der erweiterten Kapitalreproduktion.

Dieser liegt meiner Meinung nach vor allem in dem Umstand begründet, daß Schumpeter diesen Prozeß als ein psychologisches, Marx hingegen als ein soziologisches Problem auffaßt.

Professor Haberler, ebenfalls ein Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie, hat einmal Schumpeter mit einer Cassandra verglichen, deren Prognose hinsichtlich des Herannahens einer neuen Ära im Sinne einer Warnung und innerlichen Distanzierung aufzufassen ist. Er fragt sich, ob eine solche Interpretation der Schumpeterschen Position richtig ist, denn dieser hat – im Gegensatz etwa zu Max Weber – einer sozialistischen Wirtschaftsordnung einen höheren Grad der Rationalität zugebilligt, als der kapitalistischen. Er hat dies mit vier Argumenten begründet:

- 1) Im Falle des Oligopols sind Preise und Produktionsmengen undeterminiert, in einer sozialistischen Wirtschaft hingegen sind diese Daten eindeutig determiniert und ermöglichen so eine rationale und optimale Lösung des Produktionsproblems.
- 2) Das Oligopol begünstigt die Entstehung großer Überschußkapazitäten, die vor allem vom Standpunkt der Untermauerung monopolistischer Positionen erforderlich sind.
- 3) Im Kapitalismus ist nur eine Dämpfung der konjunkturellen Schwankungen möglich, während im planwirtschaftlichen System der Wirtschaftszyklus völlig beseitigt wird.

Schumpeter faßt das in "Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie", Bern

1955, S. 150, so zusammen:

"Die sozialistische Leistung wird sich vermutlich dem Kapitalismus der Großunternehmung ebenso überlegen erweisen, wie der Kapitalismus der Großunternehmung sich jener Art von Konkurrenzkapitalismus überlegen gezeigt hat, dessen Prototyp die englische Industrie vor gut 100 Jahren war".

4) Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch einen ständigen Kampf zwischen staatlicher Verwaltung und Privatwirtschaft. Viele der besten Köpfe des Landes sind in diesem Konflikt engagiert, hochqualifizierte Bürokraten auf der einen und managerielle Spezialisten auf der anderen Seite. Auf diese Weise werden den produktiven Aufgaben der Gesellschaft oft die besten Köpfe entzogen. Marx hätte dazu vielleicht noch hinzugefügt, daß der Sozialismus die Überwindung der uralten sozialen Krankheit, nämlich der Entfremdung anbahne, indem er der Trennung des Arbeiters vom Arbeitsgegenstand ein Ende bereite.

Demokratie bedeutet in der Marx'schen Lehre bewußte Regelung des Produktionsprozesses auf allen Ebenen, wo relevante gesellschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden.

Es ist aber kein Zufall, daß dieser Punkt von Schumpeter unberücksichtigt blieb, denn er widerspricht letzten Endes seiner soziologischen Grundkonzeption.

Für Schumpeter ist der Inhalt der Demokratie nicht identisch mit dem Prozeß der demokratischen Willensbildung, sondern bloß mit dem periodischen demokratischen Wahlakt, der zur Willensbildung seitens der zur Führung "berufenen" Personen führt. So konnte Schumpeter auch mit Gleichmut dem Kommen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung entgegensehen, denn er war der Meinung, daß das Klassenphänomen in letzter Instanz auf den "individuellen Eignungsdifferenzen" beruhe und daß sich jede gesellschaftliche Formation in zweierlei soziale Gruppen teile — in die "Elite" und "den Rest der Bevölkerung".

So läßt sich zeigen, daß die Beziehungen des Schumpeterschen Systems zur Marx'schen Lehre teils antithetischer, teils verwandtschaftlicher Natur sind.

Bei aller Abgrenzung gegenüber vielen Aspekten der Marx'schen Lehre (insbesondere gegenüber den Theorien der Ausbeutung, Verelendung und der zunehmenden Funktionsunfähigkeit des kapitalistischen Systems), hat Schumpeter es nie verfehlt, der dynamischen Gesamtkonzeption Marxens seinen tiefsten Respekt zu erweisen. In seinem Werk "Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" nennt Schumpeter die Lehre des Historischen Materialismus — "one of the greatest individual achievements of sociology to this day" (S. 10).

Aber vielleicht noch größerer Ausdruck seines Respekts war der Einbau vieler Marx'scher Bestandteile (Akkumulation, Konzentration, wirtschaftliche Entwicklung im Wege zyklischer Schwankungen usw.) in das eigene System.

Selbst der Grundgedanke Schumpeters, daß dem Kapitalismus ein Hang zur Neuerung immanent ist und daß der Neuerer sich kraft seiner Leistung eine temporäre Monopolstellung erkämpft, die zur Quelle von Gewinnen wird, ist von Marx wiederholt und mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden. So ist in seinem Werk "Lohnarbeit und Kapital", Berlin 1973, S. 417 f.) und etwas knapper gefaßt im I. und III. Band des "Kapital".

Im "Kapital", Bd. I, Berlin 1973, S. 337) heißt es:

"Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstages für die Mehrarbeit an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. Er tut im einzelnen, was das Kapital bei der Produktion des relativen Mehrwerts im großen und ganzen tut.

Andererseits aber verschwindet jeder Extremmehrwert, sobald die neue Produk-

tionsweise sich verallgemeinert und damit die Differenz zwischen dem individuellen Wert der wohlfeiler produzierten Waren und ihrem gesellschaftlichen Wert verschwindet. Dasselbe Gesetz der Wertbestimmung durch die Arbeitszeit, das dem Kapitalisten mit der neuen Methode in der Form fühlbar wird, daß er seine Ware unter ihrem gesellschaftlichen Wert verkaufen muß, treibt seine Mitbewerber als Zwangsgesetz der Konkurrenz zur Einführung der neuen Produktionsweise".

Ähnlich wie Marx hat Schumpeter versucht, eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung schlechthin zu formulieren.

Schumpeter ist der Meinung, daß der Hang zur Neuerung (in Marxens Terminologie der Hang zur Rückwandlung von Mehrwert in Kapital, d.h. zur Akkumulation) auf jeder Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung mehr oder minder stark ausgeprägt zu finden ist. Neuerung ist seiner Ansicht nach ein dem Wirtschaftsleben inhärenter Wesenszug.

Marx hält hingegen diesen "Wesenszug" für keine allgemeine, sondern eine historische Kategorie.

Die kapitalistische Produktionsweise ist das Ergebnis eines jahrhundertelangen Transformationsprozesses. Marx und Engel haben uns keine systematische Analyse der Übergangsperiode zwischen Feudalismus und Kapitalismus hinterlassen, aber in Marxens Hauptwerk "Das Kapital" und den historischen Schriften von Friedrich Engels finden sich viele Stellen, die einen Einblick in die entscheidenden Phasen des Übergangsprozesses gewähren.

Auf den Erkenntnissen von Marx und Engels aufbauend, haben Maurice Dobb, Paul M. Sweezy, Christopher Hill, E.J. Hobsbawm und andere zeitgenössische Marxisten wichtige Beiträge zur Problematik der Transformationsperiode geleistet.

Tatsächlich ist der Einfluß Schumpeters auf die US-amerikanische Ökonomie hingegen gering geblieben. Fritz Karl Mann (Bemerkungen über Schumpeters Einfluß auf die amerikanische Wirtschaftstheorie, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 81 (1958), S. 149f.) führt dies darauf zurück, daß eine "Abneigung gegen philosophische Grundlegungen und die Tendenz zur Spezialisierung besteht. Die letzte Ursache für die geringe Resonanz der Schumpeterschen Theorien an den Universitäten des Westens ist aber wohl die zunehmende Bedeutung der staatlichen Wirtschaftspolitik selbst in den letzten Bastionen des Liberalismus. Eine unvermeidliche Folge des Wettstreits der beiden großen rivalisierenden Systeme".

"Geistige Grundlagen Christlich-Demokratischer Politik" –
Eine Initiative zur besseren Orientierung

von

Dr. Thomas Jansen

Es ist ganz ohne Zweifel Ausdruck einer großen Stärke der christlich-demokratischen Bewegung, daß sie in der Vergangenheit und bis zum heutigen Tage ohne geschlossene Ideologie ausgekommen ist, ohne daß ihr Zusammenhalt und ihre Aktionsfähigkeit dadurch gefährdet wurden.

Christliche Demokraten handeln im Idealfall mehr oder weniger unbefangen aus christlicher Gesinnung und demokratischer Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Sie bemühen sich darum, in der Praxis die Lehren zu befolgen und die Ideen zu realisieren, die aus der christlichen Tradition, aus dem christlichen Menschenbild und aus der christlichen Weltanschauung abgeleitet werden können. Die Bezugnahme auf den Menschen, Geschöpf Gottes und Gottes Ebenbild, als Gegenstand, Mittelpunkt und Ziel christlich-demokratischer Politik genügt offenbar zur Begründung einer entsprechenden Haltung, die im wesentlichen praxisorientiert ist, immer nach realisierbaren Lösungen strebt und dabei die Folgen dieser Lösungen für diejenigen, denen sie dienen sollen, in die Verantwortung einbezieht. Das Wissen um die unveräußerliche und unantastbare Würde, die Freiheit und die Verantwortlichkeit der menschlichen Person, die nach christlich-demokratischer Vorstellung auch in der Politik und durch die Politik zur Geltung und zur Entfaltung kommen soll, schließt die Gleichwertigkeit der Menschen in ihrer Verschiedenartigkeit ebenso ein wie das Bewußtsein ihrer Fehlbarkeit.

Ausgeschlossen ist es demnach für Christliche Demokraten, irgendwelchen Heilslehren anzuhängen und eine bestimmte, beste Gesellschaftsform ohne Rücksicht auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen unbedingt verwirklichen zu wollen. Sie brauchen nicht nur keine Ideologie, sie halten Ideologien für schädlich aus Gründen die ihnen vermittelt werden von der historischen Erfahrung, einer Erkenntnisquelle übrigens, der sie größere Bedeutung beimessen als der Spekulation. Die Christliche Demokratie ist nicht zuletzt eine geistig-politische Bewegung, die tatsächlich und ihrem Selbstverständnis nach eine Alternative zu den Ideologien bietet: zum Sozialismus, zum Liberalismus, zum Fundamentalismus und zu allen ihren Abarten, den extremistischen wie den moderaten.

Nun hat dieses positive Bewußtsein zu einer Grundhaltung geführt, die eine durchaus negative Tendenz einschließt - nämlich die Tendenz, auf die theoretische, philosophische Reflexion der geistigen und kulturellen Triebfedern für das eigene Handeln, die eigene Verantwortung, die eigene Zielsetzung zu verzichten. Wenn sich diese Tendenz immer weiter fortsetzt - und sie hat sich, wenn man die

letzten 40 Jahre überblickt, ohne Zweifel verstärkt und dies ganz offensichtlich, paradoxerweise, im Zuge der praktischen Erfolge christlich-demokratischer Politik, - dann wird das, so ist zu befürchten, zur Folge haben, daß die Christliche Demokratie sich als politische Bewegung erschöpft, auch wenn noch einige Parteien ihren Namen weiterführen sollten.

Dies sind einige der Überlegungen, die Veranlassung gaben, im Rahmen der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) eine Arbeitsgruppe "Geistige Grundlagen christlich-demokratischer Politik" zu konstituieren. Ein erstes Kolloquium dieser Arbeitsgruppe fand am 24./25. April 1986 in Amsterdam statt. Es sollte dazu dienen, den allgemeinen Rahmen der Problematik abzustecken und gewissen Grundvoraussetzungen und Grundpositionen zu vergegenwärtigen. Das Programm sah deshalb zum Einstieg eine Diskussion über Tradition und Aktualität christlich-demokratischen Denkens vor. Im Anschluß daran wurden zwei besondere Aspekte politischer Verantwortung thematisiert und in den Mittelpunkt der Überlegungen und Betrachtungen gestellt: die Frage nach den Grenzen des Wohlfahrtsstaates und die Problematik der Entwicklungshilfe. Das erste Thema bezieht sich auf die Gestaltung unserer eigenen Gesellschaften und Staaten hier in Europa, das zweite auf die Entwicklung von Staaten und Gesellschaften in der Dritten Welt. Beides hat viel miteinander zu tun. Die Lösungen, die wir hier anstreben, bedingt die Lösungen, die dort realisiert werden können; und abgesehen davon: wenn wir nachdenken über die Gestaltung und die Entwicklung von Gesellschaften und Staaten, wo immer sie sich auf dieser Welt befinden, so ist damit auch die Frage nach der Ordnung dieser Welt gestellt. Die Befassung mit diesen schlichten Herausforderungen und konkreten Aufgaben der aktuellen Politik sollte dazu führen, die diesbezüglichen Vorstellungen der EVP bzw. der EUCD und der darin zusammengefaßten CD-Parteien darauf abzuklopfen,

- was an ihnen spezifisch christlich-demokratisch ist;
- ob unsere Konzepte dem Anspruch unserer Wertmaßstäbe und Normen standhalten;
- was unverzichtbar ist und was zur Disposition steht;
- wo wir unser Programm ergänzen oder ändern müssen.

Das Kolloquium in Amsterdam war ein Anfang. Beim nächsten Mal, voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Prag (Oberitalien), soll im Mittelpunkt der Diskussion die Frage nach dem christlich-demokratischen Soziefikum in Ansatz, Methode und Zielsetzung internationaler Zusammenarbeit stehen. Eine Frage, die eine ganze Reihe von Klärungen voraussetzt: Haben wir Christliche Demokraten überhaupt ein besonderes Bild von der Ordnung dieser Welt? Welche Rolle spielen darin die Nationen und welche Rolle spielen die internationalen Organisationen? Was bedeuten die Antworten auf diese Fragen für die Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten auf internationaler Ebene?

Es liegt auf der Hand, daß Fragen dieser Art für uns Europäer zunächst einmal auch Fragen sind, die sich auf unser Bild von Europa beziehen, auf unser Bild von der Einheit Europas, auf die Vorstellungen, die wir von der Europäischen Gemeinschaft und von ihrer Berufung und Aufgabe in der Welt haben. Damit wiederum verbunden sind natürlich die Fragen nach unseren eigenen christlich-demokratischen Organisationen der Zusammenarbeit hier in Europa, Fragen also nach der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Union Christlicher Demokraten. Wie wollen und wie müssen wir diese Organisationen entwickeln, um unsere Ideen politisch verwirklichen zu können? Wo sind die Hindernisse,

die wir überwinden müssen und wie sind diese Hindernisse beschaffen?

In der Auseinandersetzung mit all diesen Fragen werden wir sprechen können über die unterschiedlichen theoretischen Ansätze, über die unterschiedlichen kulturellen und historischen Erfahrungen, aus denen wir als Christliche Demokraten in den verschiedenen Ländern Europas Politik denken und gestalten. Während des Kolloquiums in Amsterdam ist von diesen Unterschieden einiges spürbar geworden, z.B. in einer Diskussion über die Bedeutung gewisser Begriffe (wie Kapitalismus, Marktwirtschaft, Solidarität etc) und auch in der Beurteilung von bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Prozessen.

Die Christlichen Demokraten stehen alle miteinander auf dem festen Boden einer letztlich transzendental bestimmten Idee vom Menschen und seiner Welt. Diese Einheit im Grundlegenden macht es ihnen trotz unterschiedlicher Erfahrungen und Denkweisen immer wieder möglich, mittels des Dialogs sich zu verständigen und gemeinsam zu handeln.

Durch das Gespräch über die geistigen Grundlagen unserer Politik, das für die Beteiligten in sich selbst einen erheblichen Wert hat, tragen wir bei zur Entwicklung und zur Vergrößerung des politischen Konsenses, der eine wichtige Voraussetzung für gemeinsames Handeln ist. Unter politisch-strategischen Gesichtspunkten ist deshalb diese Diskussion außerordentlich wichtig: es geht darum, der Christlichen Demokratie mehr und mehr die Fähigkeit zu geben, als eine internationale Kraft einflußreich zu sein und immer besser zur Gestaltung von gerechten menschenwürdigen Gesellschaften, zum Frieden und zur Freiheit in der Welt beizutragen.

Deutscher Konservatismus: Aktion oder Resignation?

von

Prof. Dr. Gerd Wolandt

Eingeladen hatte ein "Institut für konservative Bildung und Forschung", der Vortragende war: Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Herausgeber des "Criticon", sein Thema lautete: "Konservatismus 1986, Einzelgang oder konzertierte Aktion". Der kleine Saal des Kölner Kolping-Hauses war überfüllt, es herrschte Mangel an Stühlen. Das wohlformulierte Referat schilderte die Lage des Konservatismus in Deutschland und deutete Möglichkeiten an, den konservativen Einfluß innerhalb der deutschen Politik zu verstärken. Im Laufe seiner publizistischen Tätigkeit ist der Referent längst zum gelehrten Kenner aller Varianten und Nuancen konservativer Theorie und konservativer Praxis geworden, doch dies hinderte ihn nicht daran, mit einfachen Strichen das Thema unter drei Gesichtspunkten zu zeichnen: 1. internationaler Vergleich; 2. Epochen des Konservatismus in Deutschland; 3. "Was tun?"

Der internationale Vergleich konzentrierte sich auf Frankreich und auf die USA. Sein Ergebnis war, daß eine Orientierung an den (erfolgreichen) amerikanischen Durchsetzungsformen zweckmäßiger sei. Die geschichtliche Analyse war auch für den Kundigen instruktiv. Schrenck-Notzing skizzierte die Vorgeschichte bis 1933 nur kurz: berufsständischer Konservatismus im Bismarck-Reich, das Aufgehen der Konservativen in der Deutschnationalen Volkspartei nach dem Ersten Weltkrieg und das Abgedrängtwerden des Konservatismus in die "Konservative Revolution" in der Weimarer Zeit. Nach 1945 zuerst ein provinzielles Zwischenspiel in der "Deutschen Partei" bis 1960, dann das Interregnum im Zeichen einer beruhigten Parteienlandschaft, schließlich eine Renaissance als intellektuelle Gegenbewegung zur deutschen "Kulturrevolution". Die Beschäftigung mit dieser Form der "Kulturrevolution", die bezeichnenderweise gegenüber der eigentlichen, der chinesischen "Kulturrevolution" ("eine der scheußlichsten Episoden der Menschheitsgeschichte") blind blieb, war besonders hörensenswert. Der Zuhörer gewann den Eindruck, daß innerhalb der gegenwärtigen Zeitgeschichtsbetrachtung an dieser Stelle ein besonders großer "Reflexionsbedarf" – um das Jargonwort "Handlungsbedarf" abzuwandeln – vorliegt. Schrenck-Notzing sieht Vorboten bereits im Jahre 1962: Hochhuths "Stellvertreter" und Fritz Fischers "Griff zur Weltmacht". Wie dem auch sei, als Vordenker einer konservativen Gegenbewegung beanspruchte der Redner Arnold Gehlen ("Moral und Hypermoral"), Helmut Schelsky ("Die Arbeit tun die anderen") und Helmut Schoeck ("Neid").

Als einflußreiche Publizisten des neuen Konservatismus wurden vom Referenten angeführt: Kaltenbrunner, Mohler und Willms. Wichtiges Datum ist für den Referenten das Jahr 1980 mit Veröffentlichungen zur Frage einer "deutschen Identität", nämlich mit den Criticon-Heften Nr. 60 und 61 und die Nr. 39 mit dem Titel "Was ist deutsch?" in Kaltenbrunners Taschenbuchreihe "Initiative" (Herder-Verlag, Freiburg i.B.). Während des anschließenden Gesprächs wurde dann noch auf die Schule von Hans-Joachim Schoeps verwiesen, der im Hochschulbereich eigenes Gewicht zukomme.

Der Redner machte den Versuch, den Konservatismus, wie er ihn versteht und wie er ihn sich wünscht, durch kurze Formeln zu charakterisieren. Das Fundament des Konservatismus sei, meinte er, das "Prinzip Wirklichkeit"; "konservativ" verstehe er als "bewahrend = wirklichkeitsbezogen", diese Wirklichkeitsbezogenheit schloße zudem einen "Sinn für die erfahrene Vergangenheit" ein.

Zur Aktionsfrage machte Schrenck-Notzing einige pragmatische Vorschläge, die allgemeine Billigung fanden: die Einrichtung eines Informationsdienstes, der wöchentlich erscheinen soll und geeignet wäre, den konservativen Gedanken auch der übrigen Publizistik zu vermitteln ("Huckepackverfahren"). Die Entwicklung des "Criticon" mache ferner ein zusätzliches Buchbesprechungsorgan erforderlich. Schließlich empfahl er, als Ausgleich für fehlende akademische Veranstaltungen, Seminare. Diese publizistischen und theoretischen Anstrengungen bildeten aber offenkundig nicht die Hauptsorge der meisten Anwesenden. Wie immer bei solchen Anlässen brauchte die Meinungsbildung einige Umwege, doch es zeigte sich, daß das Stichwort "konzertierte Aktion" auf besondere Weise ernst genommen wurde. Von vielen Seiten kamen Einigkeitsappelle, über dem Streit zwischen konservativen Positionen dürfe man das Verbindende nicht vergessen. Dies lag, wenn man es recht deutete, in einer nationalen Orientierung, die mindestens als eine Sache des Gefühls und der Haltung für die, die sich hier äußerten, nicht im geringsten zweifelhaft war. Vielen brannte die Aktionsfrage auf den Nägeln. Zeitweilig konnte es scheinen, als ginge es mehr um das Problem "Wählen oder Nichtwählen" als um den Konservatismus selbst. Immer wieder rückte die gegenwärtige Verfassung der stärksten Regierungspartei ins Feuer der Kritik. Mit einer gewissen Verwunderung registrierte der Berichterstatter, daß die "Enttäuschung" über das Ausbleiben einer "geistig-moralischen Wende" der große Kummer dieses Kreises zu sein scheint. Spätestens seit dem Debakel-Artikel von Rohrmoser (jetzt nun auch noch in Buchfassung veröffentlicht), doch auch früher schon von anderen zur Sprache gebracht, ist der Vorwurf gegenüber Bundeskanzler Kohl und den Seinen bekannt. Übrigens wird er nicht nur von rechts, sondern, wie man es gar nicht anders erwarten konnte, auch von links erhoben.

Ich hatte diese "Enttäuschung" eigentlich mehr für eine Konstruktion oder für eine Fiktion gehalten. Ist es nicht so, als suchte man in einem Supermarkt nach kostbaren Geschenkartikeln? Kann eine Partei von nennenswerter Größe denn überhaupt etwas bewirken, das im Bereich des "Geistig-Moralischen" in Betracht kommt? Unzufriedenheit mit regierenden oder opponierenden Parteien ist selbstverständlich immer möglich, aber warum soll ein Ochse Milch geben? Die heutigen "Volks- und Integrationsparteien", wie der Redner sie selbst nannte, können

doch unmöglich, bei ihrer allgemeinen Orientierung an Demoskopie und an "Zielgruppen", geistig und moralisch "führen". In keinem Augenblick war ich enttäuscht, weil ich in dieser Hinsicht überhaupt nichts erwartet habe. Man darf sich, schreibt Raymond Chandler einmal, keine Illusionen darüber machen, was der Erwerb einer Million Dollar für die "Entwicklung der Persönlichkeit" bedeutet. Das harte Geschäft der Partei- und Parlamentspolitik ist kein Platz für "Seher", schon gar nicht für "irritable Scher" (Thomas Mann), wie intellektuelle Zeitbetrachter es zu sein pflegen. Kurz und gut, die Arbeit der Kritik, des Vor Denkens und des Vergleichens ist eine Seite, das demokratisch-politisch-parlamentarische Wellenreiten eine andere.

Der Illusionismus dieser "Enttäuschten" zeigte sich dann leider in allen möglichen Parteigründungsphantasien. Von mehreren wurde sogar das grüne Modell zur Nachahmung empfohlen: als Ausgangsbasis und für das Startkapital eine Wahlkampfkostenerstattung und dann, es müßte doch möglich sein, der Sprung über die 5-Prozent-Hürde. Auf dieser Seite sah man nicht, daß ein Erfolg dieser Art bestenfalls das Schicksal der "Deutschen Partei" wiederholen würde, in der die konservativen Politiker sich am Ende in den versorgenden Armen der mittleren und mittelmäßigen Volkspartei wiederfanden.

Mag die "Enttäuschung" auch die falsche Ware im falschen Laden suchen, der Verdruß jedenfalls ist ganz allgemein. Dieser Verdruß bezieht sich mit Recht auf das tölpelhafte Hantieren mit den Instrumenten der Macht. Die Volkspartei, die man hier "das kleinere Übel" nannte und die ein Teil des Auditoriums als dieses Übel nicht länger ertragen wollte, läßt es allerdings in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und in ihrer Personalpolitik an Geschicklichkeit, Intelligenz und vor allem an Entschiedenheit fehlen. Daß die Konservativen hier ärgerlich werden und vom Abfall der "Stammwähler" sprechen, ist begreiflich, denn sie selbst gehören, neben allen möglichen Stillen und Frommen im Lande zu dieser Stammwählerschaft. Immerhin bekannte sich eine Minderheit noch zum Standpunkt "Augen zu, CDU!".

Buchbesprechungen

Bill Newton Dunn: Greater in Europe. Regency Press, London 1985, 85 p.

Bill Newton Dunn ist – als Abgeordneter der britischen Konservativen im Europäischen Parlament – einer der "europäischen Progressisten" der Tories. Auf rund 80 Seiten hat er seine Erfahrungen, sein Credo niedergelegt – und dabei hat er mächtig den Kropf geleert. Was man wohl als Europapolitiker heute tun muß, gleichgültig, ob man aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland oder sonstwo herkommt. Regency Press ist zu danken: Kurz, bündig, gut unterteilt und (mit 3,50 UKL) recht preisgünstig bietet Newton Dunn geistige Munition gegen die Anti-Europa-Vorurteile aller Art, die auf seiner Insel beheimatet sind. So wird erst einmal die dümmliche Argumentation, wonach das Vereinigte Königreich die EG verlassen sollte, niedergewalzt. Wobei Bill Newton Dunn, der auf einer neuen Domäne der EG – der Verkehrspolitik – einer der profiliertesten Parlamentarier ist, einen Satz sagt, der heute wohl verstärkt für Länder wie Norwegen, Österreich und die Schweiz usw. zutrifft: "The difference between being inside and being outside the Community is the difference between having a say in making the rules which affect us against having no say in making the rules but still having to follow them."

Die Wahl der Briten sei heute nicht mehr, Mitglied oder Nichtmitglied zu sein. Die Wahl der Briten heute sei, so Newton Dunn, halbherziges Mitglied auch in der Zukunft zu sein oder voll

und ganz sich der EG zu widmen, um dabei "so viel wie die Franzosen aus der Gemeinschaft herauszuholen". Newton Dunn, ganz der polyglotte Europaparlamentarier, stellt fest, daß Großbritannien gegenüber der Europäischen Integration seit 1945 eine viel zu zögernde Politik machte. Der Nationalstaat sei ein immer stärker ungeeignet werdendes Konzept für die Herausforderungen, denen sich alle Europäer gegenübersehen. So viel Weitblick – gibt es ihn in Downing Street 10, in Whitehall, in Westminster?

Newton Dunn legt klar: Die Freiheiten der Europäer sind kleiner mit verschiedenen Währungen, Grenzabfertigungen, Paßkontrollen. Die institutionelle Krise will er in der einzig gangbaren Weise geregelt wissen: Die Kompetenzen der Europäischen Volksvertretung müssen bis zur vollen Legislative vergrößert werden. Hart und richtig geht er mit dem Ministerrat ins Gericht. Für den deutschen Leser ist es (übrigens in leicht lesbarer Weise) sehr interessant, wie wenig europafreundlich manches aus Bonn Kommende außerhalb aufgenommen wird – selbstkritische Schlüsse sind hier angebracht. Offen ist die Sprache gegenüber der eigenen Premierministerin und vor allem ihrer Bürokratie. So muß es sein. Möge Bill Newton Dunn's Buch in seiner eigenen Partei zur Pflichtlektüre werden, aber auch in seiner eigenen Fraktion im Europäischen Parlament. Darüber hinaus gibt es eine so wertvolle Plattform, daß es jeder Europa-Skeptiker lesen sollte, gleichgültig, wo er ist. Denn die kurze, pragmatische und

konsistente Art, die eben typisch für Bill Newton Dunn ist und die man umso mehr schätzen lernt, wenn man mit dem Autor auch zusammenarbeitet, kann noch viele überzeugen.

Hans-Jürgen Zahorka

Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. (brsg.): Die Korea-Krise als ordnungspolitische Herausforderung der deutschen Wirtschaftspolitik. Texte und Dokumente. Mit Beiträgen von K. Carstens, O. Emminger, H. Graml, K.-U. von Hassel, K. Hobmann, H.L. Krekler, V. Laitenberger u.a. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1986. 477 S.

Anfang der 50-er Jahre tobte die ordnungspolitische Grundsatzdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu kam die Korea-Krise, eine internationale Spannung ersten Ranges, nur wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, allerdings unter veränderten Vorzeichen. War die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft vorher schon so verankert worden, daß in der Krise auf ihre Grundsätze nur zurückgegriffen werden mußte? Oder war Professor Erhard seinerzeit "nur" ein erfolgreicher Krisenmanager? Diese Frage diskutierte die Ludwig-Erhard-Stiftung zusammen mit Experten und Zeitzeugen. Eine ungewöhnliche Bewährungsprobe der Sozialen Marktwirtschaft wird in dem dokumentenreichen Band so angesprochen, daß die historischen Grundlagen dieses Ordnungsprinzips freigelegt werden. Gerade die jüngere Generation weiß oft nicht, wie sehr Erhards Politik sowohl von links wie auch von rechts angefeindet wurde. Am bezeichnendsten ist in dem Band

das Originalprotokoll einer Sitzung des Deutschen Bundestages, aus dem Erhards Position am besten illustriert hervorgeht.

Man muß nur die Meinungskurven betrachten, die Allenbachs Demoskopien vom Anfang der 50er Jahre ausgegraben hatten, um zu sehen: Um ein Haar war die Korea-Krise Anlaß, das Rad wieder zurückzudrehen. Plötzlich war eine Mehrheit der CDU-Basis für die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft, für Preiskontrollen, Bezugscheine usw. Ludwig Erhard hatte einen Kampf zu bestehen, der fundamental war – den im Parciausschuß der Union.

Hier bieten sich Rückschlüsse an im Hinblick auf die fatale Tendenz mancher Parteien, Vordenker-Persönlichkeiten in die Wüste zu schicken, weil sie einmal unpopulär wurden. Zeithistorisch betont der Sammelband, daß die Korea-Krise nicht ursächlich für die Entstehung der Bundeswehr war; zeitlich gesehen war sie natürlich mitten in der Wiederbewaffnungsdiskussion gelegen. Das Fazit des ausgezeichnet strukturierten Diskussionsprotokolls lautet, – von vielen vergessen bzw. verkannt – daß letzten Endes die Korea-Krise die junge deutsche Demokratie festigte, die Soziale Marktwirtschaft eine große Bewährungsprobe durchlief und die Regierung Adenauer/Erhard sich dadurch konsolidierte.

S.N. Vallard

Heinz Aboesch: Jean Jaures. Die vergebliche Hoffnung. Piper Verlag, München 1986. 173 S. (Serie Piper Portrait)

Mit Feingefühl und historischer Detail-

freude berichtet Aboch über Jaures, Philosophieprofessor, französischer Sozialistenführer, Publizist und Gründer der heute kommunistischen Tageszeitung "Humanite" und Opfer eines Attentats kurz vor dem Ersten Weltkrieg. "In Europa herrschten nur 'Dummheit, Niedertracht, Feigheit, das Elend schäbiger Kalkulationen' ". So schrieb Jaures 1908 über das Bild, das das Europa des Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg bot. Alle Europäer gäben sich den zynischen Widersprüchen des gemeinsten und disparatesten unmittelbaren Interesses hin, so schrieb Jaures. Manchmal ist man versucht, derartige Bilder auch heute wieder auszugraben. In jedem Fall hat Aboch – und mit ihm der Piper-Verlag – das Verdienst, ein wichtiges Portrait von Jaures geliefert zu haben. Die Geschichte auch des deutschen Sozialismus im Hinblick auf die Frage des Eintritts in den Ersten Weltkrieg kann manchmal durchaus auch zum Stirnrüßeln veranlassen. Jaures, der in dem kleinen Bändchen sicherlich nicht glorifiziert wird, war Patriot und Pazifist zugleich. Ein Mann, der eigentlich zerbrechen mußte daran, daß er den Ersten Weltkrieg nicht verhindern konnte, der aber niemals aufgab, sich dafür einzusetzen, daß das Licht über Europa erhalten blieb, das letzten Endes 1914 ausging. Ein faszinierender Parlamentarier und Redner, der Idealist war, aber gleichzeitig naiv und gutmütig. Ein Sozialist, der Reformist und kein Revolutionär war, und dessen klassenkämpferisch gesinnte, innerparteiliche Feinde nicht wie er meinten, daß Fortschritt nur durch schrittweise Verbesserung der sozialen Verhältnisse möglich sein sollte. Der Mitkonstrukteur eines Rechtsstaates, der anläßlich der Drey-

fus-Affäre an Profil gewann. Sicherlich ist Jean Jaures nach wie vor ein politisches Vorbild. Dies wird hier aufgezeichnet, etwa dann, wenn Situationen geschildert werden, in denen Jaures als erster und einziger in einer Sachfrage politisches Profil zeigt, etwa eine Wende einleitet und durch seine Argumentation neue politische Verhältnisse schafft. Zu wenig ist es als eine weltgeschichtliche Tragödie bekannt, daß die Politik eines Jaures scheiterte, und zwar im Hinblick auf die Verhinderung eines Krieges. Interessant sind die Auseinandersetzungen zwischen französischen Sozialisten und deutschen Sozialdemokraten geschildert. Sie erhellen in einem bislang recht unbekannt gebliebenen Bereich die Differenzen zwischen der politischen Kultur Deutschlands und Frankreichs zur Zeit des Kaiserreichs. Einen bleibenden Eindruck hinterläßt die Beschreibung des Jaures'schen politischen Optimismus als Prinzip, der generell mehr politische Antriebskraft enthalten kann als alles andere. Instrukтив sind schließlich die Fotos sowie die Zeittafel. Am meisten instruktiv sind jedoch die Kürze und Bündigkeit dieser Jaures-Biographie.

S.N. Vallard

Xing-Hu Kuo: Tod in Tatum. Ein Bericht über Kambodschas Freiheitskampf. Sindelfingen 1985. 160 S.; Anita Tykve Verlag, Postfach 1561, D-7030 Böblingen.

Ein neuer Fernost-Kuo ist da! Nach "Mord im Mausoleum", dem Polit-Thriller über das nordkoreanische

Attentat auf Koreas Staatschef in Burma, berichtet diesmal Xing-Hu Kuo über Kambodscha – eine verdienstvolle Reportage, die Klarheit schafft. Der, neben Scholl-Latour, vielleicht einzige deutsche Publizist und Journalist ("Die Welt"), der über Südostasien authentisch berichten kann, hat mal wieder eine Reise in die Region unternommen. Danach pflegt Xing-Hu Kuo, sehr zum Bedauern seiner Familie stets, einige Wochen seiner Freizeit in seinem Hobbykeller zu verbringen. Und knapp danach kommt immer ein Buch heraus, diesmal von dem jungen, engagierten Anita Tykve Verlag.

Ein kurzes Vorwort von Dr. Haing S. Ngor, Hauptdarsteller in "The Killing Fields" spricht von der ersten Gefahr, daß die Khmer-Zivilisation ausgelöscht wird, erwähnt die unbeschreiblichen Leiden, die Hölle auf Erden für das kambodschanische Volk. Ngor schreibt von seinem "sanften, stolzen Volk" und betet im Vorwort, daß Kambodscha eines Tages das Recht auf Selbstbestimmung erhalten wird. Ein engagierter Einstieg in ein ungewöhnlich "journalistisches" Buch. Denn es hat einige Anhänge: Fotos von Khmer-Flüchtlings in Deutschland, ein Kapitel über diese neuen, sympathischen Mitbürger, ein kambodschanisches "Who is who", eine Beschreibung der drei Gruppen der Exil-Koalitionsregierung unter Prinz Sihanuk, sowie eine Telegrammstil-Landeskunde.

Der Rezensent hat "Tod in Tatum" in einem Zug gelesen. An einem Abend. Denn der logische Aufbau der Analyse, die detailfreudige, spannende Reportage, das historische Fundament lassen dies zu, ebenso wie die klare, unmißverständliche Sprache des Büchleins wie auch seine erfreuliche Kürze. Kuo sprach mit vielen Exilpolitikern Kam-

bodschas, der Witwe von King Men, dem stellvertretenden Stabschef der Sihanuk-Truppen, er sah sich gründlich im "Hanoiwatcher"-Zentrum Bangkok um und nahm an einer abenteuerlichen Journalistenfahrt nach Kambodscha teil, wo die neuen Botschafter Chinas und Bangla Deshs ihre Beglaubigungsschreiben, sozusagen mitten im Busch, an Prinz Sihanuk übergaben. Champagner im Dschungel, mit einer Dorfparade von Truppen der Roten Khmer, die – Kuo beschreibt dies exakt – vor acht bis zehn Jahren vielleicht drei Millionen Kambodschaner bestialisch und im Namen der sozialistischen Revolution ermordet hatten. Und zwar unter Anleitung sowie mit Duldung und Hilfe Vietnams, das sich dann mit Pol Pots Regime zerstritt. Kuos These, daß die Pol Pot-Linie heute bei den Roten Khmer nicht mehr gelte, dürfte richtig sein und der Autor begründet sorgfältig seine Prognosen.

Bilder in dem Kuo eigenen Unterton, sein asiatisch-europäischer Humor und vor allem das Thema machen aus dem Buch einen wahren Lückenfüller. Hier ist eine Reportage entstanden, die ausspricht, worüber das globale System der Unfreiheit lieber Schweigen sähe. Dabei sind die zahlreichen eigenen Fotos – auch dies eine Spezialität in Kuo's neueren Fernost-Reportagen – durchaus ein Gewinn.

Hans-Jürgen Zaborka

Klaus Abmeier: Die parlamentarischen Befugnisse des Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach dem Grundgesetz. Dunker und Humblot Verlag, Berlin 1984. 294 S.

Das vorliegende Buch wurde im Herbst

1983 von der Johannes-Gutenberg Universität Mainz als Dissertation angenommen.

Abmeier arbeitet insbesondere die Rechte des Abgeordneten, die ihm von Verfassungen wegen zustehen, heraus. Einleitend nimmt Abmeier zur Rechtsnatur der Geschäftsordnung Stellung, beschäftigt sich mit dem Status des Abgeordneten, sowie mit Art. 38 Grundgesetz. Dieser Art 38 Abs. I Grundgesetz ist jedoch nicht isoliert zu betrachten, sondern steht im Zusammenhang mit anderen Verfassungsbestimmungen. So ist in Art. 20 Abs. II Grundgesetz die parlamentarische Demokratie verankert, wodurch eine Mitwirkung des Abgeordneten an Entscheidungen festgelegt ist. Zum demokratischen System gehören politische Parteien. Abmeier bekennt sich zu der Meinung, daß der Art. 21 Abs. I Grundgesetz die Rechte des einzelnen Abgeordneten nicht einschränken kann, da die Parteien einen Verfassungsauftrag nur für die Mitwirkung an der vorparlamentarischen Willensbildung haben.

Nach diesen einleitenden Darstellungen kommt Abmeier im 5. Kapitel zum Hauptteil seiner Arbeit, der sich mit den einzelnen parlamentarischen Aktionsmöglichkeiten des Abgeordneten beschäftigt. Es wird nach verschiedenen Rechten des Abgeordneten differenziert. Nacheinander untersucht Abmeier die Entscheidungs-, Vorschlags-, Beratungs-, Kontrollrechte, sowie das Recht auf Gruppenbildung. Alle diese Rechte stehen nach der Untersuchung Abmeiers dem Abgeordneten jedoch nicht uneingeschränkt in dem von der Verfassung vorgegebenen Umfang zu. Rein tatsächlich wird das Recht des Abgeordneten

durch die politischen Bindungen, denen er unterliegt, eingeschränkt. So stellt der Autor bereits in der Einleitung fest, daß das Aufgehen des Abgeordneten in seiner Fraktion nicht den verfassungsrechtlichen Grundsätzen entspricht. Zwar existiert ein faktischer "Fraktionenparlamentarismus", jedoch ist auf der Grundlage des geltenden Wahlrechts die Erringung eines Mandats nur unter dem Dach einer Partei wahrscheinlich. "Freie" Abgeordnete kann es bereits unter diesem Gesichtspunkt nicht geben. Der Autor führt Beispiele "freier" Abgeordneter an. Diese Freiheit wurde jedoch durch Austritt aus der Fraktion erkaufte. So stellt sich für den Abgeordneten die Frage, welche Rechte er gegenüber seiner Fraktion durchsetzen kann, welche Rechte er ausüben muß, um seiner verfassungsrechtlichen Aufgabe gerecht zu werden.

Abmeier arbeitet bei den einzelnen Rechtspositionen klar heraus, wo die Probleme liegen und wie diese Rechte des einzelnen Abgeordneten eingeschränkt werden.

Alle diejenigen, die die Stellung des Abgeordneten als gefährdet ansehen, werden dieses Buch mit Befriedigung und besonderem Interesse lesen.

Günter Eiss

Ulrich Karpen, Die geschichtliche Entwicklung des liberalen Rechtsstaats - Vom Vormärz bis zum Grundgesetz - Studien zur politischen Bildung Bd. 10, Hrsg. von Günter Rütber, Mainz, v. Hase und Koebler, 1985, 145 S.

Die Schriftenreihe "Studien zur politischen Bildung" wird von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben. Der

vorliegende Band, geschrieben von Ulrich Karpen, Professor für öffentliches Recht an der Universität Hamburg, beschäftigt sich mit der Entwicklung des Liberalismus, der Entstehung der konstitutionellen Bewegung des 19. Jahrhunderts, sowie der Fortentwicklung des demokratischen Rechtsstaats im 20. Jahrhundert.

Einleitend erläutert Karpen Begriffe wie Rechtsstaat, Verfassung und Verfassungsrecht. Er gibt Definitionen zu Begriffen wie "sozialer" Rechtsstaat, "liberaler" Rechtsstaat, "Wohlfahrtsstaat" und "bürokratischer Sozialismus" an die Hand, um dann die Elemente des bürgerlich-liberalen Verfassungsstaats zu erläutern.

Diese einleitenden Erläuterungen sind notwendig, den staatsrechtlich nicht vorgebildeten Leser - an ihn wendet sich das Buch insbesondere - auf den Hauptteil des Buches hinzuführen.

Hier setzt sich der Autor mit dem Frühliberalismus auseinander, der als Ergebnis den Verfassungsentwurf der Paulskirche hervorbringt. Für die weitere demokratische Entwicklung gingen von diesem Verfassungsentwurf entscheidende Impulse aus. Manches findet sich im heutigen Grundgesetz wieder. In gedrähter Form schildert der Autor die Zeit der Weimarer Reichsverfassung, die Zerstörung des Rechtsstaats durch die nationalsozialistische Diktatur und die Rückkehr zum Rechtsstaat nach 1949. Diese Darstellung ist geeignet, um einen ersten Einblick in die staatsrechtlichen Vorgänge jener Zeit zu bekommen, und regt den Leser dazu an, sich weiter mit dieser Materie zu beschäftigen. Am Ende seiner Abhandlung beschäftigt sich der Autor mit der aktuellen verfassungspolitischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik

Deutschland. Die sich ständig weiterentwickelnde Gesellschaft wirft immer neue Fragen auf. Der immer stärker werdende Ruf auf stärkere Einbeziehung des Menschen in die materiellen Segnungen des Staates, kann zur Überbetonung des Gleichheitsprinzips führen. Freiheit und Gleichheit müssen sich in einem Staatswesen die Balance halten. Jedes Übergewicht muß Folgen haben. Mit seinen Gedanken regt der Autor den Leser zum Nachdenken an und ruft jeden einzelnen auf, an der Instandhaltung des verfassungsrechtlichen Gebäudes aktiv mitzuwirken. Auch den "Verfassungsfreunden" gewährt das Grundgesetz Schutz, wenn sie für "ihre" Verfassung demonstrieren.

Günter Eiss

Berndt Georg Thamm: Andenschnee - Die lange Linie des Kokain. Sphinx-Verlag, Basel 1986. 274 S.

Berndt Georg Thamm: Das Kartell. Von Drogen und Märkten - ein modernes Märchen. Sphinx-Verlag, Basel 1985. 100 S. (Sphinx Pocket, 33)

Seit dem Herbst 1985 hat ein Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments unter der Präsidentschaft der griechischen Ärztin Marietta Giannakou-Koutsikou eine große Anzahl von Sachverständigen angehört, deren Kenntnisse und Erfahrungen beim Kampf gegen den Drogenmißbrauch unentbehrlich sind. Die Ergebnisse der Mitte 1986 beendeten Anhörungen und die Feststellungen des Untersuchungsausschusses sollen dem Plenum des Europäischen Parlaments am Ende des Jahres durch den Berichterstatter Sir Jack Stewart-Clark zur Annahme

vorgelegt werden. Zweifellos wird dieser Bericht die Aussagen berücksichtigen, die Thamm vor dem Untersuchungsausschuß gemacht hat.

Thamm ist seit vielen Jahren als Sozialpädagoge in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, Großbritannien, Indien, Nepal und den Niederlanden auf dem vielschichtigen Gebiet des Drogenmißbrauchs und der -therapie tätig; er ist Mitbegründer der "Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie" und gehört dem wissenschaftlichen Kuratorium der "Deutschen Hauptstelle für Suchtgefahren" an. Seine praktischen Erfahrungen, u.a. als Leiter des "Punk-Projekt Crelle-Straße" in Berlin, finden ihren Niederschlag in seinen Veröffentlichungen.

Mit dem Taschenbuch "Das Kartell" umfaßt Thamm zwei Jahrhunderte mit realistischen und fiktiven Betrachtungen über narkotische Stoffe, deren Bedeutung für den einzelnen und die Nationen sowie die Rolle der weltumspannend straff organisierten und den Drogenmarkt rücksichtslos beherrschenden kriminellen Gruppen. Eiligen Managern und zeitknappen Politikern aller Ebenen ist das übersichtlich illustrierte und satirisch-tragisch geschriebene Taschenbuch als Hotelbettlektüre zum Einstieg in die Problematik der grausamen Welt des Drogengeschäfts zu empfehlen.

Wie sehr die rund 5000 Jahre alte Geschichte der Rauschgifte einen unheilvollen Einfluß auf Politik und Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft vieler Völker ausgeübt hat, beschreibt Thamm in seinem populärwissenschaftlich gehaltenen Werk "Andenschnee". Dokumentarisch illustriert und mit einem ausführlichen, weiterführenden Literatur- und Quellenver-

zeichnis versehen, wird der Leser an der langen Linie des Kokain bis zum November 1985 entlang geführt. Dieses Buch gehört in die Hände aller Eltern und Jugendlichen, die dem Verfall der menschlichen Werte durch Drogenmißbrauch nicht tatenlos zusehen wollen. Der Kampf gegen die Rauschgiftgefahren darf keine parteipolitischen Grenzen kennen; alle demokratischen Parteien sollten ihm bis in die kleinste Gliederung hinein Priorität verleihen. Den Generalsekretären hiermit empfohlen, — auch wenn mancher (noch) anderen Auffassungen den Vorzug gibt.

Karl Bruhn

Ger P. van den Berg: The Soviet System of Justice — Figures and Policy. Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht-Boston-Lancaster 1985. 374 p.

The choice of figures is one thing, the choice of words another. Or as Sir Ernest Gowers once said, that a vague word may be preferred to precise one because the vague is less alarming; the poor have become the lower income brackets, backward countries are developing countries, unsuccessful teachers (and others) are described as coming from the lower end of the achievement range, and even a prison is now sometimes a correctional facility; black is coloured, idiots are subnormal, and war is armed conflict. This sort of substitution may be natural and sometimes useful, but it has its limitations.¹

¹ The Complete Plain Words by Sir Ernest Gowers, revised by Sir Bruce Fraser, Fourth Impression, Her Majesty's Stationery Office, London 1983

For example, Walter Laqueur recently wrote that no other term than "detente" has caused so much unnecessary confusion in the Western political vocabulary, but that Soviet propaganda could not be held responsible for this, — on the contrary: the word "detente" is less used in communist countries than in the West. The problem of "detente" is not that it does not exist, but that it has different meanings at different places, and that some well-meaning (and perhaps some less well-meaning) persons in the West systematically have created the impression that their own conception of "detente" would be shared by everybody else.²

Indeed, according to O.S. Ioffe, some people even dream of a rapprochement of the western legal system with the Soviet system of law, hoping that this will happen when "the present lack of understanding" disappears. This dream means nothing other than that the juridical convergence will be a part of the general convergence of the future, but the Soviet leadership rejects any type of convergence based on a modification of the Soviet system. Those who give themselves up to similar dreams should check whether they pave the road to paradise or in the opposite direction. Soviet law, which presents a quite separate legal system, is a complicated and versatile phenomenon.³

So are the figures. Almost nothing is known about the quantitative aspects of Soviet Justice. During the past fifty

² Walter Laqueur: Politik und Umgangssprache, in: Kontinent, Ost-West-Forum 1/1986, Nr. 36, Burg Verlag, Stuttgart-Bonn

³ Olympiad S. Ioffe: Soviet Law and Soviet Reality, Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht-Boston-Lancaster 1985

years, the authorities have systematically barred the publication of judicial statistics upon a regular basis, — only scattered data may occasionally be found. Even the rather limited wishes on the part of some Soviet scholars have not been fulfilled by their own authorities. Outside the Soviet Union, the absence of Soviet criminal law statistics has caused much speculation on crime rates, sentences, and especially the number of prisoners.

In order to analyze the problems related to the vagueness of the data published in the field of judicial statistics and to draw up a framework for additional data that may be found in Soviet publications or that might be published in the future, G.P. van den Berg, after "painstaking efforts" (Problems of Communism, Washington 1985), presents a reconstruction of Soviet judicial statistics, limited to the number of civil, arbitration, and criminal cases, to the number of sentences, to the sentencing policy applied by the regular courts, and to the number of inmates of the camps, the "corrective labor institutions" as they are called officially.

The author, a Senior Legal Research Officer of the worldwide highly esteemed Documentation Office for East European Law, University of Leyden Faculty of Law, refutes the widespread idea that working with figures and statistics is a dull business. Calculations, what kind so ever, require skill and thoughtfulness, and van den Berg proves this by taking the reader into a strange world of facts and figures which exceeds the suspense of any detective or science fiction novel. It is true, that Soviet politicians and criminologists argue, that, for

instance, criminality has decreased in the USSR, but this unique study reveals that many assertions of this kind are based upon changes in the definition of crime and in the administration of justice. Soviet statistical data and published figures in general are not false or deliberately falsified, but are mostly presented in a misleading way. The author has analyzed its precise meanings, and the answers to his questions underline that Soviet law and society is full of contradictions. To disregard this contradictory nature would prove, as Ioffe says, to be as successful as to explain electricity while ignoring its positive and negative poles.

Karl Bruhn

Alan R. Grant: *The American Political Process*. Gower Publishing Comp. Ltd, Aldershot 1986. Third Edition, 302 p.

The author is Senior Lecturer in Public Administration at Oxford Polytechnic. He introduces us to the procedures and institutions of the political rule and control in the USA. Although this subject matter is a rather complex one, he derives from his very profound knowledge of the American political system an easily understandable and clearly formulated explanation of this system. Last but not least his book proves to be an excellent textbook, and also a valuable reference-book not only for the non-American reader.

The author's capability to write such a book seems to be founded by the logical consistence of his theoretical views on the structure of America's political system and also by his deep heuristic knowledge of the concepts describing the use of political power

and the natural, spiritual and social conditions of a decision based realization of this power within the dynamic nexus of equilibria and conflicts of a political system. Most of all, it is very advantageous to his explanations that such a methodic objectivity doesn't exclude his principal affirmation of the insights, the measures, the values and the norms which are necessarily connected with the idea of a liberally constituted and democratically ruled legal state the great historical realization of which is given by the USA. On the contrary, this circumstance protects him from both, a simple apology for institutions and an inadequate criticism of them. He considers, moreover, not only the formal, but also the informal aspects of the real process of government in the USA, and he explains convincingly the changes and the developments of the American political institutions. After a short look at the constitutional framework of American politics, his algorithm passes through the domains of the three separated powers of politics: legislature, executive, and judiciary, and further the political role of pressure groups and political parties, and it culminates in the description of the presidential elections and the growing importance of the federal principle based on regional diversity. The appendices contain the text of the US-Constitution, a list of all US-presidents and vice-presidents, the official 1984 presidential election results, and a valuable glossary. This book which has been in the third edition extensively revised and updated, can only be recommended to everybody who is engaged in politics today.

Ladislav Barlay

Summaries

Towards a Competitive Trade Policy of the European Community

by Otmar Franz, Ph.D., MEP

The author is a qualified promotor of a European economic policy which should be compatible with a mainly free market order the essential rule of which is a non-degenerated competition among suppliers. He at first summarizes the basic principles of European competitive trade policy which ensure a guarantee for a functioning competition, and the use of the results of competition such as optimal distribution of resources, technological progress, incentives for high performances, further the expectation according to which competition favours innovations in production and sale and a reasonable market control. The impacts of competition on the political and social issues of European integration are very considerable, he confirms.

Then he formulates the main goals of European competitive trade policy: 1. Revitalization of the European economy, also in the sense of a satisfactory employment rate; 2. Adaptation of the European economy to structural necessities of the world market; 3. Realization of some necessary conditions for a functioning competition as a consolidated European home market, coordinated legal regulations and an extended European Monetary System; 4. Construction of a full-functioning European home market by 1992 without internal border controls; 5. Harmonization of the taxes and duties within the European Community; 6. Enhancement of the effectiveness of European competitive trade policy by easier and prompter decision processes.

The author proposes some operative and suitable measures in the main fields corresponding with the realization of these goals. He recommends a renunciation of protectionism, a reduction of subsidies, and also a withdrawal of the state from business enterprise.

Für eine als Zentralbank agierende Europäische Notenbank

von Prof. Dr. Robert Triffin

Das übertriebene Vertrauen gegenüber einem nun wild schwankenden US-Dollar als der großen "Parallel-Währung" der Welt in privaten wie öffentlichen Verträgen, Zahlungen und Reservebildungen ist heute die Quelle beispielloser Verzer-

runge im internationalen Währungs- und Zahlungsverkehr sowie wiederkehrender Börsen- und Banken Krisen.

Unter den institutionellen Reformen des Europäischen Währungssystems, über die gegenwärtig verhandelt wird, ist keine so entscheidend und so dringend wie die Entwicklung des ECU zu einer alternativen Parallelwährung in internationalen Transaktionen. Das bestimmt die Funktionen und Vollmachten, die, so bald wie möglich, einer Europäischen Notenbank zwecks der effizienten Verwaltung dieses ECU zugewiesen werden sollten.

Die abschließende Vervollständigung einer vollwertigen Währungsunion würde in dieser Perspektive nicht mehr als eine Stabilisierung der Wechselkurse unter den nationalen Mitgliedswährungen gesehen werden, sondern vielmehr als eine stufenweise Ausweitung der Nutzung des ECU sowohl in inländischen als auch in auswärtigen Transaktionen. Die letzte Stufe eines solchen Prozesses, d.h. die vollständige Ersetzung der nationalen Währungen durch den ECU würde in einigen Ländern zweifellos früher erreicht werden als in den anderen Ländern.

Paradigms and Ideas at Work in Political Action

by Ladislaus Barlay, Ph.D.

Problem solving is a suitable model of political action. Nevertheless, the problems must be solved in politics don't exhaust themselves in correct decisions in the midst of scientific information processing: they concern among so much usage of information, moreover the decision making enables the seizure and exercise of power which, if it is institutionalized, turns out to be a political rule. Once adjusted to the arising "information society", political action fulfills, no matter whether it is governmental, legislative, executive or oppositional, three conditions: for any acting subject, it is, in the sense of Carl Schmitt, related to a polarized view of all participants in power; it is bound to the norms of a liberally constituted, legal state, as they have been formulated by Hobbes, Locke, Rousseau, Montesquieu and Hegel, and it is provoked to use the innovational potential of such an order within the domain of stability of the political system; it is, within this domain, mainly a business of public arguments concerning itself and its legitimacy.

The paradigms of political action have a historical characteristic. They determine in a certain epoch, what is acceptable among the possible goals and means of politics, and they combine information, singular preferences and general norms with the striving for the possession of power. Such paradigms have a central core constituted by certain ideas. These ideas are neither the ontological ones the dynamic nexus of which generates, lawfully and at random, the causal and modal structure of the unique process of becoming universe, nor the recognizable constituents of the extensional order of all possible worlds. Beyond events, processes, systems, structures, laws, decisions, concepts, propositions, inferences, principles, theories, goals, measures, values and norms, such ideas form the realm

of "objective spirit" (or Popper's "Third World").

Kant described and defined them as "regulative ideas" which have a very specific teleological character, and especially an ethic quality: they direct human action "practically" in the sense of Aristotelian "practical philosophy". The most complex kind of "practical" activities is, however, political action, and the regulative ideas concentrate information processing, decision making, ethic evaluation and "customary" morality upon a unique, irreversible choice between alternative possibilities in political decisions. If the building blocks have to be concentrated are not false or wrong separately, then such choice cannot be without success in a liberal order with regard to the use of political power.

Towards a Discussion of European Integration: Identity and Solidarity

by Professor Josef Nolte, Ph.D.

Europe is already more integrated than the economic, juridical and political results of the integration policy executed by the European Community permit us to recognize. The author interprets especially the cultural and ethnic aspects of a historically grown homogeneity of the individuals and the peoples in Europe.

He suggests that this unity can only lead to political integration, if European identity, defined by this homogeneity, is completed by the renewal of European solidarity.

This result has good chances, the author argues, since there are three classes of common characteristics for Europe: firstly, the geographic locality, the climate, and the indogermanic ethnical roots of the inhabitants; secondly, the institutions of agriculture, trade, religion, law, science, education, political rule, arts and taste, and the unity of political history; thirdly, the ethic measures, values and norms. In order to strengthen the consciousness of this mental and cultural unity in Europe, and also the correlated will to European continuity and solidarity, the author pleads for a European cultural education and pedagogy.

The Myth of Labor Based Surplus Value and Actionism in Marx

by Professor Konrad Schön, Ph.D., MEP

Although the political economics of Marx, especially his doctrine of labor based surplus value generating exploitation has been already refuted both, economically and philosophically, a plausible investigation of the Marxian use of classic value concept was missing.

Now, the author shows, how Marx misinterprets the Aristotelian concept of value developed in the "practical philosophy" of the 'Nikomachean Ethics' and the 'Politics', which works deeply influenced St. Thomas Aquinas.

Marx' motives for this misinterpretation are ideological, and they can be explained by taking a look at the actionist conception of politics and also the role of ideology in this conception exalted by Marx. The real connex of the building blocks in Marxian ideology has, in the last analysis, the following form: surplus value must exist and it must be significant of the economic system in order to establish the presumed exploitation, and exploitation must exist in order to establish the moral legitimacy of a violent rule in communist tyranny.

Thus, if Marx pretended to an abolishment of human alienation, resp. self-alienation, then he only disguised his own illiberal and antidemocratic ambitions in politics.

That is the true sense of the Marxian humanism which excludes both, Christian personalism and the idea of democracy.

The Theory of J.A. Schumpeter and the Teachings of Marx

by Ernest F. Enzelsberger

Some parts of Marxian economics coinciding with the assumptions of non-marxistic economic theory give us reason for investigations concerning the rise and the extent of such coincidence, the author asserts. He therefore describes those topics in the theory of a great exponent of the liberal "Vienna (or Austrian) School" of economics, J.A. Schumpeter, which demonstrate some agreement with Marxian teachings.

Schumpeter who intended a holistic explanation of economy, discovered a close connection between innovation and profit, and he saw in the crisis at the end of a business cycle, connected with a decrease of innovation and equilibrium among the economic spheres, contrary to Marx no illness, but a purification process of capitalism. His "dynamic theory of interest rate" belongs to the classic refutations of the Marxian 'surplus value' and his evaluation of the role of bank credits within the accumulation process of capital diverges from the derivation of this process from the profit (or internal capital resources).

Nevertheless, Schumpeter predicted the victory of a socialism based on concentration tendencies, over capitalism – without doubt similarly to Marx, although he didn't ignore psychological aspects of economy like Marx.

Referring to Marxian teachings about interest and exploitation, the author regards these teachings as more confirmed by experience than Schumpeters corresponding but opposite explanations, and he refers to the factual co-existence of differences and similarities in Schumpeter' and Marx' views.

"The Spiritual Foundations of Christian-Democratic Policy" –

An Initiative for Better Orientation

by Thomas Jansen, Ph.D.

The author, secretary general of the 'European People's Party', explains, how necessary it is to cultivate spiritual backgrounds, capacities and capabilities by the members of political parties the programmes, decision making models and strategies of which are inspired by the ideas, values and norms of a philosophy compatible with Christian belief. The beneficial absence of ideologies in the political motivation of such parties doesn't lead to opportunism, only if the spiritual background of political motivation doesn't decay.

That is the reason for a new initiative started by European Christian-Democrats: they established a working group "Spiritual Foundations of Christian-Democratic Policy". The first meeting of this working group was held in April 1986 in Amsterdam. The main topics have been discussed during this meeting were: 1. Tradition and actuality of Christian-Democratic thought in policy; 2. Limits of the welfare-state; 3. Third World aid. A continuation of the activities of this working group has been arranged.

Kein Verständnis für Amerika?

Natürlich ist auch in den USA nicht alles in schönster Ordnung, natürlich gibt es Interessenkonflikte zwischen uns und Amerika.

Aber wir sollten eins nicht vergessen: **Die Vereinigten Staaten sind unser Partner, nicht unser Feind!** Das sollte eigentlich so klar sein, daß man es gar nicht mehr extra sagen muß.

Doch leider ist es nicht so: Es wird immer mehr Stimmung gegen die USA gemacht. Es wird sogar unterstellt, die USA wären genauso eine Bedrohung für uns wie die UdSSR! Besonders im Rahmen der Friedensdiskussion kommen derartige Äußerungen immer öfter auf – und beeinflussen vor allem die junge Generation.

Da sollte man doch die Realitäten wieder etwas zurechtrücken. Wir, die AECYA, haben uns das vorgenommen. AECYA heißt: American-European Community Youth Association. Denn wir meinen: **Unser wichtigstes Ziel muß es sein, bei der Jugend für mehr gegenseitiges Verständnis zu sorgen – hier wie in Amerika!**

Sie können dabei mithelfen. Als Mitglied: Der Jahresbeitrag beträgt nur 20,- DM (für Firmen, Verbände etc. 100,- DM). Oder mit Ihrer Spende: Die AECYA ist als gemeinnützige Organisation anerkannt, Ihre Spende ist also voll steuerlich abzugsfähig.

Machen Sie mit – für eine gemeinsame Zukunft und für eine verständnisvolle Partnerschaft!



American-European Community Youth Association · Hintere Gasse 35/1 · 7032 Sindelfingen · Kto. 9800004 bei der Deutschen Bank (BLZ 60070070)

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Ich trete bei. Den Mitgliedsbeitrag habe ich überwiesen/füge ich als Scheck bei.

Ich spende der AECYA DM (Scheck anbei). Bitte stellen Sie mir eine Spendenbescheinigung aus.

Senden Sie mir bitte außerdem weiteres Informationsmaterial über die Arbeit der AECYA.

LIBERTAS

Europäische Zeitschrift - Revue Européenne - European Review
ISSN 0341-9762

Herausgeber/Editeur/Publisher: Hans-Jürgen Zahorka, MdEP
Chefredakteur/Redacteur en chef/Editor-in-chief: Dr. Ladislav Barlay

Redaktionsbeirat/Board of editors: Phil Bradbourn, Ernest F. Enzelsberger, Knut Görich, Claus-Peter Grotz, M.A., Prof. Dr. Roberto Mayorga, Reinhard Stuth, M.A., Dr. Christopher Terry, Heiner Wehn.

Auszüge von LIBERTAS-Beiträgen werden veröffentlicht in/Abstracts of LIBERTAS articles are published in: SOCIOLOGICAL ABSTRACTS(SA); SOCIAL WELFARE, SOCIAL PLANNING/POLICY & SOCIAL DEVELOPMENT (SOPODA).

Libertas Verlag

Hintere Gasse 35/1

D-7032 Sindelfingen

Tel.: (0) 7031/81855; Telex: 7265320

Bankverbindung/Bank account:

213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30)

LIBERTAS erscheint viermal jährlich. Gegründet August 1976.

Preis des Einzelheftes: 3.50 ECU oder 8.-DM,

Jahresabonnement: 13.- ECU oder 30.-DM.

Alle Copyright-Rechte vorbehalten.

LIBERTAS is published as a quarterly. Founded August 1976.

Single copies: 3.50 ECU or 8.-DM,

annual subscription rate: 13.- ECU or 30.-DM.

All rights reserved.

ABONNEMENTS / SUBSCRIPTIONS

Abschneiden und senden an/Découper et envoyer à/Detach and send to:
LIBERTAS, Hintere Gasse 35/1, D-7032 Sindelfingen

Ich möchte LIBERTAS abonnieren. Jahresabonnement 30.-DM/Je désire m'abonner à LIBERTAS. Abonnement annuel 30.-DM/ I want to subscribe to LIBERTAS. Annual subscription rate 30.-DM.

.....Scheck liegt bei/Ci-joint un cheque/A cheque is enclosed

.....Schicken Sie Rechnung/Envoyer une facture/Please send an invoice

.....Betrag wurde überwiesen/Le montant a été vire au compte bancaire/The amount was transferred to bank account
213 740 001 Volksbank Sindelfingen (BLZ 603 901 30),
D-7032 Sindelfingen.

Name/Nom

Adresse/Adress

Datum/Date.....Unterschrift/Signature.....